



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

„Älter, Jünger, Ärmer? Zukunftsstrategien gegen Armut in Kindheit und Alter“



Parlamentarische Enquete des Bundesrates

Mittwoch, 14. März 2018

(Stenographisches Protokoll)

Parlamentarische Enquete des Bundesrates

Mittwoch, 14. März 2018

(XXVI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates)

Thema

„Älter, Jünger, Ärmer? Zukunftsstrategien gegen Armut in Kindheit und Alter“

Dauer der Enquete

Mittwoch, 14. März 2018: 10.06 – 15.33 Uhr

Tagesordnung

I. Eröffnung und Darstellung der Zielsetzungen der Enquete

Präsident des Bundesrates Reinhard Todt

II. Informationen zu politischen Strategien

Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz Mag. Beate Hartinger-Klein

Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend im Bundeskanzleramt Mag. Dr. Juliane Bogner-Strauß

Mag. (FH) Tanja Wehsely (Abgeordnete zum Wiener Landtag, SPÖ)

Katharina Wiesflecker (Landesrätin für Soziales, Frauen und Pflege des Landes Vorarlberg)

III. Impulsreferate

Mag. (FH) Erich Fenninger, DSA (Volkshilfe Österreich)

Mag. Daniela Kern-Stoiber, MSc (Boja – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit)

Mag. Walter Marschitz, BA (Sozialwirtschaft Österreich)

Abgeordnete Carmen Schimanek (Initiative Freiheitliche Frauen)

IV. Panel 1: Altersarmut

Ingrid Korosec (Österreichischer Seniorenbund)

Bundesminister a. D. Karl Blecha (Pensionistenverband Österreichs)

Abgeordneter Werner Neubauer, BA (Österreichischer Seniorenring)

ao. Univ.-Prof. Dr. Karin Heitzmann, MSc (WU Wien, Institut für Sozialpolitik)

V. Panel 2: Kinderarmut

Julia Herr (Bundesjugendvertretung)

Mag. Ercan Nik Nafs (Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien)

Martina Tiwald (Bundesjugendvertretung)

Leo Kohlbauer (Abgeordneter zum Wiener Landtag, FPÖ)

VI. Schlussreferat

Mag. Martin Schenk (Koordinationsteam Armutskonferenz, Diakonie Österreich)

Christine Sallinger (Sichtbar Werden)

VII. Politische Schlussfolgerungen

Bundesrat Edgar Mayer (ÖVP, Vorarlberg)

Bundesrätin Inge Posch-Gruska (SPÖ, Burgenland)

Bundesrätin Monika Mühlwerth (FPÖ, Wien)

Bundesrätin Mag. Dr. Ewa Dziedzic (Grüne, Wien)

VIII. Offene Diskussion und Schlussworte des Präsidenten

Inhalt

<u>I. Eröffnung und Darstellung der Zielsetzungen der Enquete</u>	5
<i>Vorsitzender Präsident Reinhard Todt</i>	5
<u>II. Informationen zu politischen Strategien</u>	8
<i>Bundesministerin Mag. Beate Hartinger-Klein</i>	8
<i>Bundesministerin Mag. Dr. Juliane Bogner-Strauß</i>	12
<i>Mag. (FH) Tanja Wehsely</i>	13
<i>Katharina Wiesflecker</i>	16
<u>III. Impulsreferate</u>	19
<i>Mag. (FH) Erich Fenninger, DSA</i>	19
<i>Mag. Daniela Kern-Stoiber, MSc</i>	22
<i>Mag. Walter Marschitz, BA</i>	24
<i>Abg. Carmen Schimanek</i>	26
<u>IV. Panel 1: Altersarmut</u>	28
<i>Ingrid Korosec</i>	29
<i>Karl Blecha</i>	31
<i>Abg. Werner Neubauer, BA</i>	33
<i>ao. Univ.-Prof. Dr. Karin Heitzmann, MSc</i>	35
<u>V. Panel 2: Kinderarmut</u>	39
<i>Julia Herr</i>	39
<i>Mag. Ercan Nik Nafs</i>	42
<i>Martina Tiwald</i>	44
<i>Leo Kohlbauer</i>	47

<u>VI. Schlussreferat</u>	49
<i>Mag. Martin Schenk</i>	49, 50
<i>Christine Sallinger</i>	50, 52
<u>VII. Politische Schlussfolgerungen</u>	53
<i>Bundesrat Edgar Mayer</i>	53
<i>Bundesrätin Inge Posch-Gruska</i>	54
<i>Bundesrätin Monika Mühlwerth</i>	56
<i>Bundesrätin Mag. Dr. Ewa Dziedzic</i>	57
<u>VIII. Offene Diskussion und Schlussworte des Präsidenten</u>	58
<i>Mag. Dr. Rolf Gleißner</i>	58
<i>Bundesrätin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler</i>	59
<i>Birgit Hebein</i>	60
<i>Stefan Kaineder</i>	61
<i>Jozef Vasak</i>	62
<i>Sandra Krautwaschl</i>	63
<i>Abg. Norbert Sieber</i>	64
<i>Ing. Reinhart Rohr</i>	65
<i>Bundesrat Stefan Schennach</i>	66, 68
<i>Bundesrätin Mag. Doris Schulz</i>	67
<i>Abg. Eva Maria Holzleitner, BSc</i>	69
<i>Vorsitzender Präsident Reinhard Todt</i>	69
<u>Geschäftsbehandlung</u>	
<i>Unterbrechung</i> der Sitzung	32
<i>Wortmeldung</i> der Bundesrätin <i>Monika Mühlwerth</i>	67

Beginn der Enquete: 10.06 Uhr

Vorsitzende: *Präsident des Bundesrates Reinhard Todt, Vizepräsidentin des Bundesrates Sonja Ledl-Rossmann, Vizepräsident des Bundesrates Ewald Lindinger.*

I. Eröffnung und Darstellung der Zielsetzungen der Enquete

10.06

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich **eröffne** die Enquete des Bundesrates zum Thema „**Älter, Jünger, Ärmer? Zukunftsstrategien gegen Armut in Kindheit und Alter**“ und danke Ihnen, dass Sie der Einladung so zahlreich gefolgt sind.

Ich darf alle Anwesenden herzlich willkommen heißen. Mein besonderer Gruß gilt den Referentinnen und Referenten dieser Enquete, im Speziellen Frau Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz Mag. Beate Hartinger-Klein (*Beifall*), Frau Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend im Bundeskanzleramt Mag. Dr. Juliane Bogner-Strauß (*Beifall*), in Vertretung für die verhinderte Frau Stadträtin für Soziales, Gesundheit und Frauen der Stadt Wien Sandra Frauenberger die Abgeordnete zum Wiener Landtag Mag. Tanja Wehsely (*Beifall*) und Frau Landesrätin für Soziales, Frauen und Pflege des Landes Vorarlberg Katharina Wiesflecker. (*Beifall.*)

Ein besonderer Gruß den weiteren Referentinnen und Referenten (*bei Erwähnung ihres Namens sich jeweils von ihren Sitzen erhebend*): Herrn Mag. Erich Fenninger, Volkshilfe Österreich (*Beifall*), Frau Geschäftsführerin von Boja – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit Mag. Daniela Kern-Stoiber (*Beifall*), Herrn Mag. Walter Marschitz, Sozialwirtschaft Österreich (*Beifall*), Frau Abgeordneter zum Nationalrat und Obfrau der Initiative Freiheitliche Frauen Carmen Schimanek (*Beifall*), Frau vorsitzendführende Präsidentin des Österreichischen Seniorenrates sowie Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes Ingrid Korosec (*Beifall*), Herrn Bundesminister a. D. Karl Blecha, Präsident des Österreichischen Seniorenrates sowie Präsident des Pensionistenverbandes Österreich (*Beifall*), Herrn Abgeordnetem zum Nationalrat Werner Neubauer, Österreichischer Seniorenring (*Beifall*), Frau Universitätsprofessor Dr. Karin Heitzmann, Institut für Sozialpolitik, WU Wien (*Beifall*), Frau Julia Herr, Bundesjugendvertretung (*Beifall*), Herrn Mag. Ercan Nik Nafs, Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien (*Beifall*), Frau Martina Tiwald, Bundesjugendvertretung (*Beifall*), Herrn Landtagsabgeordnetem Leo Kohlbauer, FPÖ Wien (*Beifall*), und Herrn Mag. Martin Schenk, Koordinationsteam Armutskonferenz, Diakonie Österreich (*Beifall.*)

Darüber hinaus begrüße ich sehr herzlich die anwesenden Fraktionsvorsitzenden sowie alle Mitglieder des Bundesrates, des Nationalrates und der Landtage. Ganz speziell begrüße ich den Präsidenten des Kärntner Landtages, Herrn Ing. Reinhart Rohr. (*Beifall.*)

Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierungen, der Bundesministerien und der Sozialpartner sowie alle von den jeweiligen Institutionen namhaft gemachten Vertreterinnen und Vertreter, die als Expertinnen und Experten an der heutigen Enquete teilnehmen.

Im Besonderen heiße ich auch die Vertreterinnen und Vertreter der Medien herzlich willkommen.

Es freut mich sehr, auch alle Zuseherinnen und Zuseher, die die heutige Enquete auf ORF III beziehungsweise via Livestream im Internet verfolgen, herzlich begrüßen zu können.

(Es folgen technische Mitteilungen in Bezug auf das Prozedere durch den Vorsitzenden sowie der Hinweis, dass über diese Enquete ein Stenographisches Protokoll verfasst wird, das nach einiger Zeit im Internet unter www.parlament.gv.at abrufbar sein wird.)

Ich freue mich, nun meine Eröffnungsworte an Sie richten zu dürfen.

Sehr verehrte Damen und Herren! Die Grafik der Woche der Agenda Austria zeigt die Armutsgefährdung in Europa im Verhältnis zum Einkommen. Es ist beachtenswert, wie enorm die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern der Europäischen Union sind. Das beweist, dass auf der europäischen Ebene noch sehr viel getan werden muss. Es ist zum Beispiel nicht akzeptabel, dass eine ungarische Erntehelferin hier in Österreich einen Stundenlohn von gerade einmal 3 Euro erhält. Sie zählt damit als eine von vielen in Ungarn zu den ärmsten Menschen der Europäischen Union. Dieser Umstand zeigt, wie wichtig es ist, den Kampf gegen Armut international zu führen. Dazu gehört auch ein klares Bekenntnis zum Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping in der gesamten Europäischen Union.

Österreich schneidet in dieser Statistik mit Platz fünf außerordentlich gut ab. Das macht mich natürlich stolz. Ich freue mich, in einem Land zu leben, das den politischen Weg des sozialen Zusammenhalts gewählt hat, in einem Land, das sich für den Sozialstaat entschieden hat, denn dieser Weg ist es, der uns Schritt für Schritt zu einem Land macht, das sich um jeden einzelnen Bewohner und um jede einzelne Bewohnerin sorgt. Es ist die Aufgabe der Politik, sich um jede Einzelne und jeden Einzelnen zu sorgen und niemanden sich selbst zu überlassen. Ganz besonders müssen wir uns um diejenigen in unserer Gesellschaft kümmern, die schutzbedürftig sind.

Obwohl Österreich zu den reichsten Ländern der Welt zählt, sind Kinderarmut und Altersarmut noch immer ein reales Problem. Etwa 200 000 Pensionistinnen und Pensionisten und 300 000 Kinder und Jugendliche sind armutsgefährdet. Das sind rund eine halbe Million schutzbedürftiger Menschen, die in unserem Land armutsgefährdet sind.

Auch wenn wir im internationalen Vergleich relativ positiv abschneiden, steht für mich fest: Jeder Mensch, der von Armut betroffen oder armutsgefährdet ist, ist einer zu viel, denn Armut tut weh, nicht nur seelisch, sondern oftmals auch körperlich. Armut grenzt aus. Sie stigmatisiert und führt zu sozialer Isolation. Von Armut betroffene Menschen erkranken überdurchschnittlich oft an psychischen Leiden. Von Armut betroffene Menschen haben eine geringere Lebenserwartung. Wir müssen daher alles daran setzen, das Armutsrisiko in Österreich zu senken.

In der Bekämpfung der Altersarmut konnten wir insbesondere in den letzten Jahren bereits wichtige Fortschritte erzielen. So ist der Anteil der armutsgefährdeten Älteren in Österreich von 2008 bis 2016 von 19 auf 13 Prozent gesunken. Das ist ein großer Erfolg. Diesen Erfolg haben wir nicht zuletzt dem staatlichen, umlagefinanzierten Pensionssystem zu verdanken. Dieses System bildet – europaweit konkurrenzlos – einen der stärksten Schutzschirme im Kampf gegen die Altersarmut. Trotzdem: Auch dieses System hat noch seine Schwächen. So ist das Risiko, von Altersarmut betroffen zu sein, meist in den vorigen Lebensphasen angelegt. Ursachen sind Teilzeitarbeit, Zeiten der

Arbeitslosigkeit, Kindererziehungszeiten und Krankheit. Dadurch wird bereits deutlich, dass Frauen im Alter einem höheren Risiko ausgesetzt sind, in Armut zu geraten.

In Österreich sind Frauen tatsächlich dreimal häufiger von Altersarmut betroffen als Männer. Die durchschnittliche Pension eines Mannes beträgt in Österreich 1 400 Euro brutto, die durchschnittliche Pension einer Frau hingegen nur 850 Euro brutto. Da ist noch sehr, sehr viel zu tun.

Ähnlich wie es bei der Altersarmut der Fall ist, geht es bei der Bekämpfung der Kinderarmut um den Schutz von Menschen, die sich selbst nicht helfen können. Ein Kind sucht sich nicht aus, in welche Familie es hineingeboren wird. Ein Kind kann nicht beeinflussen, ob die Eltern mit ihm für die Schule lernen können, ob es in einer trockenen, warmen Wohnung lebt oder ob es gesunde Nahrung bekommt. Daher ist es in der Bekämpfung der Kinderarmut das Um und Auf, das Umfeld der Kinder näher zu betrachten.

Wie geht es den Familien, in denen von Armut betroffene oder armutsgefährdete Kinder leben? – Man kann feststellen, dass es sich da vor allem um sozial schwache Familien handelt. Sie können ihren Kindern aus vielen verschiedenen Gründen kein anderes Leben bieten: Das Einkommen ist zu niedrig, die Wohnsituation ist schlecht, es gibt gesundheitliche Probleme, auch Sucht und Verhaltensstörungen sowie der Bildungsgrad und vieles mehr sind Faktoren.

Wenn wir den Kampf gegen Kinderarmut also aktiv angehen wollen, dürfen wir das Kind nicht isoliert betrachten, sondern wir müssen bei seinem Umfeld und bei seiner Familie ansetzen, und das bedeutet, dass wir vor allem sozial schwache Familien fördern müssen.

An dieser Stelle möchte ich noch ein paar Zahlen zur Situation von österreichischen Kindern und Jugendlichen unter 19 Jahren aus dem Jahr 2016 nennen: 16 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind armutsgefährdet, 13 Prozent der Kinder und Jugendlichen leben in einer Wohnung mit Mängeln wie Schimmel und Feuchtigkeit, 10 Prozent aller Kinder und Jugendlichen leben in einem Haushalt, dessen Haupteinnahmequelle Sozialleistungen sind. Ein Kind kann nicht beeinflussen, ob es in Armut lebt oder nicht – aber die Politik kann die richtigen Maßnahmen setzen, damit das Kind nicht in Armut leben muss. *(Beifall.)*

Ich möchte daher abschließend betonen, dass der Kampf gegen die Armut eines der obersten Ziele sein muss. Es braucht mutige Streiterinnen und Streiter für die sozial Schwächsten unserer Gesellschaft. Schon Bruno Kreisky sagte: „Man kann Umstände zur Kenntnis nehmen, darf aber nicht bereit sein, sie hinzunehmen.“

Armut in Österreich können und dürfen wir nicht hinnehmen. Armut ist kein Fluch, kein Schicksal, denn man kann sie verhindern, man kann sie bekämpfen und besiegen. Es liegt in unserer Verantwortung, ob wir das tun.

Es ist die Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen jeder Mensch in Würde altern kann, Rahmenbedingungen für eine gute Kindheit mit guter Bildung für jedes Kind in unserem Land.

In diesem Sinne wünsche ich mir für die heutige Enquete, dass wir nicht nur den Iststand zur Armut in Österreich betrachten. Ich wünsche mir Lösungsansätze, Forderungen und eine Diskussion zu Strategien im Kampf gegen Kinder- und Altersarmut in Österreich. – Herzlichen Dank. *(Beifall.)*

10.22

II. Informationen zu politischen Strategien

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Ich darf nun Frau Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz Mag. Beate Hartinger-Klein, Frau Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend im Bundeskanzleramt Mag. Dr. Juliane Bogner-Strauß, Frau Abgeordnete zum Wiener Landtag Mag. Tanja Wehsely und Frau Landesrätin für Soziales, Frauen und Pflege des Landes Vorarlberg Katharina Wiesflecker um ihre Referate zum Thema Informationen zu politischen Strategien bitten.

Ich ersuche die Referentinnen, die Zeit von 10 Minuten pro Statement nicht zu überschreiten.

Bitte, Frau Bundesministerin Mag. Hartinger-Klein.

10.23

Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz Mag. Beate Hartinger-Klein: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zuerst wirklich sehr herzlich für die Enquete zu diesem Thema bedanken, weil ich glaube, man muss sich zu jeder Zeit – egal, in welcher Funktion; Sie als Hohes Haus und gerade ich als Sozialministerin – mit diesem Thema auseinandersetzen.

Ich darf einleitend gleich dazusagen, es tut mir wirklich sehr, sehr leid, dass ich nach meinem Vortrag sofort gehen muss. Ich hätte mir diese Debatte, Ihre Meinungen und Ihre Stellungnahmen sehr gerne angehört, aber ich muss leider zum Ministerrat. Kollegin Bogner-Strauß muss nach ihrem Referat auch dorthin, weil wir dort auch hohen Besuch aus Brüssel haben, und ich muss dann auch nach Brüssel fliegen. Ich bitte also vielmals um Entschuldigung. Es soll keine Unhöflichkeit darstellen, ich wäre wirklich sehr, sehr gerne heute bei diesem Thema bei Ihnen geblieben.

Ich möchte meine Ausführungen mit einer Aussage von Schopenhauer beginnen, nämlich: Armut ist ein Unglück. Armut ist ein Unglück – egal, ob ein Kind oder ob eine alleinerziehende Mutter betroffen ist, Armut ist generell ein Unglück.

Der Sozialstaat hat sich in Österreich auch in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise als Krisenfeuerwehr bewährt. Man sieht, dass gerade in solchen Zeiten ein Sozialstaat natürlich seine Bedeutung hat. Ich habe auch schon oft im Nationalrat gesagt, dass die soziale Sicherheit die Grundlage der Demokratie ist; dieser Satz ist nicht von mir, sondern von Johann Böhm, der ja der erste Präsident des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger war und der damit aus meiner Sicht wirklich eine Grundlage geschaffen hat.

Gäbe es keine öffentlichen Transferzahlungen, so wären in Österreich 44 Prozent aller Menschen armutsgefährdet. Aufgrund der Pensionen und der übrigen Sozialleistungen sank die tatsächliche Armutsgefährdungsquote in Österreich im Jahr 2015 auf 14 Prozent. Österreich ist eines der wenigen Länder in Europa mit rückläufigen – Gott sei Dank rückläufigen! – Armutszahlen. Im Rahmen der Strategie Europa 2020 hat sich Österreich zum Ziel gesetzt, die Zahl der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen bis zum Jahr 2020 um mindestens 235 000 zu verringern. Die Entwicklung zeigt diesbezüglich bisher Gott sei Dank eine positive Tendenz.

Besonders beachtenswert sind dabei natürlich die Altersgruppen, deren individuelle Möglichkeiten zur Selbsthilfe sehr beschränkt sind – das sind zum einen, wie gesagt, die Kinder und zum anderen die Älteren.

Lassen Sie mich mit den älteren Menschen beginnen! Zur Verbesserung der Lebensqualität der Seniorinnen und Senioren wurde gemeinsam mit den Seniorenorgani-

sationen im Jahr 2012 der Bundesplan Altern und Zukunft vorgelegt, der den umfassenden Handlungsbedarf der Seniorenpolitik in 14 Handlungsfeldern aufzeigt und konkrete Maßnahmen beinhaltet.

Einer der wichtigsten Bereiche sind natürlich die sozioökonomische Lage und die Generationengerechtigkeit, denn unsere Politik soll nicht nur den älteren Menschen von heute, sondern auch den zukünftigen Generationen zugutekommen.

Die Evaluierung der Umsetzung des Bundesplans für Seniorinnen und Senioren zeigt die typischen Zusammenhänge von finanzieller Entbehrung, Isolation sowie Armutsgefährdung und Haushaltsform, Bildung und beruflicher Stellung auf. Damit bestätigt sich eine alte Einsicht: Die Lebenslage im Alter ist im Wesentlichen eine Fortschreibung der gesellschaftlichen Umstände und der individuellen Chancennutzung während des vorausgegangenen Lebens. Genau diese Tatsache erklärt auch, weshalb ein überproportional großer Teil an allein lebenden, verwitweten älteren Frauen vom Mindestlebensstandard ausgeschlossen bleibt. Diese Frauen gehören aus meiner Sicht zu den am meisten gefährdeten Gruppen.

Die Bundesregierung anerkennt die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beiträge der älteren Generation und tritt für eine starke Einbindung älterer Menschen in allen Gesellschaftsbereichen ein. In den letzten zehn Jahren wurde das Leben vor allem für unsere Seniorinnen und Senioren, die Österreich wiederaufgebaut haben, spürbar teurer. Gerade in dieser Bevölkerungsgruppe gibt es eine große Zahl an armutsgefährdeten Mindestpensionistinnen und -pensionisten, fleißige Menschen eigentlich, die oftmals jahrzehntelang in unser Sozialsystem eingezahlt haben. Erhöhte Mieten und stark gestiegene Preise treffen gerade die Älteren, was ihre Teilhabe am öffentlichen Leben erschwert und damit leider Gottes auch eine soziale Verarmung zur Folge hat.

Die wichtigsten Ursachen für Altersarmut sieht der Armutsforscher Richard Hauser deshalb auch in mehreren Faktoren: einerseits die fehlende Universalität der Alterssicherungssysteme, andererseits niedrige Erwerbseinkommen, längere Perioden der Arbeitslosigkeit, vorzeitige Erwerbsunfähigkeit, längere Krankheit – was auch mich als Gesundheitsministerin trifft –, Scheidung, Zuwanderung im mittleren Alter, ohne dass bereits ausreichende Alterssicherungsansprüche erworben und mitgebracht wurden. – Das ist das, was Richard Hauser sagt.

Dabei wird erneut deutlich, dass einerseits Armut das Risiko, im Alter pflegebedürftig zu werden, verstärkt, und andererseits gerade auch die Übernahme der schlecht oder gar nicht bezahlten Pflegearbeit das Risiko, im Alter in Einkommensarmut zu leben, verschärft.

Bei Personen ab 65 Jahren liegt die relative Armut mit einer Armutsgefährdungsquote von 13,2 Prozent unter dem Gesamtdurchschnitt. Für ein finanzielles Auskommen im Alter sorgt das öffentliche Pensionssystem und da vor allem die Ausgleichszulage. Der Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende liegt 2018 bei 909 Euro und der Richtsatz für Ehepaare bei 1 364 Euro, aufgerundet.

Insgesamt reicht jedoch die derzeitige Ausgleichszulage nicht aus, um jedem Pensionsbezieher und vor allem jeder Pensionsbezieherin, der oder die den rechtmäßigen Aufenthalt in Österreich hat, ein Mindesteinkommen über der Armutsgrenze zu sichern.

Derzeit leben in Österreich 180 000 PensionistInnen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Wir haben uns daher im Regierungsprogramm darauf geeinigt, die soziale Absicherung im Alter durch eine Mindestpension sicherzustellen. Wer ein Leben lang

gearbeitet und Beiträge geleistet hat, dem muss das staatliche Pensionssystem im Ruhestand soziale Sicherheit garantieren.

Daher führen wir eine Mindestpension von 1 200 Euro für Menschen mit 40 Beitragsjahren ein. Ein Ehepaar erhält bei 40 Beitragsjahren eines Partners zumindest 1 500 Euro. Die Pensionen werden jährlich auf Vorschlag der Pensionskommission angepasst. Ich glaube, dass diese Leistungen der Regierung wesentlich dazu beitragen, Armut zu verhindern.

Wer ein Leben lang gearbeitet und Beiträge geleistet hat, dem muss das staatliche Pensionssystem im Ruhestand soziale Sicherheit garantieren. Jeder, der seinen Beitrag zu unserem Sozialsystem leistet, soll jetzt und auch in Zukunft eine Altersversorgung erhalten, die wertgesichert ist. Deshalb bekennen wir uns zu einem Pensionssystem, das der älteren Generation ihren gerechten Anteil am Wirtschaftswachstum und an der ökonomischen Weiterentwicklung unseres Landes garantiert.

Wir wollen vor allem die jüngeren Generationen aufklären und den Befürchtungen, dass es für die Kinder von heute in Zukunft keine Pensionen mehr geben wird, aktiv entgegenwirken.

Die gestiegene Lebenserwartung und die verlängerten Ausbildungszeiten verlangen nach einer vorausschauenden, effizienten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die eine lange Beschäftigung und damit eine lange Beitragsdauer garantiert. Die dadurch ins System fließenden Mittel sind die Basis für eine nachhaltige Sicherung unserer Altersvorsorge. Im Sinne des Generationenvertrages und der Generationengerechtigkeit ist auch für künftige Bezieherinnen und Bezieher von Pensionen bereits jetzt sicherzustellen, dass deren Altersversorgung in Zukunft ausreichend und gesichert ist.

Vorrangiges Ziel muss es daher sein, die Erwerbsquote älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Privatwirtschaft, aber auch für den öffentlichen Dienst weiter entsprechend der Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes zu erhöhen. Außerdem muss es für diejenigen, die sich weiterhin beruflich engagieren wollen, die Möglichkeit geben, dies über das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaus zu tun, ohne entsprechende Einbußen zu erfahren.

Oberstes Ziel muss es sein, dass die Erfahrung und der Wissensschatz der älteren Generation für die Allgemeinheit nicht durch den Wechsel in den Ruhestand verloren gehen. Zu einer zukunftsgerichteten Alterspolitik gehören daher auch: eine positive Sicht des Alterns, als alternder Mensch akzeptiert, anerkannt und nicht diskriminiert zu werden und aktiv an der Gesellschaft teilhaben zu können.

Die Gesundheitsziele Österreich bieten den Rahmen für eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik in Österreich. Sie tragen dazu bei, dass die Zahl der gesunden Lebensjahre in Österreich erhöht wird – das ist auch eines meiner großen Ziele als Gesundheitsministerin, denn alle sollen unabhängig von Geschlecht, sozioökonomischem Status, Herkunft und Alter dieselben Chancen auf Gesundheit haben.

Die Ergebnisse einer Studie betreffend PensionsbezieherInnen und deren Umgang mit Krankheit zeigen, dass Personen mit geringem Einkommen häufiger erkranken. Zugleich nehmen die ärmsten PensionistInnen mit den meisten Erkrankungen den Gesundheitsdienst weit weniger in Anspruch als Personen mit höherem Einkommen. Verschärfend kommt hinzu, dass Personen aus den unteren Einkommensschichten viel weniger Hilfe und Unterstützung suchen und den Anspruch auf Hilfe viel weniger artikulieren.

Damit wird deutlich, dass alte Menschen, die arm sind, sowohl mit der Armut als auch mit krankheitsbedingten Einschränkungen und einem erhöhten Risiko, pflegebedürftig zu werden, umzugehen haben.

Die effektivste Verhinderung von Armut liegt in der Erhaltung der Gesundheit und der Verhinderung von Arbeitslosigkeit.

Die Gesundheitsziele Österreich sollen den Rahmen für eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik in Österreich bieten und dazu beitragen, die Zahl der gesunden Lebensjahre zu erhöhen. Langlebigkeit und Hochaltrigkeit waren bis vor Kurzem in der Geschichte eine Ausnahme beziehungsweise das Privileg von wenigen. Heute ist die Gruppe der 80-Jährigen in den westlichen Industriestaaten die am schnellsten wachsende Altersgruppe, verbunden mit einer hohen Wahrscheinlichkeit demenzieller Betroffenheit.

Die österreichische Demenzstrategie Gut leben mit Demenz setzt sich unter anderem zum Ziel, durch entsprechende Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit von An- und Zugehörigen auch deren Lebenssituation zu verbessern und somit zu einer Verringerung des Risikos für Altersarmut beizutragen; da bedarf es vor allem eines Pflegegesetzes, das wirklich trägt.

Rund ein Drittel der Pflegegeldbezieher und -bezieherinnen hat weniger als 860 Euro monatliches Einkommen. Das Pflegegeld stellt damit eine massive Erleichterung für die betroffenen Personen und ihre Angehörigen dar und hilft natürlich effektiv, Armut zu verhindern.

Aus diesem Grund sieht das aktuelle Regierungsprogramm auch eine Erhöhung des Pflegegeldes ab Stufe 4 vor, da insbesondere in höheren Stufen ein großer Bedarf an professioneller Unterstützung besteht.

Lassen Sie mich jetzt ganz kurz zum Thema Kinder kommen – meine Kollegin wird das ja vielleicht noch näher ausführen, aber ich möchte aus meinem Bereich als Gesundheitsministerin noch einige Worte dazu verlieren.

Man muss sich natürlich auch mit Kinderarmut beschäftigen und man muss sagen, dass sich Kinder in einer besonderen Lebenssituation befinden. Viele Chancen und Möglichkeiten, die sich in ihrem Leben bieten oder eben nicht, sind leider Gottes vom familiären Umfeld und der materiellen Ausstattung des Elternhauses abhängig.

Neben einem geringen Einkommen des Haushalts, in dem die Kinder leben, treten schwierigste Lebensbedingungen auf – einige wurden von Ihnen, Herr Präsident, ja auch schon genannt –: kaputte Wohnungen oder Wohnungen, die kalt sind, keine finanziellen Mittel für unerwartete Ausgaben, etwa wenn die Waschmaschine oder die Heiztherme kaputt wird, et cetera.

Ein Leben in Armut ist ein Leben, das niemand – niemand! – haben möchte. Armutsbetroffene Kinder haben Eltern mit den schlechtesten Jobs, den geringsten Einkommen, den am ärgsten krank machenden Tätigkeiten. Die sozialen und gesundheitlichen Ungleichheiten, die in der Kindheit auftreten, haben eine hohe Prognosewirkung für die Morbidität im Erwachsenenalter.

Diese Kinder tragen die soziale Benachteiligung als gesundheitliche Benachteiligung ein Leben lang mit sich. Sie sind auch als Erwachsene deutlich kränker als der Rest der Bevölkerung. Arme Kinder von heute sind chronisch Kranke von morgen. Laut einer Auswertung der Gesundheit Österreich GmbH gibt es einen starken Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand und dem Auftreten chronischer Erkrankungen wie Bluthochdruck, Diabetes, Arthrosen, Rheuma oder akuter Ereignisse wie Herzinfarkt. Je niedriger der Bildungsstand, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, an einem der genannten Krankheitsbilder zu leiden.

Auffallend stark treten die psychosozialen Auswirkungen auf. Armut kränkt, wie auch schon der Herr Präsident gesagt hat, die Seele. Menschen mit geringem sozioökonomischem Status weisen signifikant mehr Krankenhausaufenthalte aufgrund affektiver Störungen wie Depression auf.

Es ist mir wirklich ein persönliches Anliegen, mich für die Senkung der Armut in Österreich einzusetzen und mich damit zu befassen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

10.38

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen.

Ich darf nun Frau Bundesministerin Mag. Bogner-Strauß um ihre Ausführungen bitten.

10.38

Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend im Bundeskanzleramt Mag. Dr. Juliane Bogner-Strauß: Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Mitglieder des Bundesrates! Sehr geehrte Gäste! Ich bin dankbar dafür, dass diese Enquete heute stattfindet. Ich glaube, hier müssen Zeichen gesetzt werden. Ich bin auch dankbar dafür, dass ich hier ein Referat halten darf.

Meinem Ressort geschuldet, werde ich heute vor allem über Familienarmut und Kinderarmut sprechen, aber ich möchte mit der Aussage beginnen, dass es in Österreich den meisten Familien mit Kindern gut geht und dass sie sich in einer guten und in einer glücklichen Situation wiederfinden.

Dennoch ist zu erwähnen, dass, wie meine Kollegin und auch der Herr Präsident schon gesagt haben, Kinderarmut, Familienarmut und Altersarmut in Österreich noch immer sehr stark auftreten, obwohl wir im EU-weiten Schnitt sehr gut dastehen und es in den letzten Jahren zu einer sehr starken Verbesserung gekommen ist.

Woher rührt diese Verbesserung? – In Österreich gibt es wirklich gute familienbezogene Leistungen. Wir haben Geldleistungen, wie das Kinderbetreuungsgeld und die Familienbeihilfe, wir haben Sachleistungen, die Schülerfreifahrt darf ich hier erwähnen, aber auch die Schulbuchaktion, und ein Meilenstein für die Familien ist sicher der Familienbonus, den diese Regierung eingeführt hat.

Das Institut für Familienforschung hat auch gezeigt, dass die Familienleistungen in Österreich in den letzten 14 Jahren um über 40 Prozent gestiegen sind; diese übersteigen die Inflationsrate bei Weitem. Dennoch ist hier anzumerken, dass viele von Armut betroffen sind, dass Armut ein persönliches Schicksal ist und dass wir deshalb Maßnahmen ergreifen müssen, um Armut zu verhindern und um Armut in Österreich weiter zu verringern.

Wir haben schon gehört, 14 Prozent der Österreicher sind armutsgefährdet, 3 Prozent leben mit erheblichen Mängeln. In der EU stehen wir gut da, aber es gibt immer Verbesserungsmöglichkeiten. Welche Gründe gibt es für diese Armutsgefährdung, oder was sind die Hauptgründe für diese Armutsgefährdung in Familien und bei Kindern? – Das sind Einelternhaushalte, in denen sich dieser eine Elternteil um die Betreuung des Kindes kümmern muss. Das sind Familienkonstellationen, wo beide Elternteile arbeiten gehen und dennoch nicht genug Geld zum Leben bleibt.

Deshalb muss man hier wirklich schauen: Wo kann man ansetzen, was ist dienlich? – Dienlich ist, wenn in einem Mehrelternhaushalt oder in einem Zweielternhaushalt, wie man so schön sagt, beide eine adäquate Arbeit haben und beide ein adäquates Einkommen beziehen. Niedrige Einkommen sind der größte Auslöser für Frauenarmut, sie lösen eine Lawine aus: Es wird ein geringerer Arbeitslosenbeitrag bezahlt, aber man

bekommt auch weniger aus der Arbeitslosenversicherung heraus, man bekommt weniger aus der Pensionsversicherung heraus, und das gipfelt oft in Altersarmut.

Als Frauenministerin liegen mir natürlich die Frauen besonders am Herzen, und es ist wichtig, Frauen zu stärken. Da braucht es entsprechende Kinderbetreuungseinrichtungen, um das Berufsleben mit dem Alltag vereinbaren zu können. Familienarmut ist nämlich leider, wie wir gehört haben, auch sehr oft Kinderarmut. Ich darf die Zahlen nennen: 275 000 Kinder unter 16 Jahren sind armutsgefährdet oder von Armut betroffen. Aufwachsen in Armut bedeutet Mangel und Verzicht und macht krank. Aufwachsen in Armut bedeutet Mangel an Anerkennung und Mangel an Bildung. Aufwachsen in Armut bedeutet, weniger selbstbewusst zu sein und sich auch nicht zu trauen, um Hilfe zu fragen. Deshalb muss es hier Maßnahmen geben. Beide Elternteile sollen arbeiten können, wenn es Zweielternfamilien sind. Bei Einelternhaushalten sollte dieser Elternteil eine adäquate Arbeit haben. In meinem Ressort möchte ich mich daher um die Kinderbetreuung kümmern, die Kinderbetreuung ausbauen, um flexiblere und adäquate Arbeitszeit- und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen.

Wie schon kurz erwähnt, gibt es in Österreich effektive Familienleistungen. Wir haben Geldleistungen wie das Kinderbetreuungsgeld und die Familienbeihilfe. Wir haben Sachleistungen wie die Schülerfreifahrt, und wir haben auch den Familienhärteausgleich. Damit können wir, Gott sei Dank, 120 Familien und schwangere Frauen im Jahr unterstützen, die unverschuldet in eine Notsituation geraten sind. Aber es gibt noch mehr zu tun, und deshalb hat die Regierung jetzt auch den Familienbonus eingeführt, eine Leistung, mit der wir 1,6 Millionen Kinder in Österreich unterstützen. Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, dass diese Leistungen, die ich hier genannt habe, auch gering verdienende AlleinerzieherInnen unterstützen.

Was können wir hier noch weiter tun? – Wir müssen beiden Elternteilen adäquate Arbeit und adäquate Bezahlung ermöglichen, um Familien- und Kinderarmut zu verringern, und wir müssen schauen, dass die familienbezogenen Leistungen treffsicher sind und dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Jedes Kind hat eine individuelle Gegenwart. Wir müssen alle Möglichkeiten nützen, um Armut und damit verbundenes Leid zu reduzieren, denn Kinder sollen keine von Armut vorgezeichnete Zukunft haben. – Danke schön.

(Beifall.)

10.45

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Danke für Ihre Ausführungen.

Ich bitte nun Frau Landtagsabgeordnete Mag. Tanja Wehsely um ihre Worte.

10.45

Mag. (FH) Tanja Wehsely (Abgeordnete zum Wiener Landtag, SPÖ): Vielen, vielen Dank für die Einladung! – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrtes Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Landesrätin, Expertinnen und Experten aus diesem Feld! Ich bin wirklich sehr geehrt, dass ich heute hier bei Ihnen sein darf. Ich weiß, es wurde Frau Stadträtin und Landesrätin Sandra Frauenberger angekündigt, es hat aber einen sehr guten Grund, warum sie heute leider nicht hier sein kann. Ich hoffe, sie sehr würdig zu vertreten, gemeinsam mit meinen Kolleginnen aus dem Landtag, Gabriele Mörk und Birgit Hebein, die ganz besonders in die Thematik soziale Sicherung involviert sind.

Ich glaube, worauf man sich grundlegend einigen muss, wenn man über das Thema Armut spricht und darüber, was in Sachen Armutsbekämpfung zu tun wäre, ist, dass Armut eben kein individuelles Schicksal ist und kein individuelles Schicksal sein darf und dass Armut eine Schande für eine Gesellschaft ist und nicht eine Schande für den armen Menschen, das arme Kind, die arme Frau. *(Beifall.)*

Ich glaube, erst wenn man sich darauf geeinigt hat, dass es ein gesellschaftliches Versagen und kein individuelles Versagen ist, dann kann man auch zur Tat schreiten, dann sind es nämlich nicht Almosen, worüber man spricht, sondern dann sind es Rechte. Dazu fallen mir im Gedenkjahr zwei Punkte ein. Der eine ist 1938: Wir wissen, dass Armut Demokratie frisst. Armut macht Menschen hilflos, Armut macht Menschen zu Menschen, die sich nicht beteiligen können, Armut frisst Demokratie. Und der zweite Punkt ist 1948, das Jahr der Menschenrechte. Das heißt, gleich zwei Bezugspunkte zu diesem Gedenkjahr finden hier heute, sehr geehrter Herr Präsident, einen ganz prominenten Platz, wenn wir über Armutsbekämpfung und Armutsvermeidung reden, denn: Ein gelungenes Leben, ein gelingendes Leben, Recht auf Bildung, Recht auf leistbares Wohnen und so weiter, das sind nicht nur Menschenrechte, das sind auch Kinderrechte. Das ist die Grundlage, auf der wir stehen und nach der wir auch immer streben müssen. Ob wir sie heute erreichen, morgen oder übermorgen, je schneller, desto besser, aber auf diesen Grundlagen stehen wir, und das ist justament im Gedenkjahr ganz besonders zu erwähnen.

Warum ist Frau Stadträtin Frauenberger heute nicht da? – Das hat einen besonderen Grund: Zeitgleich, während wir hier zu diesem Thema diskutieren und uns mit Strategien auseinandersetzen, wird eine ganz grundlegende Strategie in Wien erneuert und beschlossen, und zwar der Qualifikationsplan Wien 2030. Im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses findet soeben die Unterzeichnung dieses Memorandums für den Qualifikationsplan Wien 2030 statt, an der neben unserer Sozialstadträtin Sandra Frauenberger unsere Wirtschafts- und Finanzstadträtin Renate Brauner, unser Bildungs- und Jugendstadtrat Jürgen Czernohorszky sowie die Sozialpartner-Präsidenten – noch ohne ein I dazwischen; mit Renate Anderl heißt es dann bald Präsident**Innen** – Rudi Kaske, Walter Ruck von der Wirtschaftskammer, Wolfgang Hesoun von der Industriellenvereinigung und natürlich Erich Foglar teilnehmen, um sich gemeinsam dazu zu bekennen, insbesondere den Anteil der gering qualifizierten Wienerinnen und Wiener dramatisch zu senken. Das kann nur mit einer Strategie aller am Wiener Arbeitsmarkt Beteiligten gelingen, daher das starke Engagement der Sozialpartner in dieser Frage.

Was haben wir uns vorgenommen? – So, wie wir zumeist in Wien die Sachen angehen und arbeiten, nämlich über Ressorts vernetzt Probleme zu identifizieren und sie so gemeinsam zu bekämpfen, ist der Qualifikationsplan in mehrere Handlungsfelder aufgeteilt. Eines der wichtigsten – wir haben uns darauf geeinigt, ich werde nicht zu viel zur Bildung reden, weil das vor allem die Frau Landesrätin machen wird – sind Bildung und Jugendausbildung, Ausbildungsgarantie, es sind die Zugänge für die Wienerinnen und Wiener zu öffnen. Es geht darum, in Weiterbildung, Fortbildung, Ausbildung, Umschulung investieren zu können, sie da grundlegend zu beraten und ihnen weiterzuhelfen. Und da ist ein gemeinsames Vorgehen aller Institutionen vonnöten, seien das die Schulen, der Wiener Stadtschulrat, der da natürlich auch vertreten ist, seien das die Unternehmen, seien das auch die Vertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nur mit solider Bildung und Ausbildung, mit der Möglichkeit zu Qualifikation, adäquater Qualifikation ist das Arbeitslosenrisiko zu senken.

Die Ministerinnen haben es selbst auch angesprochen, der Punkt ist aber, man muss die Menschen dabei unterstützen, sie beraten, man muss viel in die soziale und öffentliche Infrastruktur investieren und teilweise das Gegenteil von dem machen, was leider im Moment passiert. Das Zurückfahren des Budgets im Arbeitsmarktbereich ist ein Fehler. Das Zurückfahren der Unterstützung für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist ein Fehler. Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft die Basis für Teilhabe und für ein gelingendes Leben. *(Beifall.)*

Das heißt, alles, was in diesem Bereich zurückgefahren wird, wird sich mannigfaltig auswirken. Wir wissen, Armut ist weiblich – auch schon gehört –: nicht genügend Versicherungsjahre, nicht genügend Beitragsjahre führen insbesondere bei Frauen zu Altersarmut.

Die Inklusion in die Erwerbsarbeit, in den Arbeitsmarkt, Einkommen, mit denen man auskommt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Frauen insbesondere, aber auch Männer betrifft, all das kann man nur mit Investitionen in die soziale Infrastruktur erreichen, flächendeckenden ganztägigen Kindergärten, flächendeckenden ganztägigen Schulformen. Je mehr Unterstützung Kinder von der öffentlichen Hand, also der Gesellschaft, in Form von Erziehung, in Form von adäquaten Orten, wo sie leben, wo sie lernen können, wo sie teilhaben können, erfahren, desto weniger Kinderarmut, desto weniger Armut. Das heißt, die öffentliche Hand, der Staat, die Gesellschaft muss eine Gerechtigkeit durch Angebote herstellen. Dass das Geld kostet, das ist ja klar, aber Geld steht ja nicht für sich selbst, das ist ja nichts, was von sich lebt, sondern das ist ja nur ein Mittel, das eingesetzt wird, um Ziele zu erreichen.

Ein Ziel, das wir in Wien auch verfolgen, ist, das Recht auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr zu verwirklichen. Wir wollen möglichst wenig Schließzeiten, denn: Im Sommer Kindergärten zu schließen ist frauenpolitisch, integrationspolitisch, bildungspolitisch, kinderpolitisch einfach inadäquat und ein Fehler. Wir haben zu wenige ganztägige Schulformen mit einem Mittagessen, mit adäquatem Aufenthalt, mit Lernen, mit Spielen. All das sind Dinge, die Kinder vor Armut bewahren und in die Gesellschaft integrieren. Das ist eines unserer wichtigsten Themen, die wir anstreben.

Sie wissen wahrscheinlich auch, dass wir ein eigenes Förderinstrumentarium im Arbeitsmarktbereich haben – neben dem AMS Wien, mit dem wir eng zusammenarbeiten –, das ist der Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds. Wien gibt 50 Millionen plus/minus, je nach Bedarf, für die ergänzende Arbeitsmarktpolitik aus, ganz besonders auch für Frauenprogramme, Programme für Wiedereinsteigerinnen, bei denen es darum geht, Frauen dabei zu unterstützen, sich weiter zu qualifizieren, aufzuqualifizieren, denn, noch einmal: Die Integration in die Erwerbsarbeit mit Einkommen, mit denen man auskommt, ist die Armutsvermeidung schlechthin. Vieles andere kommt an das einfach nicht heran.

Zum Schluss lassen Sie mich noch ein paar Worte zu der Wiener Mindestsicherung verlieren. Die Mindestsicherung stellt ja im Zusammenhang mit Armut das letzte soziale Netz in Österreich dar. Das ist auch so eine Sache, da kann man natürlich darüber verhandeln, aber, wie ich eingangs schon gesagt habe, Armut frisst Demokratie, und die Menschenrechte stehen ganz klar für die Bekämpfung und Vermeidung von Armut.

Wenn man glaubt, Mindestsicherungsbezieherinnen und -bezieher bestrafen zu müssen, dann heißt das, dass man Armut als individuelle Schande und individuelles Versagen versteht. Wenn man die Zahlen der Mindestsicherungsbezieherinnen und -bezieher nicht kennt und nur oberflächlich darüber spricht, dann macht man sich an dieser Verurteilung von Menschen, die es nicht leicht in unserer Gesellschaft haben, mitschuldig.

Ich weiß nicht, ob Sie zum Beispiel wissen, dass in Wien die Zahl der Vollbezieherinnen und Vollbezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung nur 9,5 Prozent beträgt, dass aber die Zahl der sogenannten Aufstocker, der Menschen, die Leistungen dazubekommen, Menschen, die arbeiten, die tagtäglich für ihre Familien, für ihre Kinder viel leisten, 77,9 Prozent ausmacht. Das heißt, wenn wir das Bild von Mindestsicherungsbezieherinnen und -bezieherern zeichnen, die in einer Hängematte liegen und sich mit 863 Euro, so der Satz in Wien, einen Lenz machen, dann machen wir uns mitschuldig daran, arme Menschen zu verurteilen, und das ist nicht richtig! (*Beifall.*)

Ich komme zum Schluss. Wir haben uns verfassungskonform in Wien dazu entschlossen, die Mindestsicherung nicht zu deckeln und nicht zu kürzen. Wir haben recht bekommen, dass das richtig war. Wir setzen so wie bei allen Maßnahmen auf Erhöhung der Selbstbestimmung, Einbindung in den Arbeitsmarkt, ganz besonders bei jungen Menschen, auch mit neuen Programmen für junge Menschen, um in Bildung, Ausbildung und in die Arbeitswelt eintreten zu können. Wir glauben an Unterstützung für Menschen, nicht an ihre Stigmatisierung, an die Verurteilung.

Und ich sage es noch einmal: Denken Sie bitte im Gedenkjahr alle gemeinsam an die Basis der Menschenrechte, auf der auch unsere Politik fußt, die wir uns tagtäglich in Erinnerung rufen müssen, und auch an die Armut, die Demokratie frisst. Das ist etwas, das wir uns in einer der reichsten Regionen dieser Welt einfach nicht leisten dürfen. – Danke schön. (*Beifall.*)

10.57

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Danke für Ihre Ausführungen.

Ich bitte nun Frau Landesrätin Wiesflecker um ihre Ausführungen.

10.58

Katharina Wiesflecker (Landesrätin für Soziales, Frauen und Pflege des Landes Vorarlberg): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Abgeordnete! Geschätzte Besucher und Besucherinnen! Ich möchte mich im ersten Teil auf das Thema Armutsprävention konzentrieren und dann im zweiten Teil auf Maßnahmen, die auf Menschen, die sich direkt in Armut befinden, reagieren, wie zum Beispiel die Mindestsicherung, eingehen.

Ich teile die Aussage der Sozialministerin – sie hat zitiert – „Armut ist ein Unglück“ nicht, weil das, genauso wie meine Vorrednerin gesagt hat, personifiziert, das individualisiert. Armut und auch Armutsgefährdung haben sehr viel mit strukturellen Rahmenbedingungen zu tun, und Armut wird, wie wir das seit Jahrzehnten wissen, vor allem vererbt.

Die Feststellung, dass es den meisten Kindern in Österreich gut ginge, teile ich auch nicht. Ich habe den Jahresbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft Vorarlberg mit, die heute zeitgleich eine Pressekonferenz macht, und dieser spricht von 400 000 Kindern in Österreich, die armutsgefährdet sind. Ich habe jetzt verschiedenste Zahlen gehört, es sind jedenfalls, wie wir alle wissen, viel zu viele.

Wenn wir jetzt über Strategien reden – das ist ja das Hauptthema heute: „Zukunftsstrategien gegen Armut in Kindheit und Alter“ –, wenn wir uns jetzt mit diesem Thema auseinandersetzen, dann meine ich schon, dass es sehr wichtig ist, vor allem auch als Soziallandesrätin darauf aufmerksam zu machen, dass Armut ein Querschnittsthema ist.

Ich werde dazu auch nichts Neues sagen, aber es sind natürlich vor allem die vorgelagerten Systeme, also Bildung, Arbeit – der Arbeitsmarkt wurde angesprochen –, aber auch leistbares Wohnen, mindestens so gefordert wie dann das Sozialsystem als solches.

Ich möchte zum Thema Armutsprävention jetzt einmal auf diese vorgelagerten Systeme oder Bereiche eingehen. Wir haben uns in Vorarlberg im Regierungsprogramm vor dreieinhalb Jahren das Thema Armutsprävention als Schwerpunktthema, als Querschnittsthema durch alle Themenbereiche vorgenommen. Ich beginne jetzt mit dem Bereich der Kleinkindbetreuung, für den ich auch inhaltlich zuständig bin. Im Bereich der Kleinkindbetreuung und auch des Kindergartens, also im Bereich der Elementarpädagogik haben wir uns vorgenommen, als eine der Strategien gegen Armut und für Armutsprävention leistbare sozial gestaffelte Tarife einzuführen.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

Ich habe mir zu Beginn des Programms und beim Schreiben des Regierungsprogramms auch überlegt – und das haben wir damals auch so niedergeschrieben –, dass wir beitrags**freie** Kindergartentarife und Kinderbetreuungstarife einführen, vor allem für Bezieher, Bezieherinnen von Mindestsicherung und auch WohnbeihilfebezieherInnen. Das ist in den Verhandlungen nicht gelungen, vor allem auch mit dem Gemeindeverband. Wir haben uns aber für einen sehr guten, niedrigen Tarif für diese Familien entschieden. Der Kinderbetreuungstarif in Vorarlberg, für diese Familien, die Mindestsicherung beziehungsweise Wohnbeihilfe beziehen, beträgt 20 Euro pro Monat halbtags und 40 Euro pro Monat ganztags. Außerdem gibt es noch Staffelungsstufen.

Ich lasse das Projekt auch über die Fachhochschule begleiten, und was sich da in der Evaluierung und in der wissenschaftlichen Begleitung schon herausstellt, ist, dass wir vor allem diese Gruppen, die wir nach unserem Armutsbericht auch treffen wollen, also Alleinerziehende, Familien mit vielen Kindern, Familien mit migrantischem Hintergrund, mit diesem Tarif treffen und wir genau da jetzt ein Angebot schaffen, damit diese Familien Kinderbetreuung in Anspruch nehmen. Beim Kindergarten haben wir diese Familien früher auch schon getroffen, aber bei der Kinderbetreuung nicht, da wir in Vorarlberg sehr hohe Tarife hatten.

Das zweite Element der sozialen Staffelung im Kinderbetreuungs Bereich, auch Kindergarten betrifft einen Tarifkorridor. Es gab die Situation, dass unsere Tarife in Vorarlberg in der Kinderbetreuung bis zum Zehnfachen auseinanderlagen, also halbtags von zum Beispiel 30 bis 300 Euro, ganztags von 60 bis 600 Euro. Das haben wir in einen Korridor gefasst, damit es wirklich gleiche oder ähnliche Bedingungen für ganz Vorarlberg plus eben die soziale Staffelung für Familien, die sehr wenig Einkommen haben, gibt.

Ich war am Anfang ein bisschen enttäuscht, dass es mir nicht gelungen ist, die Beitragsfreiheit in diesem niedrigeren Segment zu verhandeln und zu erreichen. Vor Kurzem bin ich auf eine Bonner Studie gestoßen, eine Studie des Bonner Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit, kurz IZA, die zum Schluss kommt, dass mit einer Beitragsfreiheit die Besuchsquote von Kindern wohl erhöht werden kann – wir haben hohe Betreuungsquoten im Kindergarten, vor allem bei den Vier-, Fünfjährigen, aber auch bei den Dreijährigen und bei den Zweijährigen –, aber durch die Beitragsfreiheit – das war für mich sehr interessant und das lerne ich jetzt aus dieser Arbeit –, das familienpolitische Ziel, dass Frauen verstärkt wieder in Arbeit gehen oder ihre Teilzeitarbeit stundenmäßig erhöhen, **nicht** so stark erreicht wird wie durch eine soziale Staffelung. Die AutorInnen empfehlen eine soziale Staffelung nach Haushaltseinkommen, und sie empfehlen weiters – das muss man natürlich dazusagen, denn gerade in Deutschland ist das ein wichtiges Thema –, dass das Geld, das man sich von der öffentlichen Hand dadurch erspart, unbedingt in Qualität investiert werden muss. Das versuchen wir, in Vorarlberg zu machen.

Ich fühle mich auch ein Stück weit bestätigt, und zwar, wie gesagt, in beiden Zielsetzungen: die Kinder zu unterstützen, da Armut vererbt wird, und diese Familien zu erreichen, aber genauso betreffend die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, was vor allem natürlich die Frauen betrifft, weil sie nach wie vor den Großteil der Erziehungsarbeit übernehmen.

Der zweite Teil im Bildungsbereich betrifft das Paket, das wir im Volksschulbereich geschnürt haben. Wir haben in der Grundstufe I, so nennt sich das, also den ersten beiden Schulstufen in der Volksschule, mit Landesmitteln zusätzliche Ressourcen zugeteilt. Ich halte das nach wie vor für eine der wesentlichen Maßnahmen, dass vor allem in den Volksschulen Kinder noch stärker unterstützt werden, als wir das bisher tun. Das ist auch ein Stück weit ein Appell an den Bund, wenn jetzt Ressourcen, Budgetmittel im Bildungsbereich gekürzt werden, auch was zum Beispiel Sprachkurse betrifft. Da gibt

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

es ideologisch unterschiedliche Ansätze, ob man die Kinder mit migrantischem Hintergrund stärker in eigenen Klassen oder in inkludierten Klassen unterstützt. Meine Haltung ist eine klare: Ich bevorzuge die Inklusion, wir haben auch gute Erfahrungen. Aber die Ressourcen müssen in die Klassen kommen, und da halte ich vor allem den Bereich der Volksschule für einen ganz wesentlichen. *(Beifall.)*

Ich möchte aber schon auch das Thema, das vorhin angesprochen wurde, noch einmal doppelt unterstreichen: die ganztägigen Schulformen und da vor allem die verschränkte Ganztagschule. Wenn wir diese Maßnahmen im Pflichtschulbereich, also vor allem verschränkte Ganztagschulen, nicht stärker auf den Weg bekommen – und wir sind da in Vorarlberg auch erst mit zögerlichen Schritten unterwegs –, dann fällt mir zu den Konsequenzen immer eine Aussage eines Leiters einer Sozialabteilung in einer Bezirkshauptmannschaft in Vorarlberg ein, der vor allem mit der Mindestsicherung zu tun hat, der sagt, wenn es uns nicht gelingt, die verschränkte Ganztagschule flächendeckend einzuführen, dann werden wir bei der Mindestsicherung nicht wirklich große Veränderungen erzielen können. *(Beifall.)*

Das ist eigentlich mein Hauptplädoyer für heute: auf den Bildungsbereich, den elementarpädagogischen Bereich, aber natürlich auch die Pflichtschule einen Fokus zu legen, einen Schwerpunkt zu legen, denn Armut werden wir nicht wirklich bekämpfen – das ist sowieso ein Begriff, der hier wahrscheinlich nicht so wirklich gut oder nur bedingt passt –, oder wir werden in den Strategien zur Armutsprävention und dabei, Armut zu verhindern, nicht größere Schritte weiterkommen, wenn wir nicht einen starken Fokus auf den frühpädagogischen Bildungsbereich und den Pflichtschulbereich legen.

Ich habe noch zwei andere Themen mitgenommen, die ich leider aufgrund der Zeit nicht mehr ausreichend ansprechen kann. Das eine ist der Bereich Arbeit. Dazu ist von meiner Vorrednerin vieles gesagt worden, das kann ich zu 100 Prozent unterstützen.

Ich möchte aber wenigstens in zwei Sätzen noch den Bereich des leistbaren Wohnens ansprechen, ein Thema, das uns in Vorarlberg sehr beschäftigt, andere Bundesländer auch. Wir müssen auch da politische Strategien finden, Wohnen für die Menschen leistbarer zu machen. *(Beifall.)*

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Katharina Wiesflecker *(fortsetzend):* Wir bemühen uns, zusätzlich gemeinnütziges Wohnen zu fördern und Wohnungen zu bauen. Das wird aber nicht reichen. Ich sehe auch in den anderen Bundesländern, dass man das macht. Leerstand zu mobilisieren, über Wohnbeihilfe zu unterstützen, das muss neben der Bildung ein ganz, ganz großer Schwerpunkt bleiben und sogar verstärkt werden. Da sehe ich noch nicht wirklich große Strategien in allen Bundesländern.

Nicht zuletzt ist es mir natürlich schon eine sehr große Freude, dass Anfang dieser Woche die Mindestsicherung in Niederösterreich vom Verfassungsgerichtshof gekippt wurde. Drei Jahre lang haben wir in den SozialreferentInnenkonferenzen dagegen argumentiert und genau diese Argumente angeführt, die jetzt der Verfassungsgerichtshof bestätigt hat. Ich plädiere dafür, eine österreichweite Regelung für die Mindeststandards zu finden und biete auch das Vorarlberger Modell an. – Danke schön. *(Beifall.)*

11.09

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Ich danke recht herzlich für Ihre Ausführungen. Wir haben nun den ersten Themenblock abgeschlossen. Ich bedanke mich für Ihre Beiträge.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt**III. Impulsreferate**

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann (*den Vorsitz übernehmend*): Nunmehr kommen wir zu unserem nächsten Themenblock, den Impulsreferaten.

Ich bitte die Referentinnen und Referenten wieder, die Zeit von 10 Minuten pro Statement nicht zu überschreiten. Ich ersuche nun Herrn Mag. Erich Fenninger von der Volkshilfe Österreich um seinen Beitrag. – Bitte, Herr Mag. Fenninger.

11.10

Mag. (FH) Erich Fenninger, DSA (Volkshilfe Österreich): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Mitglieder des Bundesrates! Danke für die Einladung! Meine Perspektive ist die der Sozialarbeitswissenschaft, aber natürlich auch der sozialarbeiterischen Praxis, und deshalb würde ich folgende Überschrift wählen: Arm sein ist mehr als die Armut an sich.

Es ist ein großes Problem, die Armut zu definieren. Die Definition ist letztlich heiß umkämpft und wird meistens aus dem jeweiligen eigenen persönlichen Standort und vom Standpunkt bestimmt. Vielfach spielen da natürlich Ideologien eine große Rolle. Deshalb wäre die erste Bitte an Sie als Politiker und Politikerinnen, dass wir versuchen, uns einer gemeinsamen Definition von Armut anzunähern, denn wenn wir diese gefunden haben, können wir auch die Gegenmaßnahmen besser artikulieren. Sie ist keine einfache, weil sie im Alltag verankert ist, jeder hat Bilder dazu. Die Armut ist aber in erster Linie sozusagen ein Geldmangelbegriff, so wird sie meistens verstanden und eingeengt, sie ist aber weit mehr, weil sie sich letztlich in allen Lebenslagen manifestiert. Sie trifft alle Bedürfnisse des täglichen Lebens und man kann sie deshalb nicht auf Geldarmut alleine reduzieren. Lebensbereiche des Sozialen, des Kulturellen, des Kognitiven, des Intellektuellen werden dabei stark erfasst.

Die Armut darf auch nicht mehr eindimensional gesehen werden, weil sie eben, wie ich schon zu erklären versucht habe, mehrdimensional und nicht nur auf das Geld zurückzuführen ist. Neben der materiellen Versorgungslage versuchen alle armutspolitischen Konzepte auf die sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Aspekte Rücksicht zu nehmen.

Mein Vorschlag für Sie, liebe Abgeordnete, wäre, auf die Definition der Ilse Arlt zurückzugehen. Ilse Arlt ist die Begründerin der, damals hat man Fürsorgewissenschaft gesagt, Sozialarbeitswissenschaft, und sie sagt Folgendes: Armut ist die wirtschaftlich gefasste Unmöglichkeit zur ausreichenden Befriedigung aller oder einzelner menschlicher Grundbedürfnisse. Armut bedeutet den Mangel an einem gelingenden Leben.

Wenn das ein Ausgangspunkt von uns wäre, würden sich die Maßnahmen deutlich besser ableiten lassen.

Das Zweite, wozu wir uns auch wechselseitig einladen müssen, ist, die Armut wahrzunehmen. Wahrscheinlich hat niemand von Ihnen im Saal Armut wirklich am eigenen Körper, an der eigenen Seele erfahren. Das ist etwas, was wichtig ist, was Butterwege, einer der bedeutendsten deutschen Armutsforscher, sagt: dass die Wahrnehmung letztlich nur aus dem persönlichen, subjektiven Erleben besteht, und wenn keine persönliche Wahrnehmung vorhanden ist, dann fehlt letztlich die Erfahrung, wie sich das anfühlen kann, die Innensicht ist nicht vorhanden. Es fehlen die Kenntnisse über die Ursachen, die zur Armut führen, die Erfahrung des Lebens im Mangel, die psychischen Vorgänge im Subjekt, die durch Armut ausgelöst werden und auf diese Menschen permanent wirken: Isolation, Angst, Apathie, Resignation, Schuldgefühle, das Erleben des täglichen Existenzkampfes, nicht zu wissen, wie man die Wohnkosten im nächsten Monat abdecken soll, ob einem der Strom abgedreht wird, man die Stromrechnung bezahlen kann.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

Diese Wahrnehmungen sind für die Betroffenen schmerzhaft, das ist in der Einleitung schon formuliert worden, sie treffen nicht nur den Körper, sondern auch die Psyche dramatisch, und deshalb ist es auch wichtig, sich dem Problem über die Wahrnehmung – neben der gemeinsamen Definition – anzunehmen.

Utopien sind die entscheidende Kraftquelle jeder Emanzipationsbewegung, sie entspringen einer massiven Verneinung, meistens der Empörung über Zustände, die als unerträglich empfunden werden. Das sollte unsere Grundlage sein, empfiehlt uns Oskar Negt.

Ein dritter Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist die Ächtung von Zuschreibungen, was Armut betrifft. Zuschreibung ist etwas, was in der Gegenwart permanent zu identifizieren ist. Armut ist aber keine Eigenschaft. Wir nennen diesen Prozess Othering, also dass Menschen, die sich einer gewissen Gruppe zugehörig fühlen, von anderen ganz dezidiert bewusst getrennt werden. Diese anderen Gruppen werden aufgrund von Merkmalen markiert, und dann werden ihnen Eigenschaften von außen unterlegt und unterschoben. Diesen Vorgang des Otherings müssen wir stoppen. Er bildet noch dazu durchaus eine Verbindung zu den Gedenktagen. Das Othering ist auch eine Grundlage in der Geschichte gewesen, die wir in der Gegenwart wieder angelegt sehen. Das heißt, wir dürfen Menschen, die im Mangel leben, nicht negative Eigenschaften zuschreiben! Das Leben in Armut ist hart genug.

Vierter Punkt: Armut ist – und dagegen müssen wir, glaube ich, gemeinsam arbeiten – ein Ausdruck von sozialer Ungerechtigkeit, ein Ausdruck einer ungleichen Gesellschaft. Armut und Reichtum hängen zusammen, wie auch Butterwege formuliert, das sind die gegensätzlichen Seiten ein und derselben Medaille. Es gibt einen strukturellen Zusammenhang. Bert Brecht hat gesagt: Weil du reich bist, bin ich arm! Es gibt natürlich einen Zusammenhang zwischen Armut und Reichtum, Armut wäre ohne Reichtum nicht denkbar und umgekehrt.

Deshalb ist es doch unser gemeinsames Anliegen, Armut zu bekämpfen und sich an einem sozialen Wohlfahrtsstaat zu orientieren. Österreich leistet vieles, aber Butterwege meint, dass die sozialen Wohlfahrtsstaaten letztlich begonnen haben, mit ihren Versprechen, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, zu brechen. Das System erodiert und ist nicht mehr zielorientiert für alle Menschen da, die wir eigentlich erreichen wollen.

Deshalb wäre die Maßnahme oder der Wunsch, die Ergebnisorientierung einzuleiten. Wir sprechen gerne über Chancengerechtigkeit, Chancengleichheit, aber wir müssen uns im politischen Handeln daran messen, ob wir auch die Ergebnisse erzielen, ob wir es auch in der Tat schaffen, dass Menschen inkludiert werden und nicht exkludiert. Das halte ich für eine entscheidende Annäherung, Grundlage für die Politik.

Der Wohlfahrtsstaat war die Errungenschaft Europas, war die wichtigste Lehre, die wir auf Grundlage dessen gezogen haben, dass in Europa der Faschismus gewütet hat. Die Idee war nicht Armutsbekämpfung in dem Sinn, dass wir diese vereinzelt betrachten und isoliert mit Armutshilfe unterstützen wollen, sondern die Idee war die Beteiligung. Die Beteiligung war die Idee der Gründungsväter und -mütter, **niemanden** auszuschließen, weil wir durch den Faschismus gelernt haben, wenn Menschen aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, dann werden sie anfällig für Faschismen. Deshalb muss dieser soziale Wohlfahrtsstaat die Benachteiligung verändern, um, wie es im Wort eigentlich schon drinnen steht, die Beteiligung von allen Menschen zu ermöglichen.

Armutsbetroffene Menschen erleben, dass die Politik letztlich nicht wirkt. Die untersten zwei Dezile verabschieden sich von Wahlen. In Deutschland, zum Beispiel in Köln, gibt es Luxusviertel, Viertel, wo gut verdienende Leute leben, wo 89 Prozent wählen gehen,

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

und in den Armutsvierteln gehen 44, 46, 49 Prozent wählen, also kommt es ja auch zu einer kompletten Verschiebung bei den Wahlergebnissen. Die Dramatik ist, dass sich diese Exkludierten dann auch noch selbständig abkoppeln, weil sie das Gefühl haben, die Politik ist wirkungslos, meine Lebenswelt ändert sich nicht.

Zum Abschluss möchte ich noch speziell, weil mir das ein Riesenanliegen ist, auf die Kinderarmut eingehen. Da begreift man nämlich, dass Armut nicht eine persönliche Schuldhaftigkeit ist, sondern dass sie im Zusammenhang mit Strukturen steht. Kinder, die in Armut aufwachsen, sind die Armutsbetroffenen von morgen. Wir können das nachweisen. Auch die österreichische Gesellschaft schafft es trotz vieler sozialpolitischer Anstrengungen nicht, dass sich diese Kinder aus der Armut heraus entwickeln.

Wir haben da eine Betondecke, und zwar deshalb, weil die Kinder natürlich wenig Geld haben, wenn die Eltern keines haben, aber auch in den sozialen Aspekten nicht einbezogen sind. Armutsbetroffene Eltern laden meistens keine Freunde für ihre Kinder ein, denn für den Wohnraum geniert man sich, er ist nicht dafür geeignet. Man macht keine Feste, man zelebriert das eigene Kind nicht. Es wird schon vor der Schulzeit ausgeschlossen, da es nicht an Sport, an kulturellen Entwicklungen und an Aktivitäten, die mit Geld verbunden sind, teilhaben kann. Auch das Schulsystem ist nicht durchlässig: Nur drei von zehn Kindern von Armutsbetroffenen kommen überhaupt ins Gymnasium. Es ist ein Ausschluss, den wir sehen und erkennen, aber wir haben noch keine Maßnahmen entwickelt, diesen Ausschluss zu unterbinden.

Um das auch mit Zahlen transparent zu machen: Ein Klinikum in Deutschland hat ein Sozialscreening durchgeführt, bei dem die Fertigkeiten von Kindern beim Schuleintritt gemessen wurden. Es wurden 5 000 Kinder gescreent, und 49 Prozent der armutsbetroffenen Kinder konnten schlechter Deutsch, in der Mengenerfassung waren sie weit hinten.

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann: Dürfte ich Sie bitten, langsam zum Schluss zu kommen?

Mag. (FH) Erich Fenninger, DSA (fortsetzend): Ein ähnlich schlechtes Ergebnis gibt es im visuomotorischen Bereich.

Aus meiner Sicht ergeben sich daraus folgende zentrale Forderungen: Wir müssen eine gemeinsame Definition von Armut haben. Wir dürfen Menschen diese Armut nicht als Eigenschaft zuschreiben; wir brauchen einen sozialen Wohlfahrtsstaat, in dem das Mindeste das Mindeste bleibt; die Mindestsicherung gehört nicht gekürzt, sondern auf die von uns auch mitbeschlossene EU-SILC-Höhe erhöht. Und Kinder, denke ich, brauchen eine eigene Kindergrundsicherung – der Familienbonus wirkt bei Gruppen, die etwas verdienen, aber die Armutsbetroffenen haben nichts davon. – Das wäre mein Vorschlag. *(Beifall.)*

Österreich ist ein wirklich reiches Land. Verteilen wir von oben nach unten und nicht von unten nach oben! Die Tendenz dazu, glaube ich, ist in Europa vorhanden. Österreich ist ein wirklich reiches Land, aber nicht für die Armen.

Handeln wir gemeinsam für ein sozial gerechtes Österreich! – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

11.22

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann: Herr Mag. Fenninger, vielen Dank, für Ihre Ausführungen.

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

Ich darf nun die Geschäftsführerin von Boja, Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit, Frau Mag.^a Daniela Kern-Stoiber, um ihren Beitrag bitten. – Bitte, Frau Geschäftsführerin.

11.22

Mag. Daniela Kern-Stoiber, MSc (Boja – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit): Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, ein Leben zu führen, in dem sie sich frei entwickeln können, mitgestalten und Teilhabe erfahren dürfen. Vielen Jugendlichen ist das aber nicht vergönnt.

Handlungsfälle der sozialen Arbeit, wie die offene Jugendarbeit – das ist das, was tagtäglich in Jugendzentren, Jugendtreffs und mobil auf der Straße als Jugendstreetwork passiert –, schenken besonders diesen Jugendlichen Aufmerksamkeit.

Schwierig ist, dass Armut und Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen oft nicht klar sichtbar passieren, nicht benennbar und schon gar nicht bezifferbar sind. Wir müssen also genauer hinschauen und mehr Energie darauf verwenden, Armut zu erkennen und dagegen anzukämpfen.

Kinderarmut erregt im Gegensatz zur Armut und Ausgrenzung Jugendlicher mehr Mitleid und steht auch mehr in der Öffentlichkeit. Jugendliche werden oft schon als Erwachsene gesehen – wobei wir wissen, dass Erwachsenen attestiert wird, oftmals selbst schuld an ihrer Situation zu sein –, dabei sind das immer noch junge Menschen, die mitten in ihrer Entwicklung stehen und denen kaum eine Chance gegeben wird, aus ihrer oftmals schon vorherrschenden Abwärtsspirale wieder herauszukommen. In manchen Fällen ist die Reaktion der Jugendlichen auf diese Ausgrenzung Rebellion und Aggression, und schon geraten sie in einen negativen Fokus.

Armut hat viele Gesichter und Auswirkungen, die ineinanderspielen und sich nicht getrennt betrachten lassen. Ich möchte gerne vier Bereiche erwähnen, die mir bei diesem Thema besonders wichtig erscheinen.

Bildung und Beschäftigung: Der soziale Hintergrund der Eltern prägt und bestimmt die Bildungslaufbahn von Kindern und Jugendlichen, das wissen wir. Deshalb erscheint es besonders notwendig, dass sämtliche BildungsanbieterInnen darauf achten, niederschwellig zu bleiben und jene Jugendlichen zu erreichen, die es schwer haben an Strukturen anzudocken; zum Beispiel die sogenannten Neets mit diesem ein bisschen unglücklichen Ausdruck für Not in Education, Employment or Training.

In sämtlichen EU-Papieren lesen wir von Skills, Skills, Skills, die sich Jugendliche aneignen sollen. Aber wie kommen sie an diese? Wie kommen sie zu den grundsätzlichen Lebenskompetenzen, die es heute am Arbeitsmarkt so notwendig braucht, besonders in einer Welt, die den Jugendlichen so wenige Perspektiven auf Jobs bietet?

Das Konzept der Bildungslandschaften scheint da geradezu ideal zu sein – das sind lokale Zusammenschlüsse von Schule, sozialen AnbieterInnen, Freizeitangeboten, Jugendarbeit –, vor allem, da sich immer deutlicher zeigt, dass wichtige Schlüsselqualifikationen in der Persönlichkeitsentwicklung außerhalb der klassischen Bildungsinstitutionen erworben werden.

Partizipation: Grundsätzlich gehören junge Menschen beteiligt – da sind wir uns wahrscheinlich alle einig –, es braucht dazu aber extra Formate, die es jungen Menschen ermöglichen, sich ihre Meinung zu bilden und ihre Stimme zu erheben. Bestimmte Jugendlichengruppen tun sich aber sehr schwer mit Beteiligung. Sie müssen erst die Erfahrung machen, wie es ist, gehört zu werden, ernst genommen zu werden und wie sie ihre Meinung formulieren können, sodass diese auch ankommt. Jugendliche zu

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

erreichen, die es in der Gesellschaft schwerer haben, ist aber genau das, was Beteiligungsprozesse brauchen. GymnasiastInnen und Studierende zu erreichen wird nicht ausreichen.

Gesundheit: Aus armen Kindern und Jugendlichen werden kranke Erwachsene. Bildung und Einkommen sind die wichtigsten Prädiktoren für Gesundheit, was auch schon die Ministerin zuvor gesagt hat. In Österreich ist es so, dass wir es mit einer schlechten Gesundheitskompetenz der ÖsterreicherInnen zu tun haben. Mehr als 50 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher haben eine unzureichende Gesundheitskompetenz. Das heißt, sie wissen zu wenig über ihre Gesundheit und finden sich im Gesundheitssystem nur schlecht zurecht.

Im Jugendalter wird eine sehr wichtige Fähigkeit zur Gesundheitskompetenz gebildet, es kommt nämlich zu einer Verbesserung der kognitiven Fähigkeiten und des Planungsdenkens. Wieder ist es so, dass bildungsfernere und sozial benachteiligte Menschen eine schlechtere Gesundheitskompetenz aufweisen. Deshalb gehören diese Menschen besonders in den Fokus von Gesundheitspolitik genommen – und da besonders junge Menschen.

Wichtig ist aber, dass sich nicht nur das Individuum verändern muss und das Individuum fit gemacht werden muss – also die jungen Menschen –, sondern dass es darum geht, auch die Rahmenbedingungen und Strukturen von Lebenswelten zu verändern. Das ist ein gesundheitspolitischer Auftrag.

Zuletzt noch Jugendräume: Junge Menschen brauchen Räume, in denen sie sein dürfen, sich ausprobieren und akzeptiert werden, so wie sie sind. Oft sind diese Räume aber nicht da. Es geht um tatsächliche Räume, um Orte, aber auch um psychische, soziale Räume und um die digitale Welt. Die digitale Welt ist ein Raum, der den Erwachsenen oftmals noch nicht so erschlossen ist. Digitaler Raum ist wertzuschätzen, er birgt ganz viele Ressourcen für junge Menschen. Es geht darum, als Erwachsener nicht nur die negativen Seiten zu sehen, die wichtig sind, sondern zu akzeptieren, dass junge Menschen sich da eigene Räume erobern und diese nutzen.

Leider wissen wir aber auch, dass sich die Benachteiligungen im analogen, normalen Leben im digitalen Leben widerspiegeln. Bildungsfernere und sozial benachteiligte Jugendliche nutzen das Internet anders und können die Potenziale, die es birgt, nicht so nutzen. In der nicht digitalen Welt brauchen wir nicht kommerzielle Räume, die für die Freizeitgestaltung von Mädchen und Burschen wichtig sind. Wir sollten nicht zulassen, dass es Shoppingmalls vorbehalten ist, attraktive Verweilräume für Jugendliche zu sein.

Da kommen die Jugendzentren und die mobile Jugendarbeit ins Spiel: Offene Jugendarbeit leistet in den über 650 Einrichtungen vom Burgenland bis Vorarlberg wichtigste Sozialisationsarbeit neben Familie und Schule. Sie ist ein wesentlicher Faktor im Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und ist weit, weit mehr als einfach nur Freizeitgestaltung. Pro Jahr erreichen wir im Schnitt 250 000 Jugendliche mit den Angeboten.

Offene Jugendarbeit leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit von jungen Menschen. Der niederschwellige Zugang zu den Angeboten und die ganz spezifischen Arbeitsprinzipien begünstigen ein Lernen, das für alltägliche Handlungs- und Sozialkompetenzen wichtig ist und das durch den sehr niederschweligen Zugang vor allem für sozial marginalisierte Jugendliche wichtig ist. In den Jugendzentren werden Bildungsgelegenheiten geschaffen, die die Verschiedenartigkeit der Lebenslagen der Jugendlichen und die unterschiedlichen Bildungspotenziale, die in ihnen stecken, berücksichtigen.

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

Offene Jugendarbeit ist oftmals auch soziale Drehscheibe und Vermittlerin zwischen unterschiedlichen Bedürfnissen und zwischen den Generationen, zwischen Jung und Alt.

Lassen Sie mich also resümieren: Wir alle kennen die Zahlen – egal, welche Zahlen, sie sind immer zu hoch! – von jungen Menschen, die aus der Schule kommend nur unzureichend lesen und schreiben können, die dadurch wenig Aussicht auf einen Job haben, die von zu Hause nicht die Unterstützung erhalten, die sie brauchen, und die auch beim Thema Rauchen und Alkohol vorne mit dabei sind.

Es ist daher wichtig, dass eine Veranstaltung wie diese den Fokus auf genau diese Jugendlichen legt und dass wir gemeinsam schauen, was wir tun können, damit diese jungen Menschen nicht die Armen von morgen werden. *(Beifall.)*

11.29

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann: Vielen Dank, Frau Geschäftsführerin, für Ihre Ausführungen.

Ich darf nun Herrn Mag. Walter Marschitz von der Sozialwirtschaft Österreich um seinen Beitrag bitten. – Bitte, Herr Magister.

11.30

Mag. Walter Marschitz, BA (Sozialwirtschaft Österreich): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich vertrete als Geschäftsführer die Sozialwirtschaft Österreich. Die Sozialwirtschaft Österreich ist der Arbeitgeberverband der Sozial- und Gesundheitsunternehmen und wir verhandeln unter anderem den Sozialwirtschaftskollektivvertrag für hunderttausend Beschäftigte.

Wir decken einen sehr breiten Bereich ab – von der Pflege über Behinderte, Kinderbetreuung, Jugendarbeit bis zu arbeitsmarktpolitischen Dienstleistungen – und ich möchte heute einen Aspekt herausgreifen, nämlich Armut und Pflege.

Der Zusammenhang zwischen Pflege und Armut in Österreich ist wie manche andere Fragen, die mit der Pflege zusammenhängen, nicht besonders gut erforscht. Es gibt aber eine recht interessante Zahl im Sozialbericht des Ministeriums, die kaum einen Unterschied bei den mehrfachen Gesundheitseinschränkungen zwischen niedrigen und mittleren Einkommen zeigt, nur bei höheren Einkommen gibt es gravierende Abweichungen. Man muss auch sagen, dass wir in diesem Bereich eigentlich ein relativ gutes System – mit Pflegegeld, Sozialhilfe, Unterstützungen und Förderungen – haben, das die Sozialproblematik im Pflegebereich doch deutlich entschärft.

Nähert man sich dem Thema Pflege und Armut, dann geht es aus meiner Sicht um drei Perspektiven: Die eine Perspektive sind die Pflegebedürftigen selbst, die zweite Perspektive sind die pflegenden Angehörigen und die dritte Perspektive sind die professionellen Pflegekräfte.

Zu den Pflegebedürftigen selbst: Wir haben derzeit 460 000 in Österreich, 58 Prozent der über 80-jährigen ÖsterreicherInnen sind PflegegeldbezieherInnen. Die Problematik, die wir da natürlich haben, ist folgende: Wir haben eine Durchschnittspension von 1 143 Euro – Frauen sogar nur 921 Euro –, und die Kosten der einzelnen Pflegesettings, insbesondere der Vollversorgung sind aus den Einkommen kaum finanzierbar.

Schaut man sich das am Beispiel Niederösterreich an – ich habe dieses Beispiel genommen, weil es das sehr transparent darstellt –, so kostet ein Heimplatz in der Pflegegeldstufe 4 in Niederösterreich 3 500 Euro pro Monat, mit 24-Stunden-Betreuung. Auch eine Vollversorgung zu Hause – sage ich jetzt einmal – kostet bei einem seriösen Träger zwischen 2 500 und 3 000 Euro pro Monat.

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

Das Pflegegeld in der Stufe 4 beträgt 677,60 Euro. Der Pflegezuschlag in der Stufe 4 in den niederösterreichischen Heimen beträgt 1 016,70 Euro. Das heißt, das Pflegegeld – da rechne ich jetzt noch gar nicht einmal ab, dass da nicht 100 Prozent, sondern nur 80 Prozent ausbezahlt werden – deckt nicht einmal in diesem Bereich den engeren pflegebedingten Mehraufwand.

Das war eigentlich auch immer Ziel der Träger, nämlich dass jemand, der pflegebedürftig wird, nicht arm werden beziehungsweise in die Sozialhilfe fallen soll. Das heißt, jemand, der sein ganzes Leben nie in der Sozialhilfe war, soll nicht dadurch, dass er pflegebedürftig ist, in diese hineinfallen.

Ein wesentliches Thema ist da natürlich die Finanzierungslücke beim Pflegegeld. Das Pflegegeld ist heute um 25 Prozent weniger wert als im Jahr 1993. Wenn man das gesamt rechnet, dann beträgt der Gesamtwertverlust über alle Pflegegeldbezieher 1 Milliarde Euro. Das heißt, würde man heute Pflegegeld in gleicher Höhe wie 1993 auszahlen, dann würde das 1 Milliarde Euro mehr bringen. Natürlich ist diese Milliarde Euro in den letzten Jahren insbesondere den Ländern und Gemeinden als Mehrkosten entstanden.

Interessant ist, dass durch die Abschaffung des Pflegeregresses – über die ich sehr gerne länger reden würde – sogar eine gegenteilige Entwicklung eingesetzt hat. Wir bemerken, dass die Zahl der Selbstzahler deutlich zurückgegangen ist. Das waren bis zu 20 Prozent in einzelnen Bundesländern, und das ist jetzt auf 1 bis 2 Prozent zurückgegangen. Das heißt, die Personen, die im Pflegeheim betreut werden, sind jetzt wesentlich stärker in der Sozialhilfe, als das noch vor Abschaffung des Regresses der Fall war.

Was wäre da die Forderung? – Die Forderung wäre, dass man diesen engeren pflegebedingten Mehraufwand auf jeden Fall als Solidarrisiko absichert. Die Wohnversorgung ist dann eher vielleicht eine individuelle Verantwortung.

Zweiter Punkt: pflegende Angehörige. Mehr als 80 Prozent der Pflegegeldbezieher werden zu Hause betreut. Insgesamt sind in Österreich 580 000 Personen in der Angehörigenpflege beziehungsweise in der unentgeltlichen Pflege tätig; das heißt, es helfen manchmal auch Nachbarn und dergleichen.

50 Prozent der Pflegegeldbezieher werden ohne professionelle Hilfe zu Hause betreut. Die Hälfte bis zwei Drittel derjenigen, die pflegen, sind Kinder und aus der Enkelgeneration. Da geht es natürlich schon auch um die soziale Absicherung – nicht in allen Fällen, da das durchschnittliche Alter der pflegenden Angehörigen 63 Jahre ist.

Ich glaube, man muss sich anschauen, wie die Maßnahmen in diesem Bereich – es gibt ja die Möglichkeit der Weiterversicherung, es gibt die Möglichkeit der Pflegekarenz –, die zum Teil nicht besonders stark angenommen werden, gewirkt haben und wie man diese weiterentwickeln könnte.

Dritter Punkt: Pflege- und Betreuungskräfte. Pflegeberufe sind meiner Ansicht nach – das ist natürlich immer schwierig zu sagen, da das jeder individuell vielleicht anders sieht – verglichen mit formal vergleichbaren Berufsgruppen, kollektivvertraglich nicht so schlecht bezahlt. Aber wir haben das Riesenproblem der Teilzeitbeschäftigung. Sehr viele Pflegekräfte, insbesondere in der mobilen Pflege, arbeiten nur ungefähr 24 bis 30 Stunden, und da ist natürlich das Einkommen, vor allem, wenn es dazu dient, für einen Alleinverdiener herhalten zu müssen, recht niedrig. Wir als Träger stellen dabei aber fest, dass ein Aufstocken der Stunden oft an den Betreuungskräften selbst scheitert. Ich meine, wir haben da natürlich ein strukturelles Problem, denn bei der mobilen Pflege fallen ungefähr 50 Prozent der Pflegeleistung in der Früh an. Das heißt, da tut man sich schon sehr schwer, überhaupt eine Vollzeit Arbeitsstelle zu konstruieren.

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

Was ist in diesem Bereich notwendig? – Ich glaube, dieses Problem der Teilzeit können wir in den Kollektivverträgen nicht lösen, auch wenn wir beispielsweise Teilzeiteiler günstiger gestalten. Es braucht eine gesellschaftliche Lösung, die wahrscheinlich aus zwei Teilen besteht, nämlich auf der einen Seite aus einer besseren Unterstützung bei den Betreuungsleistungen der Betroffenen und auf der anderen Seite aus so Dingen wie Kombilohn und dergleichen, die man andenken muss.

Insgesamt appelliere ich an Sie als Vertreter der Politik und des Hohen Hauses, dass Sie beim nächsten Mal nicht so wie beim Pflegeregress sozusagen eine Lösung über Nacht beschließen, die im Nachhinein sehr viele Probleme mit sich bringt. Notwendig ist, dass man das Pflegeproblem jetzt endlich einmal gesamtheitlich löst und dass man neben der Frage der Versorgungssicherheit, der Qualität, der Finanzierung des Personals auch die sozialen Fragen im Zusammenhang mit der Pflege einbezieht.

Wir haben momentan im Bereich der Pflege noch eine gute demografische Lage durch die geburtenschwachen Jahrgänge der 1930er-Jahre, aber in den allernächsten Jahren haben wir mit einem demografisch bedingten Nachfrageanstieg zu rechnen, da der Geburtsjahrgang 1939 um 50 Prozent stärker war als der Geburtsjahrgang 1938.

Daher drängt die Zeit, und ich bitte Sie, sich dafür einzusetzen, dass alle politisch Beteiligten und Stakeholder eine vernünftige Lösung finden. – Danke schön. *(Beifall.)*
11.39

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann: Vielen Dank, Herr Magister, für Ihre Ausführungen.

Ich darf nun Frau Abgeordnete zum Nationalrat und Obfrau der Initiative Freiheitliche Frauen Carmen Schimanek um ihren Beitrag bitten. – Bitte, Frau Abgeordnete.

11.40

Abgeordnete Carmen Schimanek (Initiative Freiheitliche Frauen): Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Sehr geehrte Teilnehmer der Enquete! Ich freue mich sehr, dass auch ich heute bei dieser Enquete sprechen darf. Meinen Fokus möchte ich auf Frauenarmut legen, denn, wir wissen es, die Armut in Österreich ist vorwiegend weiblich. Alleinerzieherinnen und, wir haben es gehört, Pensionisten sind jene Gruppen, die in Österreich am häufigsten von Armut betroffen sind.

Altersarmut ist für Frauen besonders bitter, besonders dann, wenn sie Kinder großgezogen und deshalb auch nur stundenweise gearbeitet haben oder wenn sie Angehörige gepflegt haben. Herr Marschitz, Sie haben das angesprochen. 80 Prozent der Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, sind Frauen. Das ist auch ein großer und wertvoller Beitrag.

Viele Frauen sind auch in Berufen tätig, die nur gering bezahlt werden. Ein weiterer Grund für die Altersarmut ist es, frühzeitig krank zu werden und dann nicht genug Jahre einbezahlt zu haben. Deshalb halte ich die geplanten Maßnahmen der Regierung, den Mindestlohn und auch das Pflegegeld zu erhöhen, für absolut notwendig und wichtig und richtig.

Viele Frauen tappen aber auch nach der Scheidung in die Armutsfalle. Die steigenden Lebenshaltungskosten verschlechtern die finanzielle Situation der Frauen und auch ihrer Kinder. Die Zahl der alleinlebenden Frauen und der Alleinerziehenden ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Andererseits sind oft Frauen von häuslicher Gewalt betroffen, trennen sich aber nicht von ihrem gewalttätigen Partner, größtenteils aus finanzieller Abhängigkeit. Das heißt, häusliche Gewalt geht in Österreich auch mit ökonomischer Gewalt einher.

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

Ich habe mir ein paar Daten aus dem Sozialbericht 2016 herausgesucht: Im Jahr 2016 lebten in Österreich 1 542 000 Menschen in Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung. Das betrifft 18 Prozent der Gesamtbevölkerung Österreichs, das heißt, fast jeden Fünften. Es ist wirklich fatal, dass das in diesem reichen Land Österreich so ist. Es sind 655 000 Frauen, 532 000 Männer und 356 000 Kinder und Jugendliche. Ich glaube, die Frau Landesrätin hat es auch angesprochen: Das sind einfach zu viele.

Der Anteil armutsgefährdeter Frauen ist mit 19 Prozent deutlich höher als jener der Männer. Kinder und Jugendliche sind mit einem Anteil von 20 Prozent am meisten armutsgefährdet. Mit zunehmendem Alter wird die Armut immer weiblicher. Bei armutsgefährdeten PensionistInnen ist der Anteil bei alleinlebenden Frauen mit 22 Prozent am höchsten und viel höher als der bei alleinlebenden Männern.

Am meisten gefährdet ist allerdings die Gruppe der AlleinerzieherInnen, mit 38 Prozent schlägt dies am höchsten zu Buche, und das ist wirklich bedenklich. Natürlich ist das auch ein großes Problem für deren Kinder, die in Armutgefährdung aufwachsen. Vor allem ist das aber auch ein Frauenproblem, denn fast 90 Prozent der AlleinerzieherInnen sind Frauen. Mit dem dritten Kind machen Familien auch einen großen Schritt in die Armutgefährdung, der Anteil liegt mit 237 000 Personen bei 31 Prozent.

Was bedeutet dies alles für die betroffenen Frauen? – Viele alleinlebende Frauen und Alleinerzieherinnen können sich keinen Urlaub leisten. Jede zehnte Frau, die allein lebt oder alleinerziehend ist, kann sich keine neue Kleidung kaufen. Unerwartete Ausgaben stellen fast die Hälfte der Alleinerzieherinnen vor ein unbewältigbares Problem. Eine kaputte Waschmaschine, Autoreparaturen oder höhere Aufwendungen für die Kinder in der Schule arten fast in Katastrophen aus. 16 Prozent der Alleinerzieherinnen sind mit Zahlungen in Rückstand. Auch der Besitz eines Pkws ist für einen beträchtlichen Anteil der Frauen kaum möglich und fast ein Luxus.

Die erhöhte Armutgefährdung von Frauen erklärt sich dadurch, dass Frauen in der Pension im Vergleich zu Männern massiv stärker armutsgefährdet sind, dass Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten, also nicht erwerbstätige Arbeitszeit, nicht eingerechnet werden. Das ist wohl der Hauptgrund.

Der zweite Hauptgrund sind die vielen alleinerziehenden Mütter. Sie sind, wie ich schon zuvor erwähnt habe, eine der Gruppen mit der höchsten Armutgefährdung. Es braucht Maßnahmen, um die Situation für diese Familien zu verbessern. Vielen Alleinerzieherinnen ist es auch schlichtweg unmöglich, eine Vollzeitarbeit anzunehmen.

Wenn man sich die Armutstatistik anschaut, dann kommt man auf einen erstaunlichen Aspekt: Die traditionelle Familie ist die beste Absicherung gegen Armut und auch die sozial sicherste Art der Lebensführung. Das sollte auch von offizieller Stelle besser und offener angesprochen werden und bewusstseinsbildende Maßnahmen in diese Richtung wären sehr hilfreich. *(Beifall.)*

Aus der Analyse der Zahlen zu Familien mit drei Kindern, zu Alleinlebenden und Alleinerziehenden muss man leider festhalten, dass ein Vollzeiteinkommen für einen Haushalt, unabhängig vom Geschlecht des Verdieners und der Haushaltsgröße, in gut einem Drittel der Fälle nicht mehr ausreicht.

Was wären mögliche Maßnahmen gegen Frauenarmut? – Ich habe familienfreundliche Bewusstseinsbildung erwähnt. Das freiwillige Pensionssplitting ist in Österreich so gut wie unbekannt. Wir haben gestern im Familienausschuss auch darüber gesprochen; Kollege Sieber ist auch hier. Ich glaube, es ist sehr, sehr wichtig, dahin gehend bewusstseinsbildend einzugreifen, damit das auch in der Bevölkerung ankommt.

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

Es braucht auch dringend Reformen im Unterhaltsvorschußgesetz. Die rasche Evaluierung und Weiterentwicklung der Unterhaltshöchstgrenzen wurde ja ins Regierungsprogramm aufgenommen. Ich hoffe sehr, Herr Kollege, dass das nicht drei Jahre dauert, so wie es vom Justizministerium prognostiziert wurde. Ich hoffe, wir sind schneller, denn es braucht ganz dringend Maßnahmen, damit sich die Situation für die Alleinerzieherinnen, die keinen Unterhalt bekommen, rasch ändert.

Für unbedingt notwendig halte ich es auch, gemeinsam mit den Sozialpartnern Diskriminierung in den Kollektivverträgen hintanzuhalten. Im Regierungsprogramm wurde auch festgeschrieben, dass wir das machen. Es gehören die Karenzzeiten, die Pflegezeiten und auch die Vorrückungen verstärkt in die Kollektivverträge eingearbeitet.

Frauen wählen immer noch für sie typische Berufe wie Einzelhandelskauffrau, Friseurin, Altenpflegerin, Arzthelferin. Diese Berufe sind im Verhältnis noch immer schlechter bezahlt als manche Männerberufe, aber trotzdem bei vielen jungen Frauen sehr beliebt. Man darf aber auch nicht vergessen, dass es gerade im ländlichen Raum oft auch nur eine geringe Anzahl an Arbeitsstellen gibt und gerade Stellen in diesen Berufsfeldern angeboten werden. Frauen haben oft nicht die Möglichkeit, mobil zu sein und weiter entfernt einer Arbeit nachzugehen.

Der Anteil der Maturantinnen in den allgemeinbildenden höheren Schulen und in den berufsbildenden höheren Schulen macht bereits 60 Prozent aus. Bei den HochschulabsolventInnen sind schon fast 50 Prozent Frauen. Programme wie Frauen in die Technik versuchen, den Frauenanteil in den besser bezahlten Männerberufen zu heben. Das ist ein legitimer Ansatz, aber wir müssen auch darüber diskutieren, warum die Arbeit an Maschinen mehr wert ist als die Arbeit an Menschen.

Außerdem braucht es eine Arbeitspolitik für gute und neue Arbeit, die es auch schafft, Qualifizierungs- und Arbeitsmöglichkeiten für jene Personen bereitzustellen, die am regulären Arbeitsmarkt nur sehr schwer unterkommen.

Auch die Digitalisierung ist eine große Herausforderung für uns, und ich glaube, auch für Frauen. Es wird notwendig sein, darüber zu diskutieren, was auf uns Frauen in diesem Bereich zukommt. Bewusstseinsbildung in Wirtschaft und Politik wird da unumgänglich sein.

Frau Landesrätin Wiesflecker hat den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen angesprochen, was für Frauen natürlich sehr wichtig ist, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Es gibt aber auch andere Möglichkeiten, mir gefällt der Ansatz der Gemeinde Schwarzenberg in Vorarlberg, Familien auch zu unterstützen, wenn sie die Kinder zu Hause betreuen. Das ist ein sehr interessanter Ansatz, und auch dahin gehend haben wir, glaube ich, noch sehr viel Luft nach oben, um das weiter fortzuführen. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

11.50

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann: Vielen Dank, Frau Abgeordnete, für Ihre Ausführungen.

Damit ist der zweite Themenblock abgeschlossen. Ich darf mich nochmals bei Ihnen allen für Ihre Beiträge bedanken.

IV. Panel 1: Altersarmut

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann: Wir kommen nun zu Panel 1, den Referaten zum Thema Altersarmut.

Ich bitte die Referentinnen und Referenten wieder, die Zeit von 10 Minuten pro Statement nicht zu überschreiten.

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

Ich darf zu Beginn die vorsitzführende Präsidentin des Österreichischen Seniorenrates sowie Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes Ingrid Korosec um ihren Beitrag bitten.

11.52

Ingrid Korosec (Österreichischer Seniorenbund): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie schon gesagt wurde, bin ich Präsidentin des Seniorenrates, daher fokussiert mein Beitrag natürlich auf die Altersarmut. Es ist mir bewusst – und das ist ja heute schon sehr deutlich gesagt worden –, dass Armut zwei Gesichter hat, nämlich jenes der Kinder und jenes der älteren Menschen. Bei den älteren Menschen sind in ganz besonderem Maße die alleinstehenden Frauen betroffen, das hat meine Vorrednerin ja auch sehr deutlich und klar gesagt.

Ich sehe den direkten Zusammenhang zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen: Benachteiligungen im Kindesalter wirken ein ganzes Leben lang und münden in ein armutsgefährdetes Leben im Alter, in Krankheit und in sozialer Isolierung. Um Altersarmut langfristig zu vermeiden, muss ganz besonders – und das wurde ja von einigen VorrednerInnen schon gesagt – in Bildung investiert werden. Bildung ist ganz, ganz wesentlich, aber ich sehe da die Vielfalt, die notwendig ist. Wir brauchen keine Einbahn, sondern wir brauchen gerade im Bildungsbereich sehr viel Vielfalt. Da ist sicher noch sehr, sehr viel zu tun und auch Bewusstseinsbildung dahin gehend zu betreiben, dass lebenslanges Lernen für uns alle, auch für die Seniorinnen und Senioren, zur Selbstverständlichkeit werden muss, denn Menschen mit guter Ausbildung finden leichter den Weg aus der Armut und sind im Alter besser vor einem Abrutschen in die Armut geschützt.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt vielleicht ein bisschen zur Lebenszeit: Die Lebenszeit hat sich ja sehr verändert. Wir werden älter, das ist gut so. Ich denke daran, dass wir 1970 sieben Jahre in der Pension waren und heute 22 Jahre, das hat sich verdreifacht. Unsere Lebenserwartung steigt jährlich um zweieinhalb Monate. Auch die Lebensqualität dieser Jahre verbessert sich enorm, vor allem in gesundheitlicher Hinsicht. Alt ist nicht mehr synonym mit gebrechlich und hilflos, und das ist auch gut so.

Betrachten wir jetzt aber die finanzielle Situation, auf die meine Vorrednerin, Frau Abgeordnete Schimanek, ja auch sehr klar eingegangen ist: Wir haben in Österreich 2,3 Millionen Seniorinnen und Senioren, die über 60 Jahre alt und in Pension sind. 50 Prozent der Frauen erhalten aber weniger als 1 000 Euro, 920 Euro, und sind damit akut armutsgefährdet. Bei weiteren 40 000 – Kollege Marschitz hat ja sehr auf das Pflegegeld hingewiesen – verhindert nur der Bezug von Pflegegeld, dass sie armutsgefährdet sind. Sie finanzieren damit sozusagen die Haushaltsausgaben mit, sie holen sich damit nicht Hilfe, sondern machen das selbst, damit eben etwas da ist, um das Haushaltseinkommen zu erhöhen.

Die Gründe sind eigentlich auch sehr klar dargestellt worden, sie sind hinlänglich bekannt: Frauen nehmen häufiger unqualifizierte, schlecht bezahlte Teilzeitjobs an. Sie tun das nicht freiwillig, aber unbezahlte Tätigkeiten innerhalb der Familien wie Kindererziehung oder die Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger – wir haben gehört, dass 80 Prozent zu Hause gepflegt werden, Gott sei Dank – lassen sehr oft überhaupt keinen Beruf oder keinen Vollzeitjob zu. Frauen leisten damit, und das wird viel zu wenig beachtet, einen ganz wichtigen Beitrag in der Gesellschaft, der honoriert werden müsste. Dazu finden sich Ansätze im neuen Regierungsprogramm, aber da gibt es viel Luft nach oben.

Wie ist die Realität? – Zu lange Teilzeitarbeit, zu wenige Versicherungsjahre führen direkt in die Armutsfalle. Nur eine Erwerbstätigkeit von in etwa 30 Jahren verringert das Armutsrisiko. Die Aufklärung über die negativen Konsequenzen, wenn man zu lange

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

Teilzeit arbeitet, muss viel stärker betrieben werden. Auch die Aufklärung darüber, dass eine Eigenpension für Frauen unbedingt notwendig ist, müssen wir verstärkt betreiben und wir müssen viel mehr darüber informieren, denn, meine Damen und Herren, wir wissen alle, Ehe ist längst keine Lebensversicherung mehr.

Frau Kollegin Schimanek hat gemeint, man sollte mehr über Pensions splitting informieren. Wissen Sie, wir haben vor 30 Jahren damit begonnen, und ich kann nur sagen: Verpflichtendes Pensions splitting wäre an sich der Weg. Anderes ist nicht einzusehen, denn im Familienrecht ist es ja so, dass man teilt. Warum soll es nicht, wenn sich ein Paar entscheidet, dass die Frau einige Jahre für die Kindererziehung zu Hause bleibt, selbstverständlich sein, dass das Familieneinkommen, das eben der Partner verdient, auch für die Pension geteilt wird? Freiwillig, das garantiere ich, wird sich das nie ergeben. Da gibt es ein paar Männer, die das tun, aber im Großen und Ganzen wird das, wenn es nicht verpflichtend wird, nie wirklich zum Tragen kommen. Ich bin da aufgrund meiner langen Erfahrung radikaler, ich bin für ein verpflichtendes Pensions splitting. *(Beifall.)*

Meine Damen und Herren, arme und armutsgefährdete Menschen sind Teil unserer Gesellschaft. Das dürfen wir nicht akzeptieren, denn werden sie ausgeblendet, auf Einzelfälle reduziert und zu Empfängern von Wohltätigkeit degradiert, kommen wir als Politiker, als Gesellschaft, als Seniorenrat unserer Verpflichtung nicht nach. Deshalb ist es so wichtig und begrüßenswert, dass im Regierungsprogramm eine Reihe von Punkten enthalten ist, die sich direkt auf die Situation älterer Menschen auswirken und die da lauten:

entschiedene Bekämpfung der Altersarmut – gehört ganz klar im Regierungsprogramm festgeschrieben –;

Grundrecht auf Alterssicherung und Werterhalt der bestehenden Pensionen;

Erhöhung der Mindestpension – das hat Frau Minister Hartinger gesagt – auf 1 200 Euro; allerdings bei 40 Beitragsjahren, und da kann man gleich dazusagen, dass Frauen diese Chance kaum werden nutzen können;

Entfall der Beitragspflicht in die Pensionsversicherung bei Berufstätigkeit nach Erreichen des gesetzlichen Pensionsantrittsalters bei Bezug einer Eigenpension – das ist auch ganz wichtig und wesentlich –;

Möglichkeit des Zuverdienstes bis zur Geringfügigkeitsgrenze ohne Verlust der Ausgleichszulage; bis jetzt war es ja so, dass für einen Ausgleichszulagenbezieher, der noch 300 Euro dazuverdient hat, die Ausgleichszulage um 300 Euro gesunken ist. Da musste man schon wirklich viel für die Arbeit übrig haben. Also das wird jetzt geändert.

Wir vom Seniorenrat haben bei den Regierungsverhandlungen mitarbeiten dürfen und gerade auf diese Punkte, die für uns so wesentlich sind, auch Einfluss nehmen können, das heißt aber nicht, dass jetzt alles wunderbar ist. Um die Gefahr der Altersarmut für zukünftige Generationen zu verringern, sind natürlich folgende Faktoren ganz entscheidend:

gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit;

die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit den notwendigen flankierenden Maßnahmen;

die vermehrte Unterstützung – Herr Kollege Marschitz hat das auch sehr hervorgehoben – der pflegenden Angehörigen durch Tageszentren und andere Maßnahmen, um eben pflegenden Familienangehörigen zu ermöglichen, berufstätig zu bleiben; auch das ist ja ganz wesentlich;

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

natürlich auch eine finanzielle Besserstellung für pflegende Angehörige.

Darüber hinaus fordert der Seniorenrat auch ein Neudenken des Verhältnisses von unbezahlter Carearbeit sowie Erwerbsarbeit und ebenso die Anrechnung von vier Jahren Kindererziehungszeiten, nicht überlappend. Ich weiß nicht, wie lange, wie viele Jahrzehnte lang ich schon davon rede. Wir haben es noch immer nicht erreicht, aber das ist gerade für Frauen ganz, ganz wichtig.

Ich möchte Ihnen auch noch Folgendes sagen: 47 Prozent der Frauen arbeiten Teilzeit – das muss man sich einmal vorstellen! –, und daher ist es ganz, ganz wichtig, dass man nicht kurzfristig, aber längerfristig auch überlegt, bei der Pensionsregelung für Frauen eine Veränderung vorzunehmen. Vielleicht verzichtet man bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage auf die zehn schlechtesten Jahre oder vielleicht muss man für bestimmte Jahre einen höheren Faktor annehmen. Wenn das nicht gemacht wird, dann werden die Frauen sozusagen aus der Armutsfalle nicht herauskommen, sondern sogar noch mehr hineinschlittern.

Meine Damen und Herren! Älteren Menschen und besonders alleinstehenden Frauen einen Mindestlebensstandard zu bieten, gehört zu einem humanistischen Weltbild. Wir haben die Verpflichtung, jene Mitbürger, die zum heutigen Wohlstand beigetragen haben, vor Armut zu bewahren. Politische Wege, dieses Ziel zu erreichen, zu definieren, ist Ziel der heutigen Enquete, und daher bin ich sehr, sehr dankbar dafür, dass diese Enquete heute stattfindet. Ich danke dem Bundesrat, dem Herrn Präsidenten, der diese Initiative ergriffen hat. – Danke. (*Beifall.*)

12.04

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann: Vielen Dank, Frau Präsidentin, für Ihre Ausführungen.

Ich darf nun den Präsidenten des Österreichischen Seniorenrates sowie des Österreichischen Pensionistenverbandes, Karl Blecha, um seinen Beitrag ersuchen.

12.04

Karl Blecha (Pensionistenverband Österreichs): Verehrte Frau Präsidentin! Meine geschätzten Damen und Herren! Zuerst möchte ich mich beim Präsidium des Bundesrates für die Einladung zu dieser geradezu schon überfällig gewordenen Enquete ganz besonders herzlich bedanken.

Zurück zur Ausgangslage für die heutige Diskussion: Die Armutsgrenze ist definiert mit einem Einkommen von zwölfmal jährlich 1 185 Euro, aber 18 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher – das sind knapp über 1,5 Millionen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger – müssen mit weniger als diesem definierten Betrag auskommen. **Das** ist das Erschreckende! Wir haben eine Ausgleichszulage von 909 Euro 14 Mal im Jahr, und das ist weniger als die Armutsgrenze, die mit 1 185 Euro zwölf Mal im Jahr definiert ist.

Die Altersarmut ist ganz beträchtlich und wahrlich kein besonders gutes Zeichen im internationalen Ranking für Österreich, bei uns allerdings sieht man sie nicht so stark. Die Betroffenen leben meist sehr zurückgezogen, und die Armut wird bei uns in Österreich auch immer verheimlicht. Man gibt es nicht zu, wenn man wirklich arm ist.

Was bedeutet diese Altersarmut? – Zu wenig Geld, um etwa die Wohnung – jetzt, da es kalt ist – angemessen warm heizen zu können; zu wenig Geld für ein gesundes Essen; zu wenig Geld für neue Kleidung, die man sich im Alter nicht mehr leisten kann; zu wenig Geld für soziale Kontakte; zu wenig Geld für alles, was mit Gesundheit, Pflege, Arztbesuch, Zahnarztbesuch, Heilbehelfen zu tun hat. Diese Form der Altersarmut macht krank, sie macht einsam und sie trifft in erster Linie Frauen.

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

Die Frauen in Österreich haben eine durchschnittliche Pension in der Höhe von 40 bis 50 Prozent von einer Männerpension und sind daher in erster Linie von der Altersarmut betroffen. Deshalb haben wir eine ganze Reihe von Handlungsansätzen überlegt, mit denen wir uns beschäftigen sollten. Wir müssen Maßnahmen setzen, um vor allem auch Frauen länger im Erwerbsleben halten zu können, eben weil ihre Pensionen so niedrig sind, dass sie alle unter die Armutsgrenze fallen. Das würde altersgerechte Arbeitsumfelder bedeuten, die wir derzeit nicht haben. Das würde stärkere Integrationsmaßnahmen für jene, die länger aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren, erfordern. Das würde auch die sofortige Aufhebung des erfolgten Stopps der für langzeitarbeitslose Menschen über 50 geschaffenen Aktion 20 000 betreffen. Wir sind sehr, sehr daran interessiert, dass dieser Stopp praktisch sofort wieder aufgehoben wird.

Wir drängen hinsichtlich der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die künftigen Pensionen darauf – Sie wissen, dass aufgrund der Pensionsreform 2003 für den Bemessungszeitraum im Jahr 2028, er wird ja jährlich angepasst, 40 Jahre erreicht sein werden –, dass man jetzt schon rechtzeitig festlegt, dass bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die künftigen Pensionen die zehn schlechtesten Jahre herausgerechnet werden. *(Beifall.)*

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich möchte meine Redezeit nicht überziehen, aber ich muss schon noch sagen: Wir wollen, dass für die erhöhte Ausgleichszulage in der Höhe von 1 022 Euro für Alleinstehende, die nur bei 30 echten Beitragsjahren gewährt wird – und das wurde uns von der zuständigen Frau Bundesministerin schon zugesichert, aber es ist noch in keinem Gesetz festgeschrieben –, auch die Zeiten der Kindererziehung, der Kinderbetreuung herangezogen werden. Dann werden mehr Frauen als heute anspruchsberechtigt sein. *(Beifall.)*

Wir haben noch eine Forderung, die ich hier, wenn noch ein paar Sekunden Zeit sind, gerne deponieren möchte, nämlich eine erhöhte Ausgleichszulage in der Höhe von 1 500 Euro für Ehepaare, wenn einer der beiden Partner 30 Beitragsjahre vorweisen kann, und dass bei Vorliegen dieses Vorweises der Beitragsjahre Kindererziehungszeiten mitberücksichtigt werden.

Ein anderer Punkt wäre noch – und damit schließe ich schon ab –, das Wohnen leistbarer zu machen, und das heißt, die ganze Kraft für ein neues Mietrecht aufzuwenden! *(Beifall.)*

12.11

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann: Vielen Dank, Herr Präsident Blecha, für Ihre Ausführungen.

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit und der geplanten Übertragungszeiten sollten wir die geplante Mittagspause genau einhalten, weshalb ich jetzt die Verhandlungen bis 13.10 Uhr unterbreche. Im Kleinen Redoutensaal erwartet Sie ein Mittagsbuffet, und ich ersuche Sie, pünktlich um 13.10 Uhr wieder in den Saal zu kommen.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

(Die Enquete wird um 12.12 Uhr unterbrochen und um 13.10 Uhr wieder aufgenommen.)

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger (*den Vorsitz übernehmend*): Geschätzte Damen und Herren! Ich **nehme** die unterbrochene Enquete **wieder auf**.

Wir haben während des Panels 1 – zum Thema Altersarmut – unterbrochen und setzen nun damit fort.

Ich darf Herrn Abgeordneten zum Nationalrat Werner Neubauer vom Österreichischen Seniorenring um seinen Beitrag bitten. – Bitte, Herr Abgeordneter.

13.10

Abgeordneter Werner Neubauer, BA (Österreichischer Seniorenring): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren, die Sie heute dieser Enquete beiwohnen und auch durch Ihre Beiträge Anlass dafür sind, dass dieses Thema aktuell wieder auf der Tagesordnung steht! Als Bundesobmann des Österreichischen Seniorenrings ist es mir natürlich, seitdem ich Bundesobmann bin, aber auch seitdem ich Abgeordneter zum Nationalrat bin, ein großes Anliegen, dafür einzutreten, dass den Menschen in Österreich ein Altern in Würde ermöglicht wird.

Ein Altern in Würde heißt aber gleichzeitig auch – das steckt schon in diesem Slogan drinnen – Würde für den Menschen. Wie schon Immanuel Kant gesagt hat, ist die Würde des Menschen unabdingbar, und dafür sollten wir uns auch einsetzen. Angesichts all dessen, was heute schon zu diesem Thema gesagt wurde, kann ich einen Bogen spannen von der Jugend, in der die Altersarmut eigentlich meistens beginnt, bis hin zur Pension, und ich denke dabei an meine Tochter, die mir vor zwei Tagen gesagt hat, dass sie, stolze Mutter zweier Kinder, in ihrer Gemeinde keinen Kindergartenplatz bekommt und deshalb als Diplombehindertenpädagogin leider, auch was die beruflichen Möglichkeiten betrifft, jetzt schon nicht mehr weiß, wie das in der Zukunft dann sein wird. Dies stellt also bereits den Beginn einer Spirale hin zu einer Entwicklung dar, über deren mögliche Folgen wir heute diese Debatte führen.

Wir haben gehört, was Kollege Fenninger gesagt hat, und ich gebe ihm in vielen Punkten recht – wenn auch nicht in allen, aber das ist in einer Demokratie ja Gott sei Dank so. Ich muss aber auch darauf aufmerksam machen, dass die Armut insgesamt natürlich kein parteipolitisches Mascherl trägt, sondern dass Armut viele Gesichter hat und dass Gesellschaftspolitik in einer Demokratie natürlich auch von den jeweiligen politischen Parteien als Repräsentanten dieser Gesellschaft getragen wird. So hat Altersarmut und Armut insgesamt viele Gesichter und viele Ursachen.

Ich bin 2006 als Parlamentarier in dieses Haus eingezogen und habe damals eine Anfrage gestellt, wie hoch die Arbeitslosigkeit und wie hoch die Armut in Österreich ist und wie sich das Verhältnis zueinander entwickelt. Mir wurde damals gesagt, wir haben ungefähr eine Million armutsgefährdete Menschen und wir haben in etwa 500 000 manifest arme Menschen in Österreich.

Wenn man heute rückblickend diese Anfrage betrachtet, dann kann man sagen, dass sich im Wesentlichen nicht viel daran geändert hat, und das stimmt mich bedenklich. Es sind manche Zahlen etwas besser geworden, aber letztendlich können wir mit dem, was wir heute vorfinden, als politisch verantwortliche Menschen in diesem Land nicht wirklich zufrieden sein. Wenn heute eine Million Menschen in Österreich auf Sozialleistungen angewiesen sind und insgesamt 26 Prozent der österreichischen Bevölkerung davon betroffen sind, dann ist das meiner Ansicht nach zumindest ein alarmierendes Zeichen.

Es ist auch bedenklich – so hervorragend es ist, dass sich Menschen dafür engagieren – , dass ein reiches Land wie Österreich so etwas wie eine Armutskonferenz überhaupt benötigt. Es ist erschreckend, dass in meiner Heimatstadt Linz 40 Prozent der

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

Bevölkerung Inhaber eines Aktivpasses sind, weil sie über geringe Geldmittel verfügen – denn nur solche Menschen bekommen den Aktivpass. Das heißt, 40 Prozent der Linzer Bevölkerung benötigen für das tägliche Leben einen Aktivpass. Auch das erscheint mir wirklich bedenklich.

Ein Riesenproblem, vor dem wir alle stehen, ist das Phänomen der sogenannten Working Poor. Das heißt, die Menschen arbeiten und arbeiten und arbeiten, und letztendlich kommt dabei für sie nicht wirklich etwas Positives heraus, sie können sich mit dem, was sie als Entgelt erhalten, trotzdem das tägliche Leben kaum leisten. Wer armutsgefährdet oder gar arm ist, hat in unserer Gesellschaft – das hat man in vielen Debattenbeiträgen heute schon gehört – einen sehr engen Spielraum. Das heißt, die Menschen vereinsamen, sie ziehen sich zurück, verlieren den gesellschaftlichen Kontakt, und eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist kaum mehr möglich. Die Menschen werden depressiv und haben andere Krankheiten, die sich aufgrund dieser Situation bei ihnen manifestieren.

Wir haben deshalb versucht, diesbezüglich Verbesserungsmaßnahmen zu setzen. Im Laufe der letzten Jahre haben wir auch schon mehrfach Anträge dazu eingebracht. Kollegin Schatz, die ich unter den hier im Saal Anwesenden sehe, hat sich im Sozialausschuss auch immer sehr tapfer und tüchtig für Maßnahmen gegen die Armut eingesetzt. Ein großer Schritt wäre aus unserer Sicht natürlich die Erhöhung des Familienbonus, um wirklich der Familie und damit auch den Kindern schon in jungen Jahren eine grundlegende Haltung mitzugeben – die aber bis zur Pension bestehen sollte – und für sie die Voraussetzungen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, in der Bildung Fuß zu fassen, weil die Bildung natürlich – was ja auch Kollege Fenninger angesprochen hat – ein wesentlicher Grundpfeiler dafür ist, dass Jugendliche zum Beispiel nicht nach Abschluss der Hauptschule, der Pflichtschule dann in eine Lehre kommen, ohne für diese die notwendigen Grundvoraussetzungen mitzubringen.

Ein großes Anliegen von uns ist natürlich auch, dass die Pensionen angehoben werden, nämlich die Mindestpension auf 1 200 Euro und der Betrag für Paare von derzeit 1 300 auf 1 500 Euro. Dennoch kommen wir nicht umhin, auch die Ursachen der Armut als solche zu bekämpfen, und das ist für viele, die auf die Armutsschiene geraten sind, natürlich die noch immer in einem unglaublichen Ausmaß bestehende Arbeitslosigkeit. Ich bin überrascht, dass das Thema Arbeitslosigkeit heute von meinen Vorrednern noch nicht angesprochen oder kaum wirklich berührt wurde.

Es ist schon so, dass, wenn heute, sagen wir, 320 000 Menschen in Österreich arbeitslos sind und viele in Österreich befindliche Arbeitnehmer, die nach Arbeit suchen, aufgrund des gemeinsamen Marktes in Europa vom Arbeitsmarkt verdrängt werden und dadurch Billigstlöhne und Lohndumping entstehen, diese Menschen natürlich auch kaum wirklich hohe Beiträge in das Pensionssystem einzahlen können. Das ist wieder der Beginn einer Spirale, die sich dann bis zur Pension fortsetzt: Es kommen aufgrund dieser Situation nicht genügend Beitragsjahre, nicht genügend Beitragszahlungen zusammen. Ich denke daher, es ist für uns eine große Herausforderung, in diesem Bereich der Arbeitslosigkeit massiv entgegenzuwirken, damit wir zumindest dieses Problem wegbekommen.

Ein weiteres großes Problem, das wir auch seit Jahren kennen, ist die massive Teuerung, die in Österreich jedes Jahr vonstattengeht. Es ist für mich unerklärbar, warum wir einen sogenannten Österreichaufschlag haben, warum also zum Beispiel die Preise für Lebensmittel, für Grundnahrungsmittel in Österreich um über 30 Prozent höher sind als in Deutschland. Wir haben schon mehrfach versucht, da eine Kontrollorganisation zu schaffen. Es ist leider in den letzten Jahren nicht gelungen. Ich bin dabei, das auch in dieser Gesetzgebungsperiode noch einmal zu entrieren, dass wir einen Mechanismus ins Leben rufen, der diesen Dingen entgegenwirken möge.

Vorsitzende Vizepräsidentin Sonja Ledl-Rossmann

Natürlich gibt es massive wirtschaftliche Interessen, die für solche Dinge gar nichts übrig haben. Wir werden uns, ich werde mich trotzdem bemühen, dass wir das in den Griff bekommen.

Ich bin auch der Meinung, dass jemand, der 40 Jahre lang gearbeitet hat, nicht an der Armutsgrenze leben darf. Es kann nicht sein, dass Frauen, die ihre Kinder großgezogen haben, von dieser Erziehungsarbeit letztendlich überhaupt nichts haben. Sie erbringen damit eine großartige Leistung für die gesamte Gesellschaft. Sie bilden diese jungen Menschen zu würdigen und tüchtigen Mitgliedern unserer Gesellschaft heran, und allein schon dafür sollten sie großes Lob und Anerkennung erhalten. Sie erbringen auch einen Anteil von 80 Prozent der in den Familien geleisteten Pflegearbeit. Ich denke, auch diese Leistungen sollte die neue Bundesregierung in Form einer steuerlichen Entlastung und einer Anrechnung auf die Pensionszeiten auf jeden Fall würdigen. *(Beifall.)*

Wir müssen es also schaffen, die Menschen, die derzeit in der Gesellschaft an der Armutsgrenze leben oder manifest arm sind, in den Prozess der Gesellschaft zu integrieren. Ich war gestern bei einer sehr würdigen Gedenkfeier meiner Heimatstadt Linz anwesend, um einer fürchterlichen Zeit, die die Landeshauptstadt Linz hinter sich gebracht hat, zu gedenken, und ich kann mich dem, was der Gedenkredner Professor Dr. Konrad Paul Liessmann gesagt hat, nur anschließen – ich zitiere –: Wer immer nur auf die Kraft, auf die Stärke der Jugend baut, der nimmt damit in Kauf, dass die ältere Generation an den Rand gedrängt wird. Wir sollten einem Gegeneinander-Ausspielen der Generationen entgegenwirken und ein Miteinander in Achtung und Würde leben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

13.21

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger: Danke für Ihre Ausführungen.

Ich darf nun Frau Universitätsprofessorin Dr.ⁱⁿ Karin Heitzmann vom Institut für Sozialpolitik der WU Wien das Wort erteilen. – Bitte.

13.22

ao. Univ.-Prof. Dr. Karin Heitzmann, MSc (WU Wien, Institut für Sozialpolitik): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme aus der Wissenschaft, das heißt, mein Beitrag ist eher ein analytischer und weniger ein politischer. Ich freue mich sehr, heute zu dem Panel zum Thema Altersarmut etwas sagen zu können, und möchte mich auch in meinen Ausführungen auf die Gruppe der altersarmen Menschen beziehen.

Es sind jetzt schon viele Zahlen über von Armut betroffene Menschen genannt worden. Ich werde mich in meinem Beitrag vor allem auf die einkommensarmen Menschen beziehen. Dazu muss man wissen, oder ich darf Sie daran erinnern, dass das Informationen sind, die wir aus Erhebungsdaten jährlich abfragen können. In diesen Erhebungsdaten, und das ist vor allem für die Gruppe der älteren Menschen relevant, sind nur Privathaushalte erfasst. Das heißt, über die sozialökonomische Lage vor allem von älteren Menschen in Pflegeheimen, Altenwohnheimen et cetera erfahren wir dadurch nichts. Das heißt also erstens, wir fokussieren auf Privathaushalte.

Das Zweite ist, dass Armutsgefährdung lediglich auf Basis von Einkommen gemessen wird, und zwar von laufendem Einkommen. Das heißt, dass alle Einkommen in einem Haushalt zusammengefasst werden, und abhängig vom Lebensstandard in Österreich, vom Einkommensniveau in Österreich wird dann eine Armutsgefährdungsgrenze berechnet.

Das bedeutet gleichzeitig, dass bei der Berechnung der Armutsgefährdung alles andere – alles, was nicht Einkommen ist – außer Acht gelassen wird. Das bedeutet insbesondere auch, dass beispielsweise Vermögen nicht in die Berechnung der Armut

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

einfließen. Das bedeutet, und auch das ist vor allem für die Gruppe der älteren Menschen besonders wichtig, dass Einkommensarmut immer unabhängig von den Ausgaben dargestellt wird. Das heißt, wenn ich höhere Ausgaben habe, zum Beispiel in Form von hohen Wohnausgaben oder auch in Form von hohen Pflegeausgaben, dann fließt das in diese Armutsbekämpfungsstatistik nicht mit ein. Also diese Verhältnismäßigkeit, dass Einkommen zu Ausgaben in Bezug gesetzt werden, die haben wir, wenn wir von Armutsgefährdung sprechen, nicht. – Das sei nur als Vorbedingung gesagt.

Ich habe es ja in dem Sinn ganz angenehm, dass ich dem Panel zum Thema Altersarmut angehöre, denn ich kann Ihnen, wie heute auch schon berichtet worden ist, eine erfreuliche Nachricht mitgeben: Altersarmut ist in Österreich gesunken. Ich habe mir die Zahlen zwischen 2008 und 2016 angeschaut: Die altersarmen Menschen hatten 2008 eine deutlich höhere Armutsgefährdung als der Österreicher, die Österreicherin im Durchschnitt. Es hat sich im Verlauf bis zum Jahr 2016 – das ist das letzte Jahr, für das uns Zahlen zur Verfügung stehen – umgedreht: Jetzt ist es so, dass die unter 60-Jährigen stärker von Armut betroffen sind als die über 60-Jährigen.

Ich habe mir nicht nur die Gruppe der über 60-Jährigen angeschaut, sondern auch die kleinere Gruppe der über 65-Jährigen. Auch da sehen wir dieses Muster: Sie haben im Jahr 2008 deutlich überproportional begonnen, und im Verlauf der Zeit ist es dann gelungen, die Armutsgefährdungsquote auf ein Maß, das jetzt unterhalb der österreichischen Armutsbetroffenheit liegt, zu drücken.

Ein bisschen anders ist es bei der Gruppe der über 75-Jährigen, die ich mir auch angeschaut habe. Auch da ist es gelungen, in den acht oder neun Jahren zwischen 2008 und 2016 die Armutsgefährdung zu drücken. Diese Gruppe bleibt allerdings überproportional armutsgefährdet. Das heißt, auch im Jahr 2016 sind Menschen, die älter als 75 sind, häufiger von Armutsgefährdung, von Einkommensarmut betroffen als die Durchschnittsbevölkerung.

Man muss also, wenn man von Altersarmut spricht, einerseits überlegen, dass es da unterschiedliche Gruppen gibt. Je jünger sie sind, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, von Armut betroffen zu sein. Je älter sie sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, von Armut betroffen zu sein.

Das Zweite, was, gerade wenn man von Altersarmut spricht oder sich Altersarmut anschaut, sehr wichtig ist, ist die Komponente Gender, Geschlecht. Auch da ist es, wie wir schon gehört haben, in Österreich so, dass Frauen stärker armutsgefährdet sind als Männer. Das ist, wenn man sich anschaut, wie Armutsgefährdung gemessen wird, an sich bemerkenswert, denn Armutsgefährdung wird nicht individuell gemessen, sondern auf Haushaltsebene. Das bedeutet, dass alle Mitglieder in einem Haushalt, also alle Männer und alle Frauen, entweder armutsgefährdet sind oder eben nicht. Dass wir in Österreich eine höhere Armutsgefährdung von Frauen haben, deutet also schon darauf hin, dass gewisse Familien beziehungsweise Haushaltszusammenhänge, wo Frauen eben stärker vertreten sind, deutlicher armutsgefährdet sind als andere.

Wenn man sich die Entwicklung zwischen 2008 und 2016 anschaut, dann stellt man fest, dass sich für die Durchschnittsbevölkerung in Österreich an diesem höheren Armutsrisiko der Frauen genau nichts ändert. Das heißt, sie starten 2008 mit einer höheren Armutsgefährdung und sie enden auch 2016 mit einer höheren Armutsgefährdung als die Männer.

Bei den Personengruppen über 65 Jahren kann man ganz interessante Entwicklungen beobachten. Wenn man sich da anschaut, wie sich denn die älteren Männer, Männer ab 65, zu den durchschnittlichen oder zu allen Männern in Österreich verhalten, dann sieht

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

man, dass dieser Rückgang der Armutsgefährdung bei den Männern tatsächlich auch bei den älteren Männern sehr deutlich zu sehen ist. Das heißt, wenn man von den Zahlen spricht, so beginnt im Jahr 2008 die österreichische Bevölkerung, jung wie alt, auf einem relativ gleichen Niveau, mit einer gleichen Wahrscheinlichkeit von Armut betroffen zu sein, und bis zum Jahr 2016 geht die Wahrscheinlichkeit für ältere Männer dann ganz massiv zurück. Mit anderen Worten: Die Wahrscheinlichkeit, von Armutsgefährdung betroffen zu sein, ist heute für jüngere Männer deutlich höher als für ältere Männer.

Bei den älteren Frauen im Vergleich zu den Frauen insgesamt ist das Bild in dem Sinn ein ähnliches, als auch die älteren Frauen im Jahr 2016 eine reduzierte Armutswahrscheinlichkeit im Vergleich zum Jahr 2008 haben. Allerdings haben die älteren Frauen in allen Jahren eine höhere Armutswahrscheinlichkeit als die Frauen prinzipiell.

Das heißt, ältere Männer haben eine geringere Armutswahrscheinlichkeit als alle Männer in Österreich, ältere Frauen haben eine höhere Armutswahrscheinlichkeit als alle Frauen in Österreich. Das ist einfach ein anderes Bild.

Die Diskrepanz zwischen Männern und Frauen in Bezug auf Armut ist – ich habe es vorhin angesprochen – in der Gesamtbevölkerung bereits vorhanden: Männer sind im gesamten Zeitraum weniger stark von Armutsgefährdung betroffen als Frauen. Im Alter ist diese Diskrepanz noch deutlich größer. Auch dort ist es über die acht, neun Jahre hinweg so, dass Frauen, ältere Frauen deutlich armutsgefährdeter sind als ältere Männer, wobei hier aber das Gap, diese Lücke deutlich größer ist als in der Gesamtbevölkerung oder auch in der jüngeren Bevölkerung. Das heißt, Altersarmut – und auch das ist heute angesprochen worden – ist ganz massiv ein Problem der Frauen. Das muss man so sehen.

Was kann man jetzt gegen Altersarmut tun beziehungsweise, bevor ich das sage, warum ist Altersarmut eigentlich ein Problem? – Ich habe schon ausgeführt, ich konzentriere mich hier nur auf Einkommensarmut, das heißt, es geht um geringe Einkommen. Diese geringen Einkommen ziehen aber ganz viele weitere Mängel nach sich, und in vielen Inputs von heute ist das auch schon angesprochen worden.

Ein ganz wichtiger Mangel, und das wissen wir aus eigenen Studien, ist das Problem des Wohnens. Menschen ohne Einkommen haben in der Regel nur die Möglichkeit, in schlechter Wohnumgebung beziehungsweise auch in schlechten Wohnverhältnissen zu wohnen. Sie leben überproportional häufig in Wohnungen, die feucht sind, die schimmelig sind, und haben nicht oft die Perspektive, da auch wieder herauszukommen, weil das Einkommen schlicht fehlt, um bessere Wohnbedingungen zu schaffen.

Diese schlechten Wohnbedingungen führen dann wiederum, gemeinsam mit dem geringen Einkommen, auch dazu, dass sich die Krankheitsgefahr beziehungsweise die Gefahr erhöht, pflegebedürftig zu werden, zu sein und im hohen Alter auch zu bleiben. Da gibt es also einen ganz engen Konnex zwischen Einkommensmangel und weiteren Benachteiligungen.

Dieser Zusammenhang zwischen Armut und Krankheit ist wissenschaftlich vielfach erforscht worden. Wir wissen, dass Armut krank macht, wir wissen, dass Armut Pflegebedürftigkeit nach sich zieht und dass es oft auch umgekehrt ist, dass Krankheit zu Armut führt, dass Pflegebedürftigkeit zu Armut führt. Der Weg geht quasi in beide Richtungen, es ist eine Art Teufelskreis, aus dem herauszukommen, ganz schwierig ist.

Es geht nicht nur um körperliche Krankheiten, Armut macht auch psychisch krank. Es geht um Stress, es geht ganz oft auch um Scham, um Beschämung. Wir haben das heute schon gehört, Scham schreibt sich auch in den Körper ein, das ist nicht nur ein emotionales Gefühl, das ist auch ein körperliches Gefühl. Bei der Beschämung ist es auch wichtig, dass sie nicht nur das Individuum trifft, sondern auch seine oder ihre

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

individuellen Beziehungen. Kinder erfahren diese Scham, auch wenn sie selbst nicht dafür – unter Anführungszeichen – „verantwortlich“ sind. Das überträgt sich sozusagen; und das heißt, Scham ist nichts Individuelles, sondern auch etwas Soziales.

Wichtig ist auch, dass geringe Einkommen mit weiteren Benachteiligungen zu tun haben – und auch die haben wir heute schon gehört –, eine davon ist die soziale Isolation. Wenn Sie kein Geld haben, können Sie wenig oder überhaupt keine Leute einladen, Sie können aber auch nicht hinausgehen und mitkonsumieren, ins Kaffeehaus gehen, in Theatervorstellungen et cetera gehen, weil es schlicht und einfach finanziell nicht möglich ist. Das bedeutet, Armut macht auch einsam. Speziell in der Gruppe der älteren Personen, die vielfach alleine wohnen – erinnern Sie sich, wir schauen uns ja vor allem Privathaushalte an! –, ist diese Einsamkeit noch einmal dramatischer als in größeren Familienhaushalten, würde ich jetzt einmal sagen.

Die spezifischen Probleme bei älteren Personen sind zudem in Zusammenhang mit der – und auch das ist heute schon angesprochen worden – Einkommensarmut zu sehen. Ihnen ist eine ganz wichtige Möglichkeit, ihre Einkommenssituation zu verbessern, genommen, nämlich die Beteiligung am Erwerbsarbeitsmarkt. Die Beteiligung am Erwerbsarbeitsmarkt, und auch das wissen wir aus der Armutsforschung, ist der beste Schutz gegen Einkommensarmut.

Wenn man das aber nicht mehr hat, weil man im Pensionsalter ist, und zum Teil auch deutlich vor dem Pensionsalter schon keine Chance auf Erwerbsmöglichkeiten mehr hat, dann tut man sich auch wahnsinnig schwer, aus dieser individuellen Position wieder herauszukommen, weil diese Einkommensquelle fehlt. Das ist etwas, das wir sicher berücksichtigen müssen.

Ein zweiter Punkt, der vor allem für die ältere Bevölkerung sehr relevant ist – und das hat damit zu tun, was ich am Anfang angesprochen habe –: Wir schauen uns immer nur die Einkommen an, nicht aber die Ausgaben. Gerade aber die Ausgaben können in Haushalten mit älteren Personen deutlich steigen. Denken Sie beispielsweise an die Pflegebedürftigkeit! Da haben Sie immer noch dasselbe Einkommen, vielleicht kriegen Sie Pflegegeld dazu, aber schon im Pflegegeldgesetz – und das haben wir heute auch schon gehört – steht drinnen, dass das nur ein Beitrag zu den pflegbedingten Mehraufwendungen ist. Es geht gar nicht darum, das vollständig abzudecken.

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger: Entschuldigung, ich ersuche Sie, zum Ende zu kommen. – Danke.

ao. Univ.-Prof. Dr. Karin Heitzmann, MSc (fortsetzend): Es gibt dann wieder den Zusammenhang, dass man diesen Konnex mit den Ausgaben nicht hat. Das viel stärker zu verschränken, wäre für die Analyse sehr wichtig.

Es sind heute schon viele Wege aus der Altersarmut genannt worden, insofern kann ich mich dazu ganz, ganz kurz fassen: Am wichtigsten ist natürlich, Altersarmut gar nicht erst aufkommen zu lassen, und das Beste ist tatsächlich, wenn wir in unserem aktuellen Sozialsystem denken, dass man sich individuelle Pensionsleistungen erarbeiten kann, die ein Leben über der Armutsgrenze ermöglichen.

In der Familie, auch das haben wir schon gehört, ist es nicht möglich, weil diese Familienarbeit schlicht und einfach nicht durch Pensionen in dem Sinne honoriert wird, wie sie vielleicht honoriert werden sollte. Etwas, das man sicher tun müsste, ist, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass vor allem Frauen, aber auch Männer möglichst ununterbrochen gut verdienend erwerbstätig sein können, denn dann sind sie auch im Alter am ehesten vor Altersarmut gefeit. – Vielen Dank. *(Beifall.)*

13.34

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger: Vielen Dank für Ihre Ausführungen.

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

Wir haben nun Panel 1 zur Altersarmut abgeschlossen.

V. Panel 2: Kinderarmut

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger: Wir kommen nun zu Panel 2, zu den Referaten zum Thema Kinderarmut.

Ich ersuche die Referentinnen und Referenten, die Zeitvorgabe von 10 Minuten pro Statement nicht zu überschreiten, wir haben den Zeitrahmen schon ein wenig überschritten.

Ich darf zu Beginn Frau Julia Herr von der Bundesjugendvertretung um ihren Beitrag bitten.

13.35

Julia Herr (Bundesjugendvertretung): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Danke für die Einladung auch vonseiten der Bundesjugendvertretung. Wir freuen uns besonders, zu diesem Thema sprechen zu dürfen, weil wir erst vor circa zwei Wochen eine Kampagne zum Thema Kinderarmut gestartet haben.

Warum? – Die Faktenlage spricht ohnehin für sich, wenn man sich das anschaut. Jedes fünfte Kind in Österreich ist von Armut betroffen oder von Armut bedroht. Wir könnten uns jetzt im Saal gut anschauen, wie viele das sind, wenn jede fünfte Person aufsteht. Am besten kann man sich das am Beispiel einer Schulklasse vorstellen. In einer durchschnittlichen österreichischen Schulklasse sind das fünf Kinder, das sind aus unserer Sicht fünf Kinder zu viel.

Wenn man sich Fakten und Zahlen zum Thema Kinderarmut anschaut, sieht man gleich, dass nicht alle Faktoren messbar sind, viele aber schon. Ich nenne kurz ein paar Zahlen: 31 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Österreich leben in Haushalten, in denen unerwartete Ausgaben, das heißt zum Beispiel ein teurer Zahnarztbesuch oder Reparaturkosten, nicht getätigt werden können. 31 Prozent! Ein Viertel aller Kinder und Jugendlichen lebt in Haushalten, in denen man nicht zumindest einmal im Jahr für eine Woche auf Urlaub fahren kann, und jedes zehnte Kind lebt in einem Haushalt, in dem man nicht regelmäßig Fisch, Fleisch oder eine ähnlich nahrhafte vegetarische Speise zu essen bekommt.

An all diesen Zahlen – das sind, wie gesagt, verschiedenste Faktoren – sieht man ganz klar, dass das Haushaltseinkommen der Familie am entscheidendsten ist. Um wirksame Maßnahmen gegen Kinderarmut zu setzen, muss man natürlich der Armut von Familien vorbeugen, und deswegen fordern wir auch ganz klar, sich gewisse Zielgruppen im Zusammenhang mit diesem Thema anzuschauen. Wie gesagt, der Faktor Haushaltseinkommen ist einer der bedeutendsten, ich will aber auch kurz andere erwähnen. Es geht natürlich auch um den Faktor Geschlecht, die Anzahl der Kinder, den Bildungsstand der Eltern oder aber auch um einen Migrationshintergrund. Deshalb haben wir konkrete Zielgruppen definiert, darunter sind Alleinerziehende, Alleinerziehende vor allem in Niedriglohnbranchen, erwerbslose Eltern, vor allem geschiedene Frauen, kinderreiche Familien, MigrantInnen mit Familien oder ganz einfach Personen, die in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten. Wir fordern, sich dieser Zielgruppen anzunehmen, um bei dem Thema etwas zu erreichen, und auch sozialpolitische oder familienpolitische Maßnahmen vor allem auf diese Zielgruppen auszurichten.

Ich will kurz eine Forderung nennen, die uns sehr wichtig ist, und zwar ist das – um die Zielgruppe der Alleinerziehenden anzusprechen – die Forderung nach einer Unterhaltsgarantie. Wir sehen – ich brauche es in diesem Rahmen wahrscheinlich nicht allzu

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

breit zu erklären –, dass sehr viele, ich gendere jetzt bewusst nicht, Frauen oft vergebens auf ihre Unterhaltszahlungen warten. Das hat verschiedene Gründe: Die Partner sind leistungsunfähig, unbekannt, verstorben und so weiter. Wir sehen, dass der staatliche Unterhaltsvorschuss Lücken hat, und diese Lücken muss man dringend schließen.

Die Dringlichkeit ist aus unserer Sicht gegeben, weil man sich ja anscheinend überparteilich einig ist, dass bei diesem Thema etwas gemacht werden muss. Ich erinnere an die Zeit vor den Nationalratswahlen, da hat es in einer Diskussion aller Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten von allen das Bekenntnis dazu gegeben. Wir als BJV – die überparteilich tätig ist – haben uns mit allen Jugendsprechern und -sprecherinnen der Parlamentsparteien getroffen, bei denen ebenfalls das Bekenntnis da war, dass man da etwas tun muss, die Unterhaltsgarantie umzusetzen, sodass keine Frau, kein Mann in Österreich ohne Erfolg auf Unterhaltsgeld wartet.

Um greifbar zu machen, was Armut von Kindern bedeutet: Viele Familien wohnen in unbeheizten Wohnungen; das bedeutet ganz klar, dass sich das natürlich auch auf die Lernumgebung auswirkt. Ein Kind, das zu Hause lernen muss, wo nicht wirklich geheizt wird, hat natürlich nicht die gleichen Bildungschancen, wie andere Kinder sie haben; das heißt, man erkennt da – wir haben es heute schon öfter gehört – einen ganz klaren Armutskreislauf.

Unbeheizte Wohnungen wirken sich natürlich nicht nur auf die Bildungschancen eines Kindes aus, sondern auch auf die Gesundheit. Die armen Kinder von heute sind die chronisch Kranken von morgen! Auch dieser Satz wurde heute schon ausgesprochen; ich sage ihn trotzdem noch einmal, um ihn zu unterstreichen und vielleicht mit einem Rufzeichen zu versehen, weil diese Zahlen und Fakten ganz einfach belegbar sind und weil es jetzt Maßnahmen dagegen braucht.

Viele Kinder können nicht an Schulausflügen teilnehmen, viele Familien können sich keine teure Nachhilfe leisten. Aus unserer Sicht wäre es wünschenswert, ein Bildungssystem zu schaffen, bei dem es gar nicht notwendig ist, dass man zu Hause durch teure Nachhilfe ausgleicht, sondern das im Rahmen der Schulausbildung schaffbar sein sollte. Für viele Familien ist der Schulanfang, wenn man teure Unterlagen kaufen muss, ein unglaublicher Einschnitt in das Budget.

Ein weiterer Punkt, der uns extrem wichtig ist, betrifft den sozialen Ausschluss. Kinder merken sehr schnell, dass bei ihnen etwas anders ist, Kinder haben dann oft auch den Druck, zu verheimlichen, beispielsweise Ausreden zu finden, warum man heuer nicht auf Urlaub gefahren ist. Viele Kinder können keine Geburtstagsfeiern veranstalten, viele Kinder können auch auf keine Geburtstagsfeiern gehen, weil sie unter Umständen keine Geschenke mitnehmen könnten. Viele Kinder können in ihrer Freizeit nicht die Hobbys ausüben, die sie gerne ausüben wollen, während Freunde Tenniskurse und so weiter besuchen. Viele Kinder können auch ihre Freunde nicht mit zu sich nach Hause nehmen. Wenn man hinschaut, sieht man, dass das in der Realität eine extrem bittere Situation ist, weil man Kindern in Österreich, die man in Armut verbleiben lässt, auch das Recht auf das Kindsein nimmt.

Eine Forderung, die wir dahin gehend aufgestellt haben, habe ich schon angesprochen, das ist speziell bei der Zielgruppe der Alleinerziehenden die Unterhaltsgarantie. Ich will aber auch betonen, dass die Höhe des Unterhaltsgeldes natürlich ebenso wichtig ist. Wir fordern, dass diese auf Basis einer neuen Kinderkostenstudie neu berechnet werden soll. Die letzte Kinderkostenerhebung in Österreich stammt aus dem Jahr 1964. Seit diesem Jahr hat sich die Lebenssituation von Familien in Österreich stark verändert – Stichwort Internet –, trotzdem beziehen sich die Richtwerte für finanzielle Maßnahmen immer noch auf diese veralteten Daten. Wir fordern eine neue Kinderkostenstudie und auch eine Neubemessung verschiedenster familienpolitischer Maßnahmen, um ganz

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

einfach auch aktuelle Zahlen verwenden zu können. Man sieht auch, dass die Zahlen aus Deutschland, ganz aktuell, deutlich bewiesen haben, dass das dringend notwendig ist.

Ein weiterer Themenbereich, den ich kurz anschneiden will, ist jener der Bildung, konkret die Elementarpädagogik. Wir wissen natürlich, dass Bildung ein Schlüssel ist, um soziale Ungleichheit auszugleichen, und Bildung beginnt im Kindergarten. In Österreich sind die Betreuungsplätze, aber auch die Betreuungsqualität und die Betreuungskosten extrem unterschiedlich, und gerade wenn man sich eben jene Zielgruppen, die ich vorhin genannt habe, anschaut, also prekär Angestellte – das kann durchaus auch bedeuten, dass man keine Stelle findet, die über 20 Stunden hinausgeht – oder Alleinerziehende, denen es vielleicht derzeit nicht möglich ist, über 20 Stunden zu arbeiten, weil sie sich eben auch um die Kinderbetreuung kümmern müssen, dann sieht man, dass da Kindergartenplätze einfach Abhilfe schaffen können.

Deshalb fordern wir in ganz Österreich flächendeckend Kinderbetreuungsplätze mit ganztägigen und ganzjährigen Öffnungszeiten. Um das auch tatsächlich in Bälde umzusetzen, fordern wir einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung in der Region ab dem ersten Lebensjahr und darüber hinaus eine allgemeine Kindergartenpflicht für alle Kinder, die zwei Jahre vor dem Schuleintritt beginnt.

Wir wollen, um das auch ein bisschen konkreter darzustellen, dass die Elementarpädagogik oder diese Kinderbetreuungseinrichtungen auch als Orte begriffen werden, an denen eine förderliche Umgebung geschaffen wird und keine defizitorientierte Pädagogik stattfindet und die darüber hinaus noch ganz viele andere Vorteile garantieren können, wie beispielsweise sicherzustellen, dass jedes Kind in Österreich mindestens einmal am Tag eine warme, gesunde Mahlzeit bekommt. Man kann davon ausgehen, dass das derzeit, im Jahr 2018, in Österreich nicht der Fall ist.

Ich habe es vorhin schon gesagt: Wir, die Bundesjugendvertretung, haben diese Kampagne gestartet. Ich will kurz ansprechen, welche weiteren Elemente da noch auf uns zukommen werden: Abseits von verschiedensten Videospots ist es uns auch ganz wichtig, Kinder selbst zu Wort kommen zu lassen. Generell haben wir bei dieser Kampagne den Zugang gewählt, eine rechtebasierte Formulierung zu finden – das heißt, nicht zu sagen, schaut, die armen Kinder, man muss denen jetzt helfen – und nicht an Mitgefühl und Mitleid zu appellieren, sondern klar zu sagen, als Kinder und Jugendliche in Österreich ist es unser Recht, eine soziale Absicherung zu haben. Das ist in den Kinderrechten verankert.

Dementsprechend wollen wir auch Kinder selbst zu diesem Thema zu Wort kommen lassen und werden in unseren Mitgliedsorganisationen – mit ganz vielen verschiedenen Jugendorganisationen, seien das die Pfadfinder, die Jungschar, die Kinderfreunde und so weiter – Gruppenstunden durchführen, um Kinder darüber zu befragen, was ihre Vorstellung ist. Ich spreche diesbezüglich auch jetzt schon eine kleine Einladung aus, denn wir werden das präsentieren. Eine Gruppenstunde hat schon stattgefunden, ich zitiere kurz daraus: Kinder brauchen, um glücklich zu sein und nicht in Armut zu leben, beispielsweise Sonne. Das sind also durchaus sehr inspirierende Beiträge.

Zu guter Letzt werden wir mithilfe einer Befragung in Zusammenarbeit mit dem Soziologiedepartment der Uni Wien einen Warenkorb erstellen, um zu zeigen, was ein junger Mensch, ein Kind heute in Österreich braucht und auch auf diese sehr veraltete Kinderkostenstudie hinzuweisen und nochmals nahelegen, diese Zahlen zu überarbeiten.

Mein Fazit – ich will es noch einmal kurz festhalten –: Wir wissen sehr genau, wo Kinderarmut auftritt, wir kennen die Zielgruppen, das heißt, wir wissen eigentlich auch, wo wir anpacken können. Wir als Bundesjugendvertretung wollen mit dieser Kampagne

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

Aufmerksamkeit schaffen, und wir wollen diese Forderungen auch aussprechen. Es liegt jetzt an der Politik, sie umzusetzen. Ich glaube, wir sind uns in sehr vielen Punkten einig, unter anderem darin, dass es eine Schande für Österreich ist, beispielsweise nicht garantieren zu können, dass jedes Kind mindestens eine warme, gesunde Mahlzeit pro Tag bekommt.

In diesem Zusammenhang will ich mich nochmals ausdrücklich für die Einladung bedanken und auf unsere Kampagne und auf die vielen politischen Forderungen, die wir ausgearbeitet haben, verweisen. – Danke schön. (*Beifall.*)

13.46

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger: Vielen Dank für Ihre Ausführungen.

Ich darf nun Herrn Mag. Ercan Nik Nafs von der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien um seinen Beitrag bitten. – Bitte, Herr Mag. Nik Nafs.

13.46

Mag. Ercan Nik Nafs (Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich für die Einladung sehr herzlich bedanken. Es freut mich zu sehen, dass es dem Bundesrat und seinen Mitgliedern ein Anliegen ist, sich mit dem Thema Armut und der Verhinderung von Armut in Österreich zu beschäftigen, aber ich finde es sehr schade, dass die Regierungsmitglieder nicht hier sind.

Grundsätzlich können wir davon reden, dass Armut in Österreich in den letzten zehn Jahren stark reduziert worden ist und die Einführung der Mindestsicherung, die ausgebaut, aktive Arbeitsmarktpolitik und die Anstrengungen im Bildungssektor diesbezüglich bestimmt eine große und bedeutende Rolle gespielt haben. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass, wenn dieser Weg der Armutsverhinderung nicht weiter verfolgt wird, die ersten Opfer insbesondere die Kinder sein werden. Das bedeutet, die Vernachlässigung der Armutslinderung trifft in erster Linie die Kinder.

Finanzielle Not und Gesundheit, aber auch Gewalt hängen zusammen, und das schwächste Glied in den Familien sind leider die Kinder, die für die Überforderung ihrer Eltern auch zahlen müssen.

Es gibt Gruppen, die von Armut besonders betroffen sind: Das sind Familien und Kinder, die zugewandert sind, das sind AlleinerzieherInnen, erwerbslose Menschen und Menschen, die in prekären Arbeitsverhältnissen leben.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte besonders drei Gruppen beschreiben, innerhalb derer eine Vielzahl von Kindern unter besonderen Verhältnissen lebt, und hier einige Empfehlungen vortragen. Die erste Gruppe sind Menschen, die keinen Zugang zu Sozialleistungen haben, die zweite Gruppe sind Menschen, die Mindestsicherung beziehen und die dritte Gruppe sind Menschen, die zwar einer Erwerbstätigkeit nachgehen, aber trotzdem von Armut stark betroffen sind.

Die erste Gruppe, die sogenannten nicht anspruchsberechtigten Personen, ist von Armut schwerstens betroffen. Eine zahlenmäßige Beschreibung dieser Gruppe ist nicht vorhanden, weder die Statistik Austria noch Eurostat können dazu Angaben machen. Das sind Menschen, die Drittstaatsangehörige, EU-Bürger aus Osteuropa, Flüchtlinge mit negativen Asylbescheiden sind oder aus der Grundversorgung herausgefallen sind. Diese Familien und Menschen leben ohne Ansprüche in prekären Unterkünften oder auf Dauer nicht gesicherten Einrichtungen. Wir sehen diese Menschen entlang der Wienzeile oder in anderen Städten und Plätzen Österreichs. Die Einkünfte dieser Menschen kommen meist aus Schwarzarbeit, durch Betteln oder Spenden von Hilfsorganisationen.

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

Diese Menschen kann man insbesondere mit dem Ausbau der Sozialarbeit, wie etwa der Straßensozialarbeit, unterstützen, und wir müssen die Stärken von NGOs wie Caritas, Volkshilfe und Diakonie, die für diese Menschen auch da sind und zum Teil den Tagesbedarf decken, forcieren. Die ganzjährige Unterbringung dieser Menschen in Notschlafstellen ist nicht nur ein Wunsch, sondern mittlerweile eine Notwendigkeit.

Die zweite Gruppe, der auch viele Kinder angehören, umfasst Menschen, die die sogenannte bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen. Wie Sie wissen, ist die Mindestsicherung als Übergangs-, Krisenbewältigungslösung konzipiert, und in dieser Krise leben leider österreichweit fast 50 000 Kinder in Familien. Meine Vorrednerin hat hier vorgetragen, dass die sogenannte Kinderkostenanalyse mittlerweile über 50 Jahre alt ist und nicht der Realität der Kosten für Kinderbetreuung und Erziehung entspricht. Wir brauchen eindeutig eine neue Analyse, die auch die Realität der jetzigen Zeit widerspiegelt.

Oft sind Eltern aufgrund von sozialer Instabilität mit der Kindererziehung überfordert. Wir sehen das tagtäglich in unserer Arbeit. Die Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe durch die flächendeckende Einführung von frühen Hilfen unter der Aufsicht der Kinder- und Jugendhilfe ist bestimmt eine sinnvolle Maßnahme und sehr notwendig. Wir sehen auch an den Folgen in Vorarlberg eigentlich sehr gut, wie diese Maßnahme den Familien und Kindern zugutekommt.

Die Hilfs- und Bezugsangebote für junge Erwachsene bis 18 Jahre müssen auf 21 Jahre erweitert werden, dies natürlich auch unter der Aufsicht der Kinder- und Jugendhilfe. Meine Vorrednerin hat auch die Unterhaltsvorschussleistungen angeführt. Jugendliche ab 18 Jahre schaffen es nicht und bringen es nicht übers Herz, ihre Eltern betreffend Unterhaltsvorschussleistungen zu klagen. Das heißt, da muss auch noch einmal eine gesetzliche Regelung getroffen werden, damit diese Jugendlichen nicht mehr in diesem Konflikt mit ihren Eltern leben.

Die Wohnkosten beanspruchen einen großen Teil des Haushaltsbudgets der Familien. Der Ausbau des sozialen Wohnbaus, aber auch – so hart es klingt – die Regulierung der Wohnkosten sind mittlerweile eine Notwendigkeit geworden, die Wohnkosten und Einkommen wachsen nämlich nicht im gleichen Verhältnis. Viele Familien werden aufgrund der Wohnkosten in noch tiefere Armut getrieben.

Genauso ist aber die aktive Arbeitsmarktpolitik, wie ich sie ganz am Anfang erwähnt habe, besonders für jene Gruppe, die Mindestsicherung bezieht, eine wahnsinnig wichtige Maßnahme. Sie darf nicht halbiert oder gekürzt werden, sondern muss ausgebaut werden. Das gilt besonders im Hinblick auf Jugendliche, für die die Ausbildungspflicht bis 18 Jahre gilt. Das heißt, da müssen die hochwertigen Angebote weiterhin gestärkt werden.

Die dritte und letzte Gruppe, die ich hier beschreiben möchte, umfasst Menschen, die einem Job nachgehen, aber sehr stark von Armut betroffen sind. Dazu gehören auch 180 000 Menschen mit einem Kind oder mehreren Kindern, und sie gehören der Gruppe der sogenannten Working Poor an. Dort besteht Bedarf nach einer deutlichen Steigerung der Einkommen. Diese Gruppe besonders zu unterstützen kann nach meiner Auffassung nur so möglich sein, da diese Menschen Sozialleistungen zumeist nicht in Anspruch nehmen oder nicht dazu in der Lage sind, da sie an den Grenzwerten verdienen, an denen sie keine Sozialhilfen bekommen. Die einzige Möglichkeit besteht darin, die Kaufkraft durch höhere Einkommen zu steigern. Das ist meiner Meinung nach die notwendigste Maßnahme für diese Gruppe, gleichzeitig aber – und nicht nur für die Working Poor – auch die Reduktion der Wochenarbeitszeit bei Sicherung ihrer Einkommen, damit sich Eltern ohne Druck ihren Kindern widmen können. Das ist eine

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

notwendige Maßnahme, die in dieser Form bis jetzt aber nicht einmal in der Gesellschaft diskutiert worden ist.

Wenn wir wollen, dass Kinder und Jugendliche geschützt vor Armut und Gewalt aufwachsen, egal welchen beruflichen, sozialen oder aufenthaltsrechtlichen Status ihre Eltern haben, dass sie lernen, sich ihre eigene Meinung zu bilden, kritisch zu sein, kreativ zu sein, dass sie dazu fähig sind, mit den Herausforderungen der Zeit klug, aber vor allem menschlich umzugehen, dann müssen wir in die Bildung investieren. Es muss eine starke Verknüpfung von Bildungsbereich, Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitsversorgung geben. Das ist eine zentrale Maßnahme gegen Armut, Ausgrenzung und Gewalt.

Auch das entschiedene Entgegenwirken gegen extremistische Tendenzen, Abwertungs-ideologien, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Hass und Hetze ist eine Grundnotwendigkeit im Kampf gegen Armut und Ausgrenzung. Die Förderung der Demokratiekultur und der Ausbau demokratischer Institutionen sind ein Grundprinzip für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, und der gesellschaftliche Zusammenhalt ist eine Grundnotwendigkeit für Armutsverhinderung und Strategien gegen Armut.

Ich möchte hier noch einmal besonders betonen, dass meine KollegInnen, die Kinder- und JugendanwältInnen, und ich die Analysen und Forderungen der Armutskonferenz zur Gänze unterstützen und begrüßen. – Vielen Dank. *(Beifall.)*

13.56

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger: Vielen Dank für Ihre Ausführungen.

Ich darf Frau Martina Tiwald, ebenfalls von der Bundesjugendvertretung, um ihren Beitrag bitten. – Bitte, Frau Tiwald.

13.56

Martina Tiwald (Bundesjugendvertretung): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Jedes Kind hat das Recht auf angemessene Beteiligung und Berücksichtigung seiner Meinung in allen das Kind betreffenden Angelegenheiten“. – Das wird Ihnen bekannt sein, es ist der Artikel 4 aus dem Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern.

Ich gelte in diesem Rahmen ganz offensichtlich nicht mehr als Kind, dennoch freut es mich als Vorsitzende der Interessenvertretung für alle Kinder und Jugendliche in Österreich sehr, heute zu Ihnen sprechen zu dürfen. Auch die Tatsache, dass uns gleich zweimal die Möglichkeit eröffnet wurde, im Namen der BJV zu Wort zu kommen, freut uns natürlich sehr, vor allem, weil wir uns immer und stetig darum bemühen, dass den Anliegen von jungen Menschen in Österreich Gehör geschenkt wird, und wir dürfen das durchaus als Zeichen werten, dass diese Arbeit auch Anklang findet – also vielen Dank dafür.

Julia Herr hat unsere Kampagne näher vorgestellt und bereits erwähnt, dass es unser grundlegender Ansatz ist zu appellieren, dass Kinderrechte verwirklicht werden. Armut zu bekämpfen ist sozusagen der wesentliche Ausgangspunkt, positiv formuliert heißt das aber, Kindern und Jugendlichen eine erfüllte Kindheit zu ermöglichen. Das heißt, der Appell zur Bekämpfung von Armut ist aus meiner Sicht kein End-, sondern vielmehr ein Ausgangspunkt. Er ist eine Seite der Medaille, und die andere Seite der Medaille ist die völlige und vollumfängliche Verwirklichung der UNO-Kinderrechtskonvention, und zwar für alle Kinder. Sie muss der Leitgedanke sein, wenn wir die vielseitigen und komplexen Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen in den Blick und vor allem auch ernst nehmen wollen.

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

Armut bedeutet im weiteren Sinne Mangel: ein Mangel an Chancen, ein Mangel an Wachstum, an Entfaltung, an Zuwendung und letztlich auch ein Mangel an Mitsprachemöglichkeit.

Die Forschungsarbeiten von Armin Falk in Deutschland haben aus meiner Sicht mehrere interessante Aspekte aufgezeigt, die auch für die Frage nach möglichen Lösungsstrategien interessant sein können. Erstens – und das haben wir heute schon öfter gehört – Es ist unbestritten: „Der sozioökonomische Hintergrund der Eltern“ ist „entscheidend für die Ausprägung“ der Fähigkeiten von Kindern. „Kinder aus Familien mit höherem Bildungs- und Einkommenshintergrund sind intelligenter, prosozialer, geduldiger und gehen vernünftiger Risiken ein. [...] Umgekehrt zeigen sich Defizite der Persönlichkeitsentwicklung [...] schon früh“. – Das ist verheerend.

Zweitens, und das halte ich für sehr wichtig, konnte man in den Studien auch zeigen, dass diese Unterschiede veränderbar sind. Die „Erziehungsstile der Eltern können die Entwicklung der Persönlichkeit ebenso positiv beeinflussen wie Hilfestellungen von außen, zum Beispiel“ – und das wurde getestet – „in Form von Mentoring-Programmen“, bei denen Mentorinnen und Mentoren Kinder zum Teil einmal in der Woche zu Hause besuchen, sie unterstützen, ihnen damit auch neue Horizonte aufzeigen und ihr Selbstbewusstsein stärken. Die Idee dieser Programme ist es im Grunde, positive Vorbilder aufzuzeigen und allgemein Ressourcen, die im Familienkontext knapp sind, zur Verfügung zu stellen. Diese Form der Hilfestellung konnte Entwicklungsunterschiede, die von sozialen Benachteiligungen herrühren, ganz oder teilweise wettmachen.

Was Kinder also auch brauchen, um zu wachsen, zu lernen und sich entfalten zu können, ist Zeit, Aufmerksamkeit und Fürsorge durch die Eltern, durch die weitere Familie, durch Bezugspersonen im Kindergarten und in der Schule, aber eben zum Beispiel auch durch Mentoringansätze, die es in Österreich in vielfältigen Formen gibt. Es existiert zum Beispiel ein Projekt, das wir als Bundesjugendvertretung unterstützen, bei dem Mentorinnen und Mentoren junge Schülerinnen und Schüler 18 Monate lang begleiten und sie bei Überlegungen hinsichtlich ihrer zukünftigen Berufswahl unterstützen.

Warum erwähne ich das? – Wir hören von ganz vielen Problemanalysen und auch Maßnahmen, die – und das ist essenziell – langfristig gesehen wichtige Veränderungen bewirken sollen. Gleichzeitig glaube ich, dass es, um Kinderarmut nachhaltig zu bekämpfen, am effektivsten wäre, einen Mix aus langfristigen Maßnahmen in institutioneller Hinsicht zu überlegen, das heißt Kinderbetreuungsplätze, das heißt Ausbau von guten Schulen et cetera, aber auch die Förderung einzelner Projekte und Initiativen, das heißt, es auch zu ermöglichen, dass es zu individueller Unterstützung kommen kann.

Was ich mir insgesamt in diesem Zusammenhang wünsche, ist ein Diskurs, der Kinder nicht als Klotz am Bein darstellt. Nicht nur aus frauenpolitischer Perspektive, sondern auch aus der Sicht von Kindern muss die Frage: Familie oder Beruf? endlich ein Ende haben. Es gilt aus meiner Sicht, Voraussetzungen zu schaffen, die beides ermöglichen und die auch Kindererziehung als geteilte elterliche Aufgabe begreifen.

Es gilt meiner Auffassung nach durchaus auch, dem Begriff der Familie eine positive Konnotation zu geben, denn jedes Kind hat das Recht auf eine Familie, auf elterliche Fürsorge und ein sicheres Zuhause. Das zu ermöglichen ist aus meiner Sicht nicht nur – natürlich auch – eine politische, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Kinder sind aus meiner Sicht eine Verantwortung, die wir als Gesellschaft zu übernehmen haben. Wir sollten Kinder nicht an den Rand drängen, sondern sie in der Mitte unserer Gesellschaft aufnehmen.

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

Daniela Kern-Stoiber hat das und den wichtigen Beitrag des Netzwerks Offene Jugendarbeit in diesem Bereich schon erwähnt. Ich möchte natürlich auch auf unsere Kinder- und Jugendorganisationen hinweisen, auch mit dem Gedanken daran, dass es ein Kinderrecht gibt, das den Kindern ein Recht auf Ruhe, Freizeit und Spiel zugesteht.

Kinder- und Jugendorganisationen bieten Kindern Raum zur Entfaltung, einen Raum, in dem sie Fehler machen dürfen und daraus lernen können, in dem sie spielen und sich austoben können, in dem sie wie zum Beispiel bei den Pfadfinderinnen und Pfadfindern oder der Landjugend die Verbundenheit mit der Natur erlernen oder sich wie bei der Jungschar ganz früh sozial-karitativ für andere Menschen einsetzen, in dem sie wie zum Beispiel bei der Austrian Players League Zugang zu Games und Spielkonsolen haben, das aber auch im Austausch mit anderen Jugendlichen, einen Raum, in dem es Kinderkonferenzen wie bei den Kinderfreunden gibt, bei denen Kinder auch tatsächlich an einer Vereinsvision mitarbeiten können.

All das trägt wesentlich zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen bei und ist Gott sei Dank in vielen Fällen auch mit geringem finanziellen Aufwand verbunden. Wir bemühen uns als Kinder- und Jugendorganisationen, das auch weiterhin zu ermöglichen.

Wer möchte, dass junge Menschen einmal Verantwortung übernehmen und sich kritisch eine Meinung bilden – und ich glaube, darauf ist gerade im Kontext des 12. März besonders hinzuweisen –, muss ihnen früh die Möglichkeit dazu geben, wie beispielsweise durch Versammlungen oder Parlamente bereits im Kindergarten oder in der Volksschule beziehungsweise generell in der Schule. Kinder zeigen in wirklich großartigen Vorzeigebespielen, auch in Wien, wie das möglich ist und wie sie auch ihre Meinung artikulieren können. Das ist sehr beeindruckend.

Meiner Meinung nach gilt es, die Teilhabe von jungen Menschen auf allen Ebenen zu fördern. Das ist natürlich ein wesentliches Anliegen auch der Bundesjugendvertretung, und diesbezüglich dürfen wir festhalten, dass elf von 183 Abgeordneten im Nationalrat ein guter Anfang, aber auch noch nicht das Ende sind.

Aus meiner Sicht heißt das zusammengefasst – und auch ergänzend zu dem, was Julia Herr bereits vorhin erwähnt hat –: Schaffen wir eine finanzielle Absicherung von Kindern, Kinderbetreuungsplätze, gute Schulen, die auch über ein psychosoziales Netzwerk verfügen, das Kindern eine Stütze ist und Hilfestellung leistet! Holen wir zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte vor den Vorhang und erhöhen wir insgesamt auch den Stellenwert der Jugendarbeit! Tragen wir zu einem Diskurs bei, der dem Wert der Diversität und der Würde von Kindern gerecht wird! Schaffen wir Möglichkeiten zur Teilhabe von jungen Menschen und hören wir Kindern zu, denn jedes Kind hat das Recht auf angemessene Beteiligung und Berücksichtigung seiner Meinung, wie ich anfangs gesagt habe!

Wenn ich mich umschaue, dann stelle ich fest, dass ich mit meinen 23 Jahren durchaus zu den Jüngsten hier herinnen gehöre, und ich bin sehr dankbar für die Möglichkeit, hier zu sprechen, verstehen Sie mich nicht falsch, aber es ist mir trotzdem zum Abschluss ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass wir bei einer Enquete zum Thema Kinderarmut eine Stimme nicht hören, und das ist die von Kindern.

Das große Verdienst der Kinderrechte ist aus meiner Sicht die Tatsache, dass sie Kinder als selbständige Subjekte in den Blick nehmen, und dem müssen wir jetzt auch in der Praxis gerecht werden, und zwar nicht nur durch eine völlige verfassungsrechtliche Verankerung der Kinderrechte, sondern vor allem auch durch die Gewährleistung dieser Rechte in der Realität. Papier ist ja bekanntlich geduldig, die Kindheit ist es nicht.

Der französische Philosoph Albert Camus hat vor langer Zeit einmal etwas gesagt, und für unsere heutigen Ohren klingt das wahrscheinlich ein wenig pathetisch, ich halte es

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

aber immer noch für ausgesprochen gültig und möchte in diesem Sinne auch mein Schlusswort an Sie, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, richten: „Wir können es vielleicht nicht verhindern, dass diese Schöpfung eine Welt ist, in der Kinder gemartert werden. Aber wir können die Zahl der gemarterten Kinder verringern. Und wenn Sie uns dabei nicht helfen, wer soll uns dann helfen?“ – Danke schön. *(Beifall.)*

14.06

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger: Vielen Dank für Ihre Ausführungen.

Ich darf Herrn Landtagsabgeordneten Leo Kohlbauer von der FPÖ Wien das Wort erteilen. – Bitte, Herr Abgeordneter.

14.06

Leo Kohlbauer (Abgeordneter zum Wiener Landtag, FPÖ): Werter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mich sehr herzlich für die Einladung bedanken. Es ist mir eine Ehre, in diesem Rahmen hier nun zu dem brisanten Thema Kinderarmut reden zu dürfen. Es ist heute schon viel Richtiges gesagt worden, vieles eingemahnt worden und auf vieles hingewiesen worden.

Auch ich selbst habe mich in den letzten Jahren in der Jugendpolitik sehr stark mit Kinderarmut beschäftigt, habe sehr viele dramatische Beispiele gesehen, sehr viel Dramatisches ist an mich herangetragen worden. Dieses Thema ist wirklich sehr brisant und es ist wirklich sehr schön, dass heute diese Enquete stattfindet, damit man dieses Thema aufzeigen und ihm eine gewisse Aufmerksamkeit widmen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kinderarmut in Österreich unterscheidet sich in den Bildern von jenen hungernder Kinder in Afrika, aber es gibt Kinderarmut in Österreich. Es ist so, dass die Kinderarmut in Österreich verschiedene Gesichter hat und verschiedene Formen annimmt.

Armut ist relativ, und das ist in Österreich per Definition so, wie auch in der gesamten EU. Wer von einem Haushalteinkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens lebt, ist von Armut gefährdet. Zu diesem Einkommen zählen nicht nur Löhne und Gehälter, sondern dazu zählen auch Sozialleistungen und Transferleistungen, und auch Pensionen oder Alimente werden miteingerechnet. Von den vier Millionen Haushalten in Österreich wird genau die Mitte der Einkommen berechnet, eben dieses Medianeinkommen, und wer von unter 60 Prozent davon lebt, ist akut von Armut bedroht.

Betroffen sind hier in Österreich circa 300 000 Kinder. Wenn man die Zahlen von 2016 hernimmt, sieht man, dass es genau 312 000 Kinder sind, die von unmittelbarer Armut betroffen sind, das sind 20 Prozent der Jugendlichen unter 18 Jahren in Österreich. Das liegt erfreulicherweise unter dem EU-Durchschnitt von 26,5 Prozent, aber es sind noch immer 20 Prozent zu viel, die in Österreich in Armut oder an der Armutsgrenze leben.

Außerdem gelten je nach Haushaltszusammensetzung verschiedene Schlüssel. Die Armutgefährdungsschwelle für einen Einzelpersonenhaushalt liegt bei ungefähr 1 200 Euro, bei einer Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren liegt diese Schwelle bei circa 2 500 Euro. Das Gehalt allein kann aber natürlich nicht als Parameter hergenommen werden, weil auch die Kosten für die Wohnung beziehungsweise das Eigenheim unterschiedlich sind. Gerade da ist der soziale Wohnbau eine entscheidende Maßnahme, um der Armut und vor allem der Kinderarmut entgegenzuwirken. Da sind die Länder, die Kommunen, die Gemeinden gefragt, dementsprechend genügend sozialen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Julia Herr hat es eingangs erwähnt: Es leben auch sehr viele Kinder in der Kälte, weil sich die Eltern das Heizen nicht leisten können. Da hat es mich beispielsweise wirklich sehr traurig gemacht, dass die Stadt Wien den Heizkostenzuschuss gestrichen hat.

Vizepräsident Ewald Lindinger

Wie bereits erwähnt liegt der Anteil der armutsgefährdeten Kinder und Jugendlichen in Österreich im europäischen Vergleich unter dem Durchschnitt, aber von der positiven Spitze sind wir dennoch weit entfernt. Laut dem jüngstem Sozialbericht der Europäischen Kommission war das Kinderarmutsrisiko in Österreich dreimal so hoch wie in Schweden, und hinsichtlich der materiellen Deprivation liegt Österreich auf Platz 7 hinter Großbritannien.

Armut verbreitet sich unter Jugendlichen und Kindern stärker als bei anderen sozialen Gruppen. Besonders stark betroffen sind Kinder von alleinerziehenden Eltern, Kinder, die in Haushalten mit nur einem Elternteil leben, Kinder, die in einem Haushalt mit mehr als drei Geschwistern leben, und Kinder in Haushalten, in denen es keine österreichische Staatsbürgerschaft gibt.

Kinderarmut in Österreich zeigt sich häufig daran, dass Kinder aufgrund der finanziellen Situation ihrer Eltern nicht einmal an Schulprojekten teilnehmen können. Es ist so, dass es sich die Eltern nicht leisten können, das Kind auf Schullandwoche oder einen Schulschikurs mitzuschicken.

Es ist aber leider auch so, dass Kinder teilweise bei der Ernährung sparen müssen. Es ist wirklich eine ganz dramatische Form der Kinderarmut, die es in Österreich gibt, dass offensichtlich teilweise nicht genug Geld vorhanden ist, um den Kindern in der Mittagspause in der Schule oder im Jausenbuffet eine ordentliche Jause zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren ist es so, dass manche Kinder aus sozial schwachen Familien nicht die Möglichkeit haben, zu einer Geburtstagsfeier von Schulkollegen zu gehen, weil sie das Geld für ein Geschenk nicht aufbringen können. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen, Kinder, die von so etwas betroffen sind, sind Kinder, die nicht nur finanziell benachteiligt sind, sondern an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt werden und auch teilweise von der Gemeinschaft ausgeschlossen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gilt, hier vonseiten der Politik Maßnahmen zu treffen, damit wir dem entgegenwirken und entgegenarbeiten können. Als Beispiel sehe ich da Sachunterstützung: Ich empfehle Ihnen wirklich, zu schauen – die Frau Bundesminister hat es heute zu Beginn schon angekündigt –, dass untertags genügend Kinderbetreuungsplätze vorhanden sind, dass diese Kinderbetreuungsplätze für die Bedürftigen auch tatsächlich kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Ich empfehle, dass den Betroffenen das Essen in den Pausen an Schulen, in Kindergärten und Horteinrichtungen gratis zur Verfügung gestellt wird, aber auch – wenn es beispielsweise um Schultensilien geht –, dass Kinder, die bedürftig sind, Schulbücher, Hefte, Stifte und dergleichen kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen. Das sind alles Maßnahmen, die direkt von der Politik gesetzt werden können, die wirklich helfen würden und direkt bei den Betroffenen ankommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es eingangs schon erwähnt: Von Kinderarmut sind in Österreich oft Familien betroffen, Kinder betroffen, die keine österreichische Staatsbürgerschaft haben oder einen Migrationshintergrund haben.

Ich möchte noch auf ein weiteres Problem zu sprechen kommen, das wir vor allem hier in der Bundeshauptstadt Wien haben: Jetzt kommt wieder das Frühjahr, die warme Jahreszeit, und sehr viele Betteltouristen kommen zu uns nach Österreich, die sehr oft Kinder missbrauchen. Kinder werden von mafiösen Strukturen missbraucht; diese schicken Kinder hier in Wien auf die Straße, um zu betteln. Das sind Bilder, die wirklich dramatisch sind, die wir in Österreich nicht wollen. Es kann nicht sein, dass in einem

Vizepräsident Ewald Lindinger

Land wie Österreich Kinder missbraucht werden, in mafiösen Strukturen verankert sind und zu Bettelerei herangezogen werden.

Ich empfehle, zwei Maßnahmen zu setzen: zum einen, ohnehin bekannt, das rigorose Bettelverbot, mit dem man dem wirklich entgegenwirken kann, auf der anderen Seite, dass man auch bei den europäischen Nachbarn, von wo diese Banden zu uns kommen, den Kindern vor Ort hilft, finanzielle Mittel auch dort einsetzt und vor allem so einsetzt, dass sie auch bei den Bedürftigen ankommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme schon zum Schluss, ich möchte Sie allerdings noch an ein Ziel der alten Bundesregierung erinnern, und zwar, binnen zehn Jahren die Kinderarmut um ein Drittel zu senken. Dieses Ziel hat sie sich 2006 gesetzt, es ist bis heute nicht realisiert worden. Aus diesem Grund bitte ich alle hier Anwesenden, über die Parteigrenzen hinweg, über die ideologischen Schranken hinweg zusammenzuarbeiten, damit wir in dieser wichtigen Frage wirklich zu einer Lösung kommen und die Kinderarmut in Österreich senken können. – Besten Dank. *(Beifall.)*

14.14

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger: Danke für Ihre Ausführungen.

Panel 2 zum Thema Kinderarmut ist damit abgeschlossen. Ich bedanke mich für Ihre Beiträge.

VI. Schlussreferat

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger: Wir kommen nun zum Schlussreferat. Ich darf den Referenten ersuchen, die Zeit von 15 Minuten nicht zu überschreiten und seinen Beitrag vom Rednerpult aus abzugeben.

Ich bitte Herrn Mag. Martin Schenk vom Koordinationsteam der Armutskonferenz und der Diakonie Österreich um seinen Beitrag. – Bitte, Herr Magister.

14.14

Mag. Martin Schenk (Koordinationsteam Armutskonferenz, Diakonie Österreich): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir machen das zu zweit, wie Sie sehen, ich darf Ihnen Frau Christine Sallinger vorstellen. Die Armutskonferenz ist ja ein Netzwerk aus über 40 sozialen Organisationen, Forschungseinrichtungen, Selbsthilfegruppen und auch einer sehr engagierten Initiative von Armutsbetroffenen selbst. Da haben sich Menschen zusammengetan, die unter der Einkommensarmutsgrenze leben, die AlleinerzieherInnen sind, die im Alter zu wenig Geld haben, die in prekären und schlechten Jobs arbeiten, die physische und psychische Probleme haben – über Pro Mente zum Beispiel –; sie haben sich jedenfalls in der Initiative Sichtbar Werden – so ist der Name – zusammengetan, und Frau Christine Sallinger ist eine der Sprecherinnen der Initiative Sichtbar Werden.

Wir haben uns das so vorgestellt, dass Frau Sallinger beginnen wird, einen Beitrag zu liefern. Sie selbst hat Erfahrung mit dem Leben mit wenig oder gar keinem Geld, auch mit Kindern, und lebt auch jetzt, im Alter, unter der Einkommensarmutsgrenze. Ich werde dann zwei, drei Punkte anführen, eher Geschichten, weil ich mir denke, Sie haben schon so viel gehört, und ich werde versuchen, das, was bei mir von diesem Tag hängen geblieben ist, in drei eigene Erfahrungen zu kleiden, und Frau Sallinger wird dann unsere gemeinsame Redezeit beenden. – Bitte.

14.16

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

14.16

Christine Sallinger (Sichtbar Werden): Ich möchte mich zuerst einmal wirklich sehr herzlich bei Martin Schenk dafür bedanken, dass er mir die Gelegenheit gegeben hat, heute als Vertreterin der Plattform Sichtbar Werden vor Ihnen zu sprechen. Es ist ein sehr gutes Gefühl, von Entscheidungsträgern gehört zu werden.

Während sich Erwachsene im Erwerbsalter im Allgemeinen selbst helfen können, können das Kinder und alte Menschen nicht. Sie sind auf Hilfe angewiesen, und dieser Aspekt verbindet die Menschen am Beginn und am Ende ihres Lebens. Ohne Betreuung, ohne Unterstützung können sie nicht überleben. Leben sollte aber mehr sein als Überleben.

Es macht einen Unterschied, ob unsere Kinder die Bildung und Ausbildung bekommen, die ihren Fähigkeiten entspricht, oder nicht. Es macht einen Unterschied, ob sie an gemeinsamen Unternehmungen mit Gleichaltrigen teilnehmen können oder nicht. Es macht einen Unterschied, ob sie in einer hellen, freundlichen Umgebung aufwachsen dürfen oder in beengten Wohnverhältnissen, wo sie keinen Platz für sich selber haben. Und es macht einen großen Unterschied, ob sie gesund und abwechslungsreich essen können oder jeden Tag Nudeln und Reis bekommen.

Armutsbetroffene Kinder überleben **trotz** widriger Umstände, wohlhabende Kinder können sich entwickeln, weil sie Lebensqualität haben.

14.17

14.17

Mag. Martin Schenk (Koordinationsteam Armutskonferenz, Diakonie Österreich): Wir haben in dieser Gruppe von Menschen, die selbst Armutserfahrung haben und armutsbetroffen sind, immer wieder Treffen, bei denen es einerseits um einen Austausch geht, aber immer auch um ein Thema, über das wir debattieren, um eine Debatte. Einmal haben wir die Frage debattiert, was für dich, für mich, für uns ein gutes Leben ist, was wir eigentlich unbedingt zum Leben brauchen. Ich habe mitgeschrieben, was da so gekommen ist, zum Beispiel:

Maria sagt, für sie gehören zu einem guten Leben gute Bus- und Bahnverbindungen, sonst hätte sie gar nicht herkommen können; sie hätte es sich auch nicht leisten können, wenn es nicht so etwas wie den Aktivpass oder den Mobilpass gäbe. Anna sagt, sie kann sich ein gutes Leben nicht ohne Musik vorstellen. Peter fallen zuallererst Bücher ein – Zitat: damit die Welt größer wird –, und Margot ist ein Platz zum Wohlfühlen besonders wichtig. Irene weist auf die Leichtigkeit hin – auch kein Wunder, sie hat einen Alltag zu tragen, der sehr stark auf ihren Schultern lastet; die Leichtigkeit gehört für sie zum guten Leben. Baruch sagt, eine geschickte, sinnvolle Arbeit, die auch ordentlich bezahlt ist. Und Karl sagt, für ihn ist eine Wohnung, die leistbar ist, unverzichtbar.

Allein an dieser Runde – das waren Menschen, die unter der Einkommensarmutsgrenze leben; wenn wir hier eine Runde machen würden, würde ein nicht unähnliches Ergebnis herauskommen – merken Sie, dass zu einem guten Leben zentral immer die harten ökonomischen Faktoren dazugehören – eine leistbare Wohnung, ein Job, von dem man leben kann –, aber auch die weichen – Leichtigkeit, Musik, Anerkennung –; all das zusammen macht das aus, was wir als ein gutes Leben bezeichnen können, und dass Deals wie zum Beispiel: Ihr bekommt mehr zum Essen, dafür gibt es keine Redefreiheit!, oder dergleichen nicht dem guten Leben dienen.

Das ist eine, wenn Sie so wollen, eigentlich relativ einfache und banale Einsicht, sie ist aber politisch gar nicht so banal. Wir haben in den letzten zwei, drei Jahren in der Debatte um die Mindestsicherung erlebt, wie stark die unterschiedlichen Begriffe, Dimensionen des guten Lebens auseinandergerissen werden, denn zu einem guten Leben gehört eben dazu, dass auch Kinder gut aufwachsen können, gehört Anerkennung dazu,

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

gehört Musik dazu. Wenn man die Lebensbedingungen für Menschen im untersten sozialen Netz weiter verschlechtert – und es sind mittlerweile 80 000 Kinder, die in der Mindestsicherung sind –, dann verschlechtert man auch die Zukunftschancen dieser Kinder und generiert quasi so etwas wie einen konstruierten, organisierten Chancetod für Kinder in unteren Einkommensverhältnissen.

Die zweite Geschichte hat etwas mit der ersten zu tun. Es geht da um eine junge Frau, Undine Zimmer, die ein Buch über ihre Erfahrung in einer Hartz-IV-Familie geschrieben hat; ihre Mama ist langzeitarbeitslos, der Papa war nicht vorhanden, der war irgendwie nicht da. Das Buch heißt: „Nicht von schlechten Eltern“. Sie ist mittlerweile Journalistin geworden, sie hat es dann geschafft, auch über – ich glaube, die Kollegin von der Bundesjugendvertretung hat das gesagt – eine dritte Person neben Familie und Peergroup. Es war die Bibliothekarin, zu der sie Vertrauen gefasst hat und die für sie so eine stärkende Beziehung, eine Resilienz dargestellt hat, dass sie sich dann sozusagen auch etwas zugetraut hat, mehr als vielleicht von vornherein da gewesen wäre. Sie hat Abitur gemacht und arbeitet jetzt für „Die Zeit“, ist Journalistin und hat eben dieses Buch retrospektiv veröffentlicht, in dem sie ihre Zeit als Kind, als junge Frau in der Familie beschreibt.

Sie beschreibt da eine Geschichte mit einem Trinkpackerl, die wollte ich Ihnen erzählen. Sie schreibt: Meine Mama mag keine Trinkpackerl, weil Trinkpackerl arme Mütter demütigen können; so hat es meine Mama immer gesagt. Wenn nämlich eine befreundete Mutter die kleinen Dinger aus ihrer Tasche holte, um sie ihren Kindern und vielleicht auch mir eines anzubieten, dann bekam meine Mama noch einmal vorgeführt, dass sie solche Sachen nicht kaufen konnte, die Kindern doch so viel Spaß machen. – Zitatende. Sie beschreibt halt, dass das nicht gescheit war, diese Trinkpackerl waren sauteuer, aber alle in der Schule hatten sie. Als sie das erste Mal für einen Artikel in der „Zeit“ eine Honorarnote bekommen hat, war das Erste, was sie gemacht hat, so schreibt sie, gegenüber ins Geschäft zu gehen und sich ein Trinkpackerl zu kaufen.

An diesem Beispiel sehen Sie: Das Trinkpackerl hat keinen großen ökonomischen Wert, aber – eben weiche und harte Faktoren, das, was ich Ihnen betreffend das gute Leben zu zeigen versucht habe – für Undine ist dieses Packerl so etwas wie ein Schlüssel zur Teilhabe an der Gesellschaft. Das ist quasi mehr als dieser ökonomische Wert, die paar Euro, die es kostet, es bedeutet noch viel mehr. Das bei der Armutsbekämpfung mitzudenken, ist immer wichtig. Es geht immer um noch viel mehr. Es geht immer auch um das Ökonomische, aber immer auch um viel mehr. Man muss beides mitdenken, sonst wird man den Menschen nicht gerecht, und schon gar nicht dem, was wir uns unter einem guten Leben vorstellen.

Letztes Beispiel: Das möchte ich auch noch zusammenfassen, das ist heute sehr oft gekommen; ich halte das für einen sehr wichtigen Zusammenhang und Bezugspunkt, nämlich die Frage der Beschämung. Es gibt einen mittlerweile sehr bekannt gewordenen Versuch, der über die Weltbank gelaufen ist. Das waren eigentlich Bildungsstudien, bei denen Kinder weltweit in Bezug auf ihre Leistungsfähigkeit, auf ihre kognitiven Leistungen – Rechnen, Schreiben, Aufgaben lösen, logisches Denken – untersucht wurden. Einer dieser Versuche fand in Indien statt. Sie wissen, in Indien gibt es das Kastensystem – das ist offiziell abgeschafft, aber kulturell noch wirksam –, und es wurden Kinder aus verschiedenen Dörfern zusammengerufen, um diese Beispiele zu lösen. Beim ersten Versuch haben die Kinder, egal, aus welchem Dorf sie gekommen sind, egal, aus welcher Kaste sie gekommen sind, relativ gleich verteilt abgeschnitten; die meisten so in der Mitte, ein paar waren supergut und ein paar haben nicht gut abgeschnitten.

Die beiden Forscherinnen haben den Versuch noch einmal gemacht, weil irgendetwas nicht geklappt hat – das Ergebnis war also ein Zufallsprodukt –, haben die Kinder im

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

zweiten Durchgang aber gebeten, dass sie in die Mitte des Dorfplatzes vortreten, dort ihren Namen nennen und sagen, aus welchem Dorf sie kommen und zu welcher Kaste sie gehören; dann wurden die Übungen noch einmal gemacht. In diesem zweiten Versuch haben die Kinder aus den unteren Kasten signifikant schlechter abgeschnitten als die Kinder aus den oberen Kasten. Dieser Versuch ist mittlerweile hundertfach mit verschiedenen Gruppen wiederholt worden. Die beiden Forscherinnen haben diesen Effekt *Stereotype Threat* genannt, Bedrohung durch Beschämung, und argumentiert, dass es nicht ohne Wirkung bleibt, wenn man eine Gruppe hinsichtlich des Blicks, der Vorurteile, der Beurteilung der umgebenden mächtigeren Gruppe verletzlich macht.

Umgedreht heißt das – und das, glaube ich, ist etwas, was wir heute mitnehmen können, für die Bekämpfung von Armut, besonders auch von Kinderarmut –, dass die besten Lernvoraussetzungen in einem anerkennenden Umfeld zu finden sind, dort, wo wir an unseren Erfolg glauben dürfen. Das ist der zentrale Satz: wo wir an unseren Erfolg, an das, was wir können, auch glauben dürfen. Das eine ist, dass wir Dinge können, jeder von uns hat Fähigkeiten, hat Dinge gelernt, aber es braucht auch immer den Raum und die Bedingungen, um die Dinge, die man kann, die Fähigkeiten auch auszuspielen zu können. Also: Man muss Dinge auch können können – und das ist gar kein banaler Gedanke.

Amartya Sen, der große Armutsforscher, der vor 20 Jahren den Wirtschaftsnobelpreis bekommen hat, hat das *Verwirklichungschancen* oder *Ermöglichungsbedingungen* genannt. Das eine ist, was wir können; es braucht aber immer die Bedingungen, die es uns ermöglichen, das zu können. Das ist eine zentrale Frage, und der Grund, warum ich es heute erzähle, ist, um Gerechtigkeits- und Leistungsethik breiter aufzustellen. Es gibt die Leistungsgerechtigkeit, es gibt aber auch die Bedarfsgerechtigkeit, es gibt auch die Teilhabegerechtigkeit, es gibt auch die Anerkennungsgerechtigkeit und es gibt auch die Verteilungsgerechtigkeit. Erst der bunte Strauß dieser unterschiedlichen Gerechtigkeitsdimensionen macht das aus, was wir mit Recht ein gutes Leben nennen und was Amartya Sen als *Ermöglichungsbedingungen* beschreibt.

14.26

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger: Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass die Redezeit trotzdem einzuhalten ist, auch zu zweit.

14.26

Christine Sallinger (Sichtbar Werden): Ich bin gleich fertig. Über Statistiken und Daten und Zahlen ist heute schon sehr, sehr viel gesprochen worden, und dieser Ansatz ist natürlich nachvollziehbar, aber hinter all diesen Daten stehen Menschen und hinter diesen Daten steckt Verzweiflung: wenn zum Beispiel kein Geld da ist für neue Schuhe, mit denen man auch mit 80 Jahren noch gehen kann, wenn kein Geld da ist für die Reparatur am Rollator, wenn kein Geld da ist für das Taxi, damit man die Familie besuchen kann, denn zu Fuß zu gehen schafft man nimmer. Diese Liste kann ich endlos fortsetzen.

Das betrifft kleine Dinge, die eigentlich selbstverständlich sind, wie Waschpulver oder Haarshampoo. Bei der Armutskonferenz letzte Woche habe ich den Begriff der *Menstruationsarmut* kennengelernt; das bedeutet, dass sich junge Frauen Monatsbinden und Tampons nicht leisten können. Zum Thema Kinder- und Altersarmut möchte ich da gleich ergänzen: kein Geld für Babywindeln und kein Geld für Inkontinenzwindeln zu haben. Ich weiß nicht, ob sich das jemand unter Ihnen vorstellen kann, ich brauche es mir nicht vorzustellen, es ist meine Realität.

In den letzten Tagen hat ein 60 Seiten dünner Bestseller Aufsehen erregt; die Autorin ist Hannah Arendt, der Titel ist: „Die Freiheit, frei zu sein“. Es geht darin um die Verwandlung des Gemeinwesens durch Teilhabe. Ich habe mir dazu ein paar Gedanken

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

durch den Kopf gehen lassen: Wer arm ist, hat meistens nicht die Wahl, zu entscheiden. Ein alter Mensch, der 24-Stunden-Pflege braucht, hat nicht die Freiheit, in den eigenen vier Wänden zu sterben, weil er nicht dafür bezahlen kann.

Immanuel Kant ist heute schon als Zitatgeber zu Wort gekommen; in diesem Sinne hoffe ich, dass wir mit unseren Ausführungen nicht nur an die reine Vernunft appelliert haben, sondern dass es uns gelungen ist, Herzen zu berühren. – Danke. (*Beifall.*)

14.28

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger: Vielen Dank für Ihre Ausführungen.

VII. Politische Schlussfolgerungen

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger: Wir sind nun bei der Abschlussrunde der Enquete, den politischen Schlussfolgerungen, angelangt, wozu ich je einem Vertreter, einer Vertreterin pro Fraktion das Wort erteile.

Ich ersuche die Referentinnen und Referenten, ihren Beitrag vom Rednerpult aus abzugeben und die Zeit von 4 Minuten pro Statement nicht zu überschreiten.

Ich darf jetzt den Fraktionsvorsitzenden der ÖVP, Herrn Edgar Mayer, um seinen Beitrag bitten.

14.29

Bundesrat Edgar Mayer (ÖVP, Vorarlberg): Ich bedanke mich bei Präsident Todt für die Initiative, diese Enquete abzuhalten. Ich tu mir jetzt nach Ihren Ausführungen ein bisserl schwer, das Ganze wieder auf eine politische Ebene herunterzubrechen und auch politische Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, was an und für sich aber unsere Aufgabe als Politiker ist.

Wir haben heute schon gehört, dass Österreich, was die Sozialausgaben anbelangt, eher im Spitzenfeld der EU liegt, also doch einiges vom BIP für Sozialleistungen verwendet wird. Wir haben von Frau Professor Karin Heitzmann auch gehört, dass die Altersarmut seit 2008 zurückgegangen ist; das ist ein positives Signal. Ich kann auch mit den Ausführungen, die die Seniorenvertreter Frau Korosec, Herr Charly Blecha und Werner Neubauer gemacht haben, sehr gut mit. Ich kann mich diesen Forderungen, die gestellt wurden, sehr gut anschließen. (*Präsident Todt übernimmt den Vorsitz.*)

Die Regierung hat auch einiges, was Pensionen anbelangt, im Regierungsprogramm festgeschrieben, zum Beispiel, dass die Pension einer Einzelperson auf 1 200 Euro und einer Familie auf 1 500 Euro angehoben wird. Wie ich finde, hat das Frau Ministerin Hartinger-Klein auch sehr gut ausgeführt.

Meiner Ansicht nach ist es auch gut, wenn man den Bundesseniorenplan hier erwähnt und die 14 Punkte, die darin festgeschrieben sind, zur Umsetzung bringen möchte. Da geht es auch sehr viel um Armut und Armutsgefährdung, die man mit diesem Seniorenplan entsprechend bekämpfen möchte.

Mir ist auch ganz wichtig, folgenden Punkt anzusprechen, weil sich der Bundesrat nicht nur heute mit diesem sozialen Thema beschäftigt, sondern sich im letzten Jahr auch mit dem Pflegegeld, dem Pflegeregress et cetera befasst hat. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, weshalb wir diesen Pflegefonds infolge der gemeinsamen Finanzverhandlungen im Finanzausgleich bis 2021 fortgeschrieben haben, aber – 2021 kommt relativ rasch – wir sind schon aufgefordert, intensiv an diesem Pflege Thema zu arbeiten, uns intensiv damit auseinanderzusetzen. Frau Präsidentin Ledl-Rossmann hat das zu ihrem Hauptthema gemacht; in der Folge haben wir in einer Enquete Themenschwerpunkte erarbeitet, die wir der damaligen Regierung auch vorgelegt haben.

Vorsitzender Vizepräsident Ewald Lindinger

Es geht also nicht nur darum, das Pflegegeld zu erhöhen. Ja, das ist auch wichtig; wir haben gehört, dass es insgesamt gegenüber 2008 prozentuell sehr zurückgegangen ist und dass es effektiv einen Wertverlust gibt. Wir müssen aber aufgrund dieses Pflegeregresses, den wir beschlossen haben – ich stehe auch zu diesem Pflegeregress, das sage ich ganz bewusst –, jetzt natürlich schauen, dass wir auch die Pflege zu Hause entsprechend attraktivieren, dass wir den Druck nicht so groß werden lassen, dass praktisch alle – und wir haben den Druck jetzt schon – ihre Eltern, Mütter, Väter, Großväter sozusagen der Gemeinde vor die Heimtür stellen. Wir müssen also schauen, dass man die Pflege zu Hause – in Vorarlberg beträgt der Anteil ja mehr als 80 Prozent – attraktiviert, dass man das fördert und finanziert, weil viele Leute doch zu Hause gepflegt werden wollen. Es gilt also, wirklich daran zu arbeiten.

Ich darf Ihnen vielleicht die Inhalte zu diesem Themenschwerpunkt Pflege, die der Bundesrat im letzten Jahr ausgearbeitet hat, nahelegen. Vielleicht können Sie ein Gespräch mit Präsidentin Ledl-Rossmann führen, die gerne bereit ist, darüber zu informieren.

„So viel wie möglich ambulant, so viel wie nötig stationär“ – das ist ein Slogan, den die Vorarlberger für den Pflegebereich formuliert haben. Das Pflegegeld wurde nun einmal in Vorarlberg erfunden, das ist Tatsache, und dann österreichweit übernommen. *(Heiterkeit.)*

Es ist wichtig, dass wir daran arbeiten und dass das auch entsprechend angepasst wird. Das wollte ich jetzt zum Bereich der Pflege sagen. Mir hat auch an Bundesministerin Bogner-Strauß gefallen, dass sie zu dem gestanden ist - -

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Kommen Sie bitte zum Schluss! *(Bundesrat Mayer: Sind 4 Minuten schon vorbei?)* – Ja!

Bundesrat Edgar Mayer *(fortsetzend):* Wunderbar. – Dann möchte ich sagen, dass mir auch die Jugendlichen gut gefallen haben, die hier ihre Probleme ausgebreitet und uns erklärt haben, wie schnell 4 Minuten um sind. *(Heiterkeit.)*

Abschließend möchte ich mich herzlich für diese Initiative bedanken. Des Weiteren sind dann Gespräche mit mir möglich, dann kann ich den Rest auch referieren. – Vielen Dank. *(Heiterkeit und Beifall.)*

14.34

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Danke für Ihre Ausführungen.

Ich erteile nunmehr Frau Inge Posch-Gruska, der geschäftsführenden Fraktionsvorsitzenden der SPÖ, das Wort.

14.34

Bundesrätin Inge Posch-Gruska (SPÖ, Burgenland): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Edgar, Vorarlberg wird mir immer sympathischer. Wenn die Initiative zum Pflegegeld auch noch von Vorarlberg ausgegangen ist, ist das wirklich schön. *(Bundesrat Mayer: Stimmt!)* – Ich glaube es dir ja, ich glaube es dir, ganz ehrlich! *(Bundesrat Mayer: Die Mindestsicherung habe ich gar nicht gesagt!)* – Dann sage ich es: Die Mindestsicherung kommt auch noch aus Vorarlberg!

Sehr geehrte Damen und Herren, eigentlich wollte ich auf ein paar Redebeiträge eingehen, aber jetzt habe ich gemerkt, 4 Minuten sind so schnell vorbei. Ich möchte aber Ihnen, Frau Sallinger, sagen: Sie haben unser Herz erreicht – nicht nur den Verstand, sondern auch unser Herz und unseren Bauch! Glauben Sie mir, wir haben im Bundesrat – und Kollege Mayer hat es vorhin gesagt – das Thema Pflege schon sehr intensiv diskutiert, sachlich diskutiert und gut diskutiert. Wir werden auch an diesem

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

Thema dranbleiben. Herzlichen Dank für Ihren Beitrag, er hat uns wirklich erreicht. *(Beifall.)*

Ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen, um mich bei der Bundesjugendvertretung recht herzlich dafür zu bedanken, dass dieses Thema aufgenommen wird und dass vor allem auch die Kampagne zur Miteinbeziehung von Kindern gestartet wurde.

Ich möchte hier für alle Anwesenden auf den Kinderrechteausschuss des Bundesrates hinweisen. Wir sind eine der wenigen Kammern in Europa, die einen Kinderrechteausschuss besitzen. Wir arbeiten in diesem Kinderrechteausschuss sehr intensiv, sehr sachlich orientiert, haben uns selbst ein Programm gesteckt, das sehr ambitioniert ist. Wir werden jedes Bundesland besuchen, uns dort mit dem jeweiligen Kinder- und Jugendanwalt, mit den Kinder- und Jugendsprechern und -sprecherinnen der einzelnen Fraktionen treffen und jeweils eine Institution, die Kinderrechte lebt, Kindermitbestimmung lebt, besuchen, um danach auch gemeinsam – und da werden wir uns ganz sicherlich auch an die Bundesjugendvertretung wenden – einen Forderungskatalog auszuarbeiten, um zu sagen, was wir als Länderkammer tun können, um das auch wirklich umzusetzen und auch wirklich zu machen.

Ich glaube, dass wir hier im Bundesrat auf einem sehr guten Weg, auf einem sehr sachlich orientierten Weg sind. Ich möchte aber jetzt in Richtung des Nationalrates und natürlich auch in Richtung des Bundesrates anmerken, dass noch immer nicht alle Kinderrechte in Österreich in der Verfassung verankert sind. Das wird ein wichtiger Weg sein, den wir noch beschreiten müssen. Es sind heute schon einige Kinderrechte genannt worden, es ist schon gesagt worden, wie notwendig und wichtig es ist, dass wir auch Gesetze für die Kinder schaffen, in denen sie sich wiederfinden können und in welchen sie auch ihren Platz finden.

Ich möchte aber ganz zum Schluss noch auf die Working Poor eingehen – Herr Nationalrat Werner Neubauer hat gesagt, wie schwierig das Thema ist –, nämlich darauf, dass sehr viele Menschen genau in dieser Kluft leben, sodass sie mehrere Arbeitsstellen annehmen müssen, damit sie überhaupt überleben können. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen – wir haben es heute wirklich schon oft gehört, aber ich sage es trotzdem noch einmal –: Die Menschen, die arbeitslos sind, können nicht nur in finanzieller Hinsicht nicht leben, sondern auch nicht mehr aufrecht gehen.

Ich betreibe – ich habe das im Bundesrat schon sehr oft gesagt – ein Beschäftigungsprojekt, und wir werden vom AMS sehr gut unterstützt. Wir beschäftigen dort 19 Personen, Langzeitarbeitslose, vier Schlüsselarbeitskräfte; mittlerweile sind 290 Menschen bei uns in diesem Beschäftigungsprojekt gewesen. Von diesen 290 Menschen konnten wir 270 Menschen vermitteln. Ich habe erleben dürfen, wie diese Menschen zu uns gekommen sind und mit welchem Selbstwertgefühl diese Menschen wieder gegangen sind.

Ich glaube, dass es mehr als notwendig ist, dass wir solche Beschäftigungsprojekte auf alle Fälle weitererkhalten. Ich glaube auch, dass es notwendig ist – die Frau Ministerin hat es ja während der letzten Bundesratssitzung gesagt, dass sie das noch einmal überdenken wird –, dass die Aktion 20 000 nicht abgeschafft, sondern weitergeführt gehört.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Bitte kommen Sie zum Schluss!

Bundesrätin Inge Posch-Gruska *(fortsetzend)*: Ja, ich komme zum Schluss. – Die Aktion 20 000 gehört auf alle Fälle weitergeführt, weil sie den Menschen Selbstwert gibt und auch das Überleben wirklich, wirklich erleichtert.

Herr Präsident, danke für diese Enquete. Es war sehr interessant, und wir als Kinderrechteausschuss haben sicher viele Aufträge bekommen. – Danke schön. *(Beifall.)*

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

14.39

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Danke für Ihren Beitrag.

Als Nächste zu Wort gelangt Frau Monika Mühlwerth, Fraktionsvorsitzende der FPÖ. – Bitte, Frau Fraktionsvorsitzende.

14.39

Bundesrätin Monika Mühlwerth (FPÖ, Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident, danke für diese Enquete und für die Idee zu dieser Enquete mit diesem Thema. Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, danke ich, dass Sie heute zu uns gekommen sind, um mit uns darüber zu diskutieren und Lösungsansätze aufzuzeigen, und dass Sie geblieben sind, denn ich war schon bei vielen Veranstaltungen dieser Art, bei denen nach der Mittagspause die Hälfte weg war. Hier sind aber, soweit ich das verfolgen konnte, wirklich alle geblieben.

Die Armut ist ein Thema, das, wie schon gesagt worden ist, nicht nur unser Gehirn beschäftigt, sondern natürlich auch unser Herz. Jeder Einzelne, der arm ist – und da muss man wirklich sagen: wirklich arm ist, und nicht so arm, dass man sich das neueste iPhone nicht leisten kann oder dergleichen –, der sich die lebensnotwendigsten, wichtigsten, dringendsten Dinge wirklich nicht leisten kann, hat natürlich auch unser Mitleid; und es ist unsere Verpflichtung, dem entgegenzuwirken.

Es hat sich aber heute in der Diskussion natürlich gezeigt, dass das gar nicht so einfach ist, denn die vergangenen Regierungen haben das ja bei allem Bemühen auch nur teilweise und nicht in vollem Umfang geschafft – ich gehe davon aus, dass sie sich entsprechend bemüht haben –, und daher ist es ein Thema, das uns nach wie vor beschäftigt.

Meine Vorrednerin hat die Working Poor genannt: Wir haben ja über Jahre hinweg ungefähr 300 000 bis 350 000 Menschen in diesem Land gehabt, die 40 Stunden gearbeitet und trotzdem nicht mehr als 800 Euro bekommen haben. Die Bekämpfung dessen ist etwas, was noch absolut ausbaufähig ist, aber in einer globalisierten Welt und Handelsgesellschaft eben nicht so einfach in den Griff zu bekommen ist.

Wie es ja heute schon mehrfach angeklungen ist: Ja, wir müssen bei den Kindern beginnen. Wir müssen mit der Bildung beginnen. Da leiste ich mir jetzt einen kleinen Widerspruch: Unser Bildungssystem ist schon durchlässig; man muss nur das Angebot annehmen. Ich sage das an dieser Stelle nicht zum ersten Mal. Darum wird auch die jetzige Regierung darauf drängen, dass die Kinder – egal, ob es jetzt Zuwandererkinder oder österreichische Kinder, die Schwierigkeiten mit der eigenen Sprache haben, sind – in Deutschklassen wirklich unterrichtsfit gemacht werden.

Wir wissen natürlich auch, dass die Frauen immer jene sind, die am meisten Leid tragen, weil sie die meiste Last auf ihre Schultern laden. Es sind auch meistens die Frauen, die ihre Familienangehörigen zu Hause pflegen. An dieser Stelle sage ich ein herzliches Dankeschön an alle, die die Aufgabe übernehmen, ihre Angehörigen zu Hause zu pflegen. – Herzlichen Dank. *(Beifall.)*

Wir wissen natürlich, wenn wir bei den Kindern nicht aufpassen und die Frauen alleinlassen, dann haben wir die armen Seniorinnen – in dem Fall wirklich Seniorinnen –, weil die ja davor schon alles geschultert haben. Daher haben wir uns vorgenommen, die Mindestpension entsprechend zu erhöhen, damit das zumindest stark gemildert wird.

Wir wissen auch, dass jene Gruppe, die noch Kinder bekommt, und zwar vielleicht mehr als eins oder zwei, am stärksten gefährdet ist, in der Armutsfalle zu landen. Auch da wollen wir ansetzen, indem wir den Familienbonus einführen.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

Bei der Pflege – ja, das ist jetzt von allen gesagt worden – müssen und werden wir ein Modell entwickeln, wodurch Pflege auch wirklich leistbar ist.

Mit dieser Enquete haben Sie uns heute einige Aufgaben, die wir schon in Angriff genommen haben, aber auch einige Aufgaben, die wir jetzt noch angehen müssen, mitgegeben. Ich kann Ihnen versprechen, wir werden das wirklich aus vollem Herzen und nach bestem Wissen und Gewissen tun. *(Beifall.)*

14.43

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Danke, die 4 Minuten wurden fast perfekt eingehalten.

Als Nächste kommt Frau Bundesrätin Ewa Dziedzic für die Fraktion der Grünen im Bundesrat zu Wort. – Bitte.

14.44

Bundesrätin Mag. Dr. Ewa Dziedzic (Grüne, Wien): Armut ist grausam, haben wir heute schon ein paarmal gehört. Diejenigen, die sie betrifft, haben entweder keine Stimme oder finden kein Gehör, und diejenigen, die Stimme und Gehör finden, die sehen keine Notwendigkeit, darüber zu sprechen. Deshalb möchte ich mich umso mehr bei Ihnen, Herr Präsident des Bundesrates, und auch bei den Experten und Expertinnen, die das Problem in Österreich aus vielfältigen Perspektiven beleuchtet haben, bedanken, denn das Schweigen über Armut macht es der Politik leicht. Hinhören fällt auch deshalb schwer, weil es dann konkrete Maßnahmen erfordern würde, und auch, weil man dann schauen müsste, was vielleicht in der Vergangenheit strukturell verankert worden ist und dazu führt, dass Menschen armutsgefährdet sind.

Ein Beispiel: Wir wissen aus der Statistik, dass die Pensionsreform von 2004 vor allem Frauen enorm schadet. Seit der Reform werden, wie Sie wissen, nicht nur die besten 15 Jahre der Erwerbstätigkeit angerechnet, sondern jedes einzelne. Das heißt, Teilzeit und Unterbrechungen werden somit zur Armutsfalle. Mit Eigenverantwortung hat das wenig zu tun. Armut ist ein Mangel an Chancen, haben wir heute gehört, und auch ein Ausdruck sozialer Ungerechtigkeit. Ich denke, das ist parteiübergreifend unbestritten.

Was aber anders und unterschiedlich ausfällt, sind die Antworten darauf. Da scheint die Republik gespalten. Mindestsicherung, Notstandshilfe, Geld für Pflege oder Integration, freier Unizugang, Gratiskinderbetreuungsplätze, neue Arbeitsplatzbewertung gerade in den Niedriglohnbranchen, Forderungen aus dem Frauenvolksbegehren, die vor allem Frauen helfen würden, aus der Armut herauszukommen, genauso wie familienpolitische Maßnahmen – die schwarz-blaue Seite dieser Republik durchlöchert leider genau diese wichtigen sozialen Netze weiter oder erhöht soziale Hürden erst.

Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele: Herr Neubauer hat davon gesprochen, dass seine Tochter für ihre Kinder keinen Kindergartenplatz findet. Unterdessen hat Schwarz-Blau in Oberösterreich Gebühren für Kinderbetreuung eingeführt, ein Drittel der Eltern mussten ihre Kinder abmelden, die Kinderbetreuung in nahezu 50 Gemeinden ist zusammengebrochen. *(Bundesrätin Mühlwerth: Das kann nicht ganz stimmen!)* Der Landeshauptmannstellvertreter Haimbuchner von der FPÖ sagte darauf: Der Staat ist dafür nicht verantwortlich, ich bin für ein Aus dieser Gratisgesellschaft.

Zweites Beispiel: ÖVP und FPÖ reden von der Armut der AlleinerzieherInnen und haben sich immer quergestellt, wenn es um die Unterhaltsgarantie gegangen ist *(Bundesrätin Mühlwerth: Das ist ja alles ein Schwachsinn!)*, genauso, wie sie gegen die Abschaffung der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe waren – auch das trifft vor allem Frauen. *(Bundesrätin Mühlwerth: Wenn man es öfter erwähnt, wird es nicht wahr!)* Was den Mindestlohn anbelangt – Frau Schimanek hat ihn erwähnt, sie ist leider

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

nicht mehr da –, so wäre vielleicht anzumerken, dass die FPÖ seit Anfang 2017 ihre diesbezügliche Forderung sieben Mal abgeändert hat. Kenne sich da jemand noch aus!

Genauso, wie Sie von Arbeitslosigkeit reden und im gleichen Atemzug die AMS-Maßnahmen kürzen, reden Sie vom Familienbonus und wissen ganz genau, dass es gerade die Armutsgefährdeten nicht treffen wird, sprich: sie gar nichts davon haben werden. Sie reden von Frauenarmut, die bekämpft werden muss, und wollen bei den PflegerInnen kürzen, ihnen die Familienbeihilfe wegnehmen und behaupten dann noch: Wir müssen Hilfe vor Ort leisten!

Alles in allem, liebe ÖVP und liebe FPÖ, auch liebe NEOS, die nicht da sind, gibt es da einige Widersprüche, wie Frau Mühlwerth schon gesagt hat. (*Bundesrätin Mühlwerth: Ach Gott!*) Ihre Politik orientiert sich nämlich im Moment an der wirtschaftlichen Profitmaximierung und nicht am Wohlfahrtsstaat. (*Bundesrätin Mühlwerth: Es wird nicht wahrer, wenn man es öfter wiederholt!*) – Sie waren am Wort, jetzt bin ich es! Sie bedienen die Eliten dieses Landes und haben keine Antworten, wenn es darum geht, soziale Maßnahmen aufrechtzuerhalten und diese auch zu budgetieren.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Frau Bundesrätin Dziedzic, darf ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen? – Danke.

Bundesrätin Mag. Dr. Ewa Dziedzic (*fortsetzend*): Eine Bitte: Verzichten Sie bitte bei diesem wichtigen Thema auf Floskeln! Ich hoffe, dass diese Enquete dazu beigetragen hat, dass wir alle gemeinsam parteiübergreifend überlegen, wie wir der Armut in Österreich einen Riegel verschieben können. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

14.49

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Danke für die Beiträge der Fraktionen.

VIII. Offene Diskussion und Schlussworte des Präsidenten

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Wir gehen nun in die offene Diskussion ein. Ich darf auch an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, dass die Redebeiträge die Dauer von 3 Minuten nicht überschreiten sollen, und ersuche gleichzeitig, diese Vorgaben einzuhalten.

Als Ersten darf ich Herrn Rolf Gleißner von der Wirtschaftskammer Österreich ans Rednerpult bitten.

14.50

Mag. Dr. Rolf Gleißner (Wirtschaftskammer Österreich): Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Gelegenheit, hier zu sprechen. Die Wirtschaft stand heute nicht im Vordergrund, aber die Armutsvermeidung ist auch uns ein Anliegen, und ich glaube, als Sozialpartner leisten wir dazu auch einen Beitrag. Wir schließen flächendeckend Kollektivverträge mit Mindestlöhnen ab – wir haben im letzten Jahr mit dem ÖGB einen Mindestlohn von 1 500 Euro vereinbart, das ist der zweithöchste Wert in Europa –, und wenn wir von Kindern und Jugendlichen sprechen, so möchte ich erwähnen, dass wir, glaube ich, auch mit der dualen Berufsausbildung dazu beitragen, dass Jugendliche besser am Arbeitsmarkt Fuß fassen. Übrigens, was die Profitmaximierung betrifft: Vergessen wir bitte nicht, dass eine leistungsfähige Wirtschaft Voraussetzung dafür ist, den Sozialstaat, wie wir ihn haben, zu finanzieren! (*Beifall.*)

Zweiter Punkt: Wir sind uns alle einig darin, dass es in einem reichen Land wie Österreich keine Armut geben soll, aber machen wir uns bitte nicht schlechter, als wir sind! In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der erheblich materiell Deprivierten – das sind die Menschen mit wirklich geringem Lebensstandard, die sich zum Beispiel kein Auto und

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

keinen Urlaub leisten können – in Österreich halbiert. Wir wissen ja auch, dass Armutsgefährdung – das betone ich! – nicht mit Armut gleichzusetzen ist, und das trotz massiver Zuwanderung aus ärmeren Ländern.

Der dritte Punkt, den ich anbringen will: Wir haben heute sehr viele Forderungen gehört, die sich an den Staat richten, die sich an die Gesellschaft richten – vieles ganz legitim – , vergessen wir aber bitte nicht auf die Menschen selbst, darauf, sie anzusprechen, denn unser Sozialsystem setzt, glaube ich, nicht immer die richtigen Anreize. Es ist insgesamt sehr gut, aber es gibt, das belegen auch Studien des IHS, Konstellationen, in denen sich Arbeit nicht rechnet, in denen es attraktiver ist, Sozialhilfe oder Sozialtransfers zu beziehen, als arbeiten zu gehen oder die Arbeit auszuweiten. Das ist gar kein Vorwurf. Oft verliert man, wenn man eine Einkommensschwelle überschreitet, schlagartig an Transfer, gleichzeitig schlägt die Abgabenquote zu. Man muss sich also überlegen, ob da immer die richtigen Anreize gesetzt werden.

Weil es heute um Kinder geht, möchte ich ein Beispiel aus dem Bereich Kinder-gesundheit nennen, das ich gut finde, einen Anreiz, der sich an Eltern richtet, und zwar den Mutter-Kind-Pass samt entsprechenden Untersuchungen, der mit dem Kinder-betreuungsgeld junktimiert ist.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Darf ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen? – Danke.

Mag. Dr. Rolf Gleißner (*fortsetzend*): Das Regierungsprogramm sieht vor, dass man das ausweitet. Das halte ich für einen solchen Anreiz, der auch die Menschen aktiviert. Es ist richtig, dass man Beiträge von Staat, Gesellschaft oder auch Wirtschaft einfordert, aber bitte vergessen wir nicht auch Anreize und Unterstützung dafür, dass Menschen – und jetzt sage ich das Wort – im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch ihre Eigenverantwortung und die Verantwortung für ihre Kinder wahrnehmen. (*Beifall.*)

14.52

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Danke für Ihren Beitrag.

Nächste Rednerin ist Frau Bundesrätin Andrea Eder-Gitschthaler. – Bitte.

14.52

Bundesrätin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler (ÖVP, Salzburg): Vielen Dank, Herr Präsident, auch für Ihr Engagement für diese Enquete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn muss ich natürlich schon noch auf deine Ausführungen, liebe Kollegin Dziedzic, antworten. Du hast zum Schluss gesagt: gemeinsam. Ich glaube, dieses Thema macht uns alle sehr betroffen, und wir wollen **gemeinsam** daran arbeiten. Da geht es nicht um Parteipolemik oder Ähnliches, sondern wir alle sind hier, um uns ernsthaft mit diesen Dingen auseinanderzusetzen, uns Inputs zu holen und uns zu koordinieren, und deshalb möchte ich dann keine parteipolitische Rede gehalten bekommen, in der uns auch noch vorgeworfen wird, wir würden uns auf Floskeln beschränken.

Ich darf auch anführen: Ich bin schon seit sieben Jahren Vorsitzende einer Organisation, die Frauen – gerade Frauen, die von Armut betroffen sind – und Kindern hilft, und ich lasse mir den Vorwurf nicht gefallen, dass wir in diesem Bereich nichts anbieten würden – so ist es übergekommen; man muss auch mit den Worten achtsam sein. (*Beifall.*)

Ich wollte eigentlich danken und sagen, wie beeindruckt ich von dem bin, was die Damen und Herren hier geleistet haben, wie viele Inputs sie uns gegeben haben, wie wichtig es ist, dass uns, gerade von Ihnen, Frau Sallinger, so eindrucksvoll gezeigt wurde, wie es wirklich ist. Auch mein Herz wurde von Ihren Ausführungen berührt. Wir haben aber auf der anderen Seite auch gesehen, dass diese Bundesregierung bereits an Maßnahmen

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

arbeitet. Kollege Mayer hat ja schon ausgeführt, dass im Regierungsprogramm gewisse Maßnahmen wie zum Beispiel die Erhöhung des Pflegegeldes vorgesehen sind. Gemeinsam mit Vizepräsidentin Ledl-Rossmann nehmen wir uns auch schon seit Langem dieses Themas an und werden das auch weiter tun und weiter engagiert daran arbeiten.

Für mich als Seniorenvertreterin war es auch wichtig, dass vorausschauende Arbeitspolitik thematisiert wurde. Es geht darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit wir durchgehend arbeiten können und auch die Erwerbsquote bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhöhen – mein Schlagwort dazu ist immer das altersgerechte Arbeiten. Da gilt es, noch sehr intensiv daran zu arbeiten und auch die betroffenen Damen und Herren in den Unternehmen ins Boot zu holen, sodass wir auch adäquate Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anbieten können.

Es geht um eine positive Sicht des Alters, zum Beispiel um eine Prozessbegleitung beim Ausstieg, beim Übergang vom Erwerbsleben in die Pension. Auch damit gilt es sich intensiv zu beschäftigen und zu schauen, dass wir das gut hinbringen können, dass wir den Menschen helfen.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Darf ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen?

Bundesrätin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler (*fortsetzend*): Abschließend möchte ich noch sagen: Funktionierende Familien sind natürlich auch wichtig, gerade im Bereich Kinder, darum sind familienfreundliche Aktivitäten zu unterstützen. Da kommt wiederum unser Familienbonus zum Tragen, mit dem wir 1,6 Millionen Kinder unterstützen. (*Bundesrat Schennach: Na wahnsinnig kommt der zum Tragen!*) – Ja, es ist so. Wir arbeiten daran.

Ich habe heute sehr viel mitgenommen – nochmals gerade den Expertinnen und Experten vielen Dank für ihr engagiertes Arbeiten hier. – Danke. (*Beifall.*)

14.56

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Hebein vom Wiener Landtag. – Bitte.

14.56

Birgit Hebein (Abgeordnete zum Wiener Landtag, Grüne): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Frau Sallinger! Ich bedanke mich für diese Veranstaltung. Ich bedanke mich auch für die Möglichkeit, hier zu sprechen. Ich glaube, wir sind uns alle einig: Wir wollen keine Armut in unserem Land. Das ist unbestritten. Wir merken aber auch: Sobald wir, wie meine Kollegin, Konkretes hinsichtlich der Ursachen von Armut ansprechen, tut es – offensichtlich, an den Reaktionen zu messen – weh.

Ich werde ein konkretes Beispiel nennen, weil Sie, Frau Kollegin, gemeint haben, Sie hätten gerne konkrete Lösungsvorschläge – denn wir sind ja hier, um Strategien zu besprechen –, und zwar das Beispiel Mindestsicherung.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Mindestsicherung ist das letzte soziale Netz, wenn Menschen in Notsituationen geraten. Wir erleben aber seit zwei Jahren – und ich wünsche mir sehr, dass wenigstens hier parteiübergreifend Würde und Respekt im Vordergrund stehen – eine Kampagne gegen von Armut Betroffene, medial und von einzelnen Parteien. Das ist die Realität. Sie können das nicht trennen, also bitte ich Sie, zumindest zur Kenntnis zu nehmen, was der Verfassungsgerichtshof jetzt entschieden hat: Er hat entschieden, dass die Regelung in Niederösterreich rechtswidrig ist. Sie verletzt das Prinzip der Gleichheit der Menschen. Die Deckelung ist rechtswidrig, die Wartefrist ist rechtswidrig. Es widerspricht dem Anliegen, soziale Not zu lindern.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

Also, werte Landesregierungen von Oberösterreich und dem Burgenland, kommen Sie zurück in den verfassungsrechtlichen Rahmen, werte schwarz-blaue Bundesregierung, schaffen wir eine bundeseinheitliche menschliche Lösung, im Rahmen derer wir auch in die Ausbildung von Menschen und in Qualifizierungsmaßnahmen investieren, so wie wir es in Wien tun! Kommen Sie zurück! Es passiert so einfach, dass Menschen ihre Arbeit verlieren und in eine Notsituation geraten. Kürzen Sie nicht! Machen Sie keine Politik auf dem Rücken der Ärmsten!

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Darf ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen?

Birgit Hebein (*fortsetzend*): Wir reden von Kinderarmut. Ein Drittel der betroffenen MindestsicherungsbezieherInnen in Wien sind Kinder. Bitte berücksichtigen Sie all das, was Sie heute gehört haben, und handeln Sie auch danach – parteiübergreifend, ohne Hass und ohne Hetze! – Vielen Dank. (*Beifall.*)

14.59

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Stefan Kaineder vom Oberösterreichischen Landtag. – Bitte.

15.00

Stefan Kaineder (Abgeordneter zum Oberösterreichischen Landtag, Grüne): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Landtagen, dem Bundesrat und dem Nationalrat! Ich finde es gut, dass wir jetzt am Schluss dieser Debatte schon auch noch darüber reden, welche politischen Rahmenbedingungen gesetzt worden sind und welche geplant sind. Kollegin Hebein hat die Deckelung der Mindestsicherung angesprochen. Der Verfassungsgerichtshof hat eindeutig gesagt, solche Maßnahmen sind mit der österreichischen Bundesverfassung nicht vereinbar. Ich finde es fast ein bisschen unerträglich, dass die Landesregierungen im Burgenland und in Oberösterreich, wo ich herkomme, und auch die Bundesregierung so tun, als würde diese Verfassung für sie nicht gelten.

Da haben sie einen Schritt zurückzusteigen, und das ist auch wesentlich für die von Kinderarmut betroffenen Kinder, denn durch eine Deckelung der Mindestsicherung wird Kinderarmut nicht bekämpft, sondern befördert. Da geht die Politik einen falschen Weg, und es muss auch hier und heute, gerade wenn Expertinnen und Experten hier sind, gesagt werden, welche Maßnahmen der Bekämpfung von Armut im Alter und in der Kindheit dienen und welche das eben nicht tun – und die Deckelung der Mindestsicherung dient ganz bestimmt nicht der Bekämpfung von Armut im Alter und von Kinderarmut, das sagt mittlerweile auch der Verfassungsgerichtshof.

Es ist mir wichtig, hier auch noch eine weitere Maßnahme anzuführen, weil sie heute von ein paar Rednerinnen und Rednern angesprochen worden ist: Entschuldigung, aber der Familienbonus, so wie er uns vorliegt, ist völlig ungeeignet, Kinderarmut zu bekämpfen! Noch mehr sogar: Er betrifft von Armut betroffene Kinder überhaupt nicht. Beim Familienbonus geht es – ich bin Vater von drei Kindern – um Menschen wie mich. Ich verdiene gut, ich habe drei Kinder, ich werde von diesem Familienbonus super profitieren. Das Wichtige ist, dass das gesagt wird: Der Kinderbonus hat mit der Bekämpfung von Kinderarmut überhaupt nichts zu tun, weil Menschen, die davon betroffen sind, ihn nicht werden nützen können. Dafür braucht es ordentliche Maßnahmen. In diesem Rahmen, in dem es um Kinderarmut geht, vom Familienbonus zu sprechen, ist eine Themenverfehlung – es tut mir leid! (*Beifall.*)

Eines vielleicht noch: Kollege Kohlbauer aus dem Wiener Landtag ist jetzt, glaube ich, schon gegangen; er hat noch das Bettelverbot angeführt. Wenn es nicht als Begleitung zum Bettelverbot ein ganz großes Maßnahmenpaket gibt, dann hat das Bettelverbot auch keine Auswirkung auf die Reduzierung von Kinderarmut, sondern es sorgt schlicht

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

dafür, dass wir die armen Kinder auf den Straßen nicht mehr sehen müssen. – Auch das halte ich daher für ungeeignet. – Danke schön. (*Beifall.*)

15.02

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Nächster Redner: Herr Jozef Vasak von der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich. – Bitte.

15.02

Jozef Vasak (Europäische Kommission, Vertretung in Österreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Namen der Europäischen Kommission möchte ich zunächst meinen herzlichen Dank für die Einladung zur heutigen Enquete aussprechen. Sehr geehrte Damen und Herren! Die europäische Wirtschaft erlebt derzeit ebenso wie die österreichische Wirtschaft einen Aufschwung. Die Beschäftigung in der EU erreicht einen Rekordstand, Arbeitslosigkeit und Haushaltsdefizite sind weiter rückläufig, Reformen, die in den letzten zehn Jahren hierzulande und gemeinsam in der EU als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise umgesetzt worden sind, tragen nun sichtbare Früchte – aber auch wenn sich die Soziallage verbessert, sind trotzdem noch negative soziale Auswirkungen der Krise in vielen Teilen Europas spürbar.

Mehr als 18 Millionen Menschen in Europa sind weiterhin arbeitslos, darunter viele junge Menschen – zu viele! –, und die Anzahl derjenigen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, ist im Vergleich zum Krisenjahr 2008 um eine Million angestiegen. Gleichzeitig beobachten wir in der EU eine Verlangsamung bei der Konvergenz von Sozialstandards. Deshalb ist aus unserer Sicht von größter Bedeutung, dass auf dem Sozialgipfel im schwedischen Göteborg letztes Jahr die Europäische Säule sozialer Rechte proklamiert wurde. Diese Säule ist mit ihren 20 Grundsätzen ein Ausdruck des gemeinsamen Engagements in Europa für Chancengleichheit, für Unterstützung beim Zugang zum Arbeitsmarkt, für soziale Inklusion und für einen angemessenen und wirksamen Sozialschutz. Die Umsetzung dieser Säule wird im Rahmen der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU unterstützt.

Unseren jährlichen Länderbericht haben wir letzte Woche präsentiert. Unser Bericht hat Österreich erstmals auch anhand eines sozialpolitischen Scoreboards bewertet. Die gute Nachricht: Österreich hat ein solides Sozialsystem, dessen Transferleistungen wesentlich zur Armutsbekämpfung beitragen. Die Zahl der Österreicherinnen und Österreicher, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, hat im letzten Jahr weiter abgenommen. – Das ist eine erfreuliche Entwicklung.

Eine weniger erfreuliche Entwicklung sehen wir darin, dass die Armutsbedrohung von Erwerbstätigen angestiegen ist. Ferner sehen wir, dass der Anteil von Frauen in Teilzeitbeschäftigung mit fast 50 Prozent zu den höchsten in Europa gehört. Nicht immer ist Teilzeitbeschäftigung eine eigene Entscheidung, sondern sie ist oft dem Mangel an verfügbaren und leistbaren Kinderbetreuungsplätzen geschuldet. Dies führt zu einem neuen geschlechtsspezifischen Lohn- und Pensionsgefälle, das zusätzlich noch durch das niedrige Pensionsantrittsalter von Frauen verstärkt wird und damit ein höheres Armutsrisiko zur Folge hat.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Darf ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen?

Jozef Vasak (*fortsetzend*): Zum Abschluss möchte ich noch auf unsere gestrigen Vorschläge für eine europäische Arbeitsbehörde und einen besseren Zugang zum Sozialschutz hinweisen, die eine faire Arbeitskräftemobilität im EU-Binnenmarkt und den Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige hinsichtlich der Veränderungen der Arbeitswelt sicherstellen sollen.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Bitte zum Schluss zu kommen!

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

Jozef Vasak (*fortsetzend*): Wir sind davon überzeugt, dass nur ein starkes Europa, ein starkes, soziales Europa auch ein nachhaltiges Europa sein kann. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

15.06

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Sandra Krautwaschl, Landtag Steiermark. – Bitte.

15.07

Sandra Krautwaschl (Abgeordnete des Landtages Steiermark, Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete! Auch ich bedanke mich sehr für die Möglichkeit, hier zu diesem Thema, das mir als Sozialsprecherin der steirischen Grünen im Landtag extrem am Herzen liegt, ein paar Worte zu sagen.

Es wurde von einigen VorrednerInnen angesprochen und immer wieder betont, es geht hier um eine Sache, die uns allen gemeinsam wichtig ist und all unsere Herzen berührt. – Das haben schon einige gesagt. Es ist aber, so denke ich, trotzdem nötig, auch die Unterschiedlichkeiten in den Lösungsansätzen herauszustreichen – schließlich geht es nun einmal darum, dass das politische Handeln irgendwie mit dem Herzen und mit diesem gemeinsamen Willen, Armut zu bekämpfen, zusammenkommen muss. Da kann ich auch an die Ausführungen einiger VorrednerInnen anknüpfen: Es gibt da nun einmal Dinge, die passiert sind, Entscheidungen, die getroffen worden sind oder getroffen werden sollen, die dem aus unserer Sicht sehr stark entgegenwirken.

Ich möchte dazu einfach nur ein paar Fragen stellen, die Ihnen diese Widersprüchlichkeiten zwischen dem politischen Handeln und dem berührten Herzen vielleicht ein bisschen klarmachen. Vielleicht kann das dann einer oder eine der nachfolgenden Rednerinnen oder Redner beantworten, zum Beispiel hinsichtlich dessen, was die Familienministerin heute gesagt hat und was auch schon in der Diskussion erwähnt wurde: Beim Thema Familienbonus stellt sich mir die Frage, wie viele dieser 275 000 armutsgefährdeten Kinder tatsächlich davon profitieren können. Stefan Kaineder hat vorhin gerade in den Raum gestellt, das könnten relativ wenige sein. Diese Frage müsste man beantworten, damit man ehrlich an das Thema herangeht.

Was die Mindestsicherung anbelangt: Da fordern wir, und das möchte ich hier an dieser Stelle einfach noch einmal betonen, ein Modell – Katharina Wiesflecker hat das heute auch schon gesagt –, das österreichweit eine Absicherung gewährleistet und wirklich das, was durch die Mindestsicherung verhindert werden sollte, nämlich Armut und Ausgrenzung, verhindert. Das ist aber nicht erfolgt. Wir sehen aber, dass Armut, wenn das nicht umgesetzt wird, steigt und dass die Menschen mehr und mehr in diese Spirale geraten, die wir heute auf vielfältige Art und Weise geschildert bekommen haben.

Es ist nun einmal so, dass man sich in den Diagnosen oft sehr rasch einig ist, dass es aber in den Handlungsansätzen dann doch immer wieder größere Differenzen gibt. Wenn es ein gemeinsames Anliegen ist, dann müssen diese Fragen beantwortet werden, und dann muss vor allem das passieren, was in Bezug auf die Mindestsicherung, glaube ich, das Wichtigste ist, nämlich dass man sich einmal darauf einigt, dass es nicht darum geht, dass nur diejenigen, die, wie Hartinger-Klein das heute gesagt hat, brav gearbeitet haben und ihr Leben lang geleistet haben, diese Leistung bekommen sollen, sondern dass es eben kein Versicherungssystem ist, sondern ein System, das alle mitnimmt. – Das ist nämlich der Sozialstaat. Das sagt der Sozialstaat uns allen zu.

Da geht es um Menschen mit Behinderung, die vielleicht nicht so viel an Leistung erbringen können, da geht es um alle Menschen, die auch ein Recht darauf haben, dazuzugehören. Das ist einfach mein Appell an Sie alle heute hier: Nehmen Sie das

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

ernst! Wenn es ein gemeinsames Anliegen ist, dann muss das auch durch die Entscheidungen, die getroffen werden, wirklich abgesichert werden. Darum bitte ich Sie wirklich von ganzem Herzen im Sinne der Menschen, über die wir heute gesprochen haben. – Danke. (*Beifall.*)

15.10

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Danke für Ihren Beitrag.

Als Nächster gelangt Herr Abgeordneter Norbert Sieber zu Wort. – Bitte.

15.10

Abgeordneter Norbert Sieber (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Versammlung! Danke für die Möglichkeit, dass man sich heute hier Eindrücke holen kann, und danke für die Referate, die wir gehört haben. Besonders hervorheben möchte ich jenes von Frau Dr. Karin Heitzmann, die mit ihren Zahlen sehr deutlich gemacht hat, dass es nicht nur Schwarz und Weiß, nicht nur Gut und Schlecht gibt, sondern dass wir hinschauen müssen, wo Verbesserungsnotwendigkeiten gegeben sind, aber auch erkennen sollen, dass wir einiges bewegt haben, dass wir summa summarum in den letzten zehn Jahren eine deutlich positive Entwicklung im Bereich der Armutsentwicklung in diesem Land hatten.

Kollegin Wehsely hat gesagt, „Armut frisst Demokratie“ – und das im Kontext mit dem Gedenkjahr 1938. Vor 80 Jahren ist unsere Heimat im großen Deutschen Reich aufgegangen, wurde von einem Irrsinnigen inhaliert, was furchtbare Folgen hatte. Warum ist es so weit gekommen? – Es gab zum einen eine riesige Arbeitslosigkeit, es gab eine galoppierende Inflation, und es gab eine Armut, die wir uns heute nicht vorstellen können. All das hat dazu geführt, dass dieser Wahnsinn stattfinden konnte. Heute haben wir eine gesicherte Demokratie, haben eine florierende Wirtschaft und haben ein Sozialsystem, das zwar verbesserungsfähig ist, das aber in Summe als gut bezeichnet werden kann.

Dafür zeichnen politische Entscheidungen verantwortlich. Ich möchte nur einige erwähnen: Mit der Steuerreform der letzten Regierung haben wir ein Paket von 5 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, mit einer Steuertarifreform und auch einer Negativsteuer wurden gerade die untersten Einkommensbezieher und jene ohne Einkommen wirklich spürbar entlastet. Ich denke an die neue Regierung, deren erster Beschluss es war, den Leuten mit der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung praktisch 300 Euro zukommen zu lassen. Ein wichtiger Beschluss!

Weiters der Familienbonus – diesen will ich hier nicht als Armutsbekämpfungsinstrument bezeichnen, und das hat auch niemand getan –: Damit wird versucht, eine Entlastung derer zu erreichen, die Lohn- und Einkommensteuer zahlen. Bei 1 750 Euro brutto im Monat hat man für ein Kind 1 500 Euro pro Jahr bereits erreicht. 1 750 Euro brutto, meine Damen und Herren! Das sind keine Groß- und Besserverdienenden. Also ich glaube, dass dieses Projekt hervorragend aufgesetzt ist und auch eine notwendige Entlastung bringt. Noch dazu kommt, dass mit 250 Euro für die niedrigsten Einkommen, die das nicht erreichen können, auch in diesem Segment ein deutliches Signal gesetzt wurde. Es ist also eine Einkommen- und Lohnsteuerentlastung.

Ich möchte hier noch ein Ziel herausstreichen, das in diesem Kontext sehr wichtig ist.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Bitte zum Schluss zu kommen, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Norbert Sieber (fortsetzend): Es geht darum, das Nulldefizit als Ziel zu erreichen. Denn, meine Damen und Herren, Schulden fressen Spielräume, Schulden fressen die Chancen der Zukunft. Und wenn wir uns in Zukunft einen Sozialstaat, so wie wir ihn kennen, leisten wollen, ...

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen. Sie haben Ihre 3 Minuten Redezeit verbraucht. – Danke.

Abgeordneter Norbert Sieber (*fortsetzend*): ... dann brauchen wir dafür auch eine starke Wirtschaft, eine leistungsfähige Wirtschaft. Und dafür stehen wir. (*Beifall.*)
15.14

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Nächster Redner: Herr Ing. Reinhart Rohr, Präsident des Kärntner Landtages. – Bitte.

15.14

Ing. Reinhart Rohr (Erster Präsident des Kärntner Landtages): Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte mich zuerst bei dem den Vorsitz führenden Präsidenten des Bundesrates Reinhard Todt sehr, sehr herzlich bedanken, dass er die heutige Enquete letztlich auch als umfassende Informationsveranstaltung veranlasst hat. Es wurden heute sehr, sehr viele Zahlen bezüglich der Altersarmut, aber auch der Jugendarmut in Österreich präsentiert. Teilweise auch daraus resultierend hat sich für mich die Erkenntnis ergeben, dass sich Armut offensichtlich vielfach ein Familienleben lang durchzieht. Ich denke, dass wir aufgrund der Reden der heutigen Referentinnen und Referenten natürlich auch entsprechenden Handlungsbedarf für die Politik abzuleiten haben.

Da gesagt wurde, der Sozialstaat hat sich in Österreich als Krisenfeuerwehr bewährt, so muss ich sagen, das stimmt nur sehr, sehr bedingt. Da braucht es schon massive Maßnahmen: neben der Ankündigung der Anhebung der sogenannten Mindestpensionen auf 1 200 Euro beziehungsweise 1 500 Euro jedenfalls das Thema leistbares Wohnen und die Gewährung entsprechender Wohnbeihilfen dort, wo aufgrund der Höhe der Mietkosten dieses leistbare Wohnen nicht zu erreichen ist. Es muss auch auf die Lebenshaltungskosten abgestimmt eine entsprechende Unterstützung für die betroffenen armutsgefährdeten Menschen sichergestellt werden.

Es braucht für die Älteren Mechanismen, die in der Pensionsbemessung Rücksicht darauf nehmen, was zum einen die Kindererziehungszeiten betrifft, aber natürlich auch, was die gesellschaftliche Situation zur damaligen Zeit betrifft, als Frauen zu Hause geblieben sind, die Kinder erzogen und teilweise den Haushalt geführt haben. Das hat sich ja heute Gott sei Dank wesentlich verändert. Ich denke, da braucht es vielleicht auch eine Anpassung bei jenen Pensionistinnen und Pensionisten, deren Pension unter der Höhe der Mindestpension liegt oder etwa der Mindestpension entspricht. Da sollte man sich meiner Ansicht nach auch einmal die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt anschauen – wie war es, was sind die Ursachen? – und entsprechende Regularien entwickeln.

Auch wenn erwähnt wurde, dass die Armut prozentuell rückläufig ist, so ist das, denke ich, kein Grund, sich damit zufrieden zu geben. Ganz im Gegenteil, wir sollten alles tun, um Armut weiter zu bekämpfen. Ich darf von Kärnten berichten, dass wir es in fünf Jahren geschafft haben, von 16 Prozent Armutsgefährdeten Gott sei Dank auf 10,6 Prozent herunterzukommen. Das sind 23 000 Kärntnerinnen und Kärntner weniger, die täglich mit Sorgen aufstehen und leben müssen. Aber auch 10,6 Prozent sind einfach zu viel.

Es braucht Lösungen, wie sie beispielsweise Frau Landesrätin Wiesflecker aus Vorarlberg präsentiert hat: den Ausbau flächendeckender Kinderbetreuung, bedarfsorientiert und bedarfsgerecht. Wir in Kärnten haben ja versprochen, das kinderfreundlichste Land in Europa zu werden. Wir wollen den kostenfreien Kindergarten von Geburt an bis zum 6. Lebensjahr sicherstellen.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Herr Präsident, ich darf dich bitten, zum Schluss zu kommen!

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

Ing. Reinhart Rohr (*fortsetzend*): Ich denke, das ist auch eine ganz entscheidende Frage: Entweder jedes Kind ist uns gleich viel wert, auch was die Kostenfreiheit betrifft, oder man macht es eben mit einem entsprechenden Familienbonus, wo dann die Reichen mehr profitieren und die Armen durch den Rost fallen. Da haben wir entsprechenden Handlungsbedarf.

Insgesamt möchte ich sagen, dass die Frage von Armut natürlich auch eine Frage von Verteilungsgerechtigkeit und eine Frage von Gerechtigkeit insgesamt ist. Da sollte man sich auch anschauen: Wer finanziert ein Sozialsystem, und wo kann man vielleicht noch entsprechendes Aufkommen erreichen, ...

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Bitte zum Schluss zu kommen!

Ing. Reinhart Rohr (*fortsetzend*): ... nämlich bei denen, die etwas haben, und nicht bei denen, die ohnedies nichts haben? – In diesem Sinne danke für die heutige Veranstaltung. (*Beifall.*)

15.18

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Als Nächster kommt Herr Bundesrat Stefan Schennach zu Wort. – Bitte.

15.18

Bundesrat Stefan Schennach (SPÖ, Wien): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wäre wahrscheinlich nicht schlecht gewesen, wenn sich die Frau Bundesministerin für Soziales ihren Wunsch erfüllt hätte und bei dieser Enquete geblieben wäre, denn dann hätte sie vielleicht mehr darüber erfahren, was eine Sozialministerin für eine Aufgabe hat, als sie in ihrem Referat kundgetan hat. Dann hätte sie erfahren, dass Armut strukturell und systemisch ist. Und es hängt nicht davon ab, liebe Frau Kollegin Tiwald, ob Sie privat-karitativ tätig sind oder ob wir alle solidarisch karitativ sind, sondern es geht darum, die Armut, ein Geschwür an den Wurzeln zu packen.

Wir haben nämlich gehört, Armut wird vererbt, Armut ist weiblich. All das sind Faktoren, wo wir auch ganz klar mitbekommen haben, dass es nicht nur ein Mangel an Essen, medizinischer Versorgung, Bildung, Kleidung oder Einkommen ist, sondern Armut stigmatisiert. Es ist das Fehlen an gesellschaftlicher, kultureller Teilhabe. Und diese Stigmatisierung tut manchmal viel mehr weh als nur ein Mangel an Essen.

Deshalb gibt es in der Bekämpfung der Armut einfach ein paar Parameter, die heute hier ganz klar herausgearbeitet worden sind und mit denen das derzeitige Regierungsprogramm auf Kollisionskurs geht: Das ist die Notwendigkeit der Mindestsicherung, das ist die verschränkte Ganztagschule, das ist die umfassende Integration, das freie Kindergartenwesen und dass jedes Kind gleich viel wert ist. Wir führen hier nicht eine Wohlstandsdebatte, in der wir uns auf die Schultern klopfen können, weil wir Kinder wohlhabenderer Eltern fördern, sondern wir führen eine Armutsdebatte, in der es darum geht, dass jedes Kind gleich viel wert sein sollte. Das wird jetzt zum ersten Mal gekippt.

Eigentlich habe ich mich aber als Vorsitzender des für Zukunftsfragen zuständigen Ausschusses zu Wort gemeldet, weil im Untertitel der Enquete Zukunftsstrategien angesprochen werden. Da frage ich mich Folgendes:

Die industrielle Revolution hat Arbeitsplätze, Produktion und Güter geschaffen, die digitale Revolution macht das Gegenteil, sie rationalisiert und schafft Arbeitsplätze ab. Wie sieht diese Frage, die Armutsfrage, in der Zukunft aus? Alle Schätzungen gehen davon aus, dass 47 bis 49 Prozent der derzeitigen Arbeitsplätze durch die Digitalisierung und Robotisierung verschwinden. Da müssen wir etwas ganz grundsätzlich neu denken.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

Ich war vor sechs Wochen gezwungen – davor habe ich zwei Jahre lang gegen ein Projekt der Fünf-Sterne-Bewegung Widerstand geleistet, das bedingungslose Grundeinkommen zu einer europäischen Resolution zu machen –, innerhalb von 15 Stunden genau dieses Projekt einem ablehnenden, feindlichen Publikum zur Annahme vorzulegen. Ich habe darüber nachgedacht und habe gesagt: Wir müssen das neu denken! Wenn 50 Prozent der Gesellschaft keine Arbeit hat, dann müssen wir das neu denken – und für mich war es etwas Neues, Einkommen losgelöst von Arbeit zu sehen, denn bekanntlich macht nur Arbeit frei. (*Bundesrätin Mühlwerth: Ah? Was ist denn das für ein Ausdruck?*)

Deshalb ist - -

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Herr Bundesrat, ich bitte, zum Schluss zu kommen!

Bundesrat Stefan Schennach (*fortsetzend*): Deshalb ist die grundsätzliche Frage - - (*Bundesrätin Mühlwerth: Was ist denn das für ein Ausdruck? Das ist ein nationalsozialistischer ...!*) – Frei in der Gestaltung deines eigenen Lebens, in der Gestaltung entsprechend deinen Bedürfnissen! (*Bundesrätin Mühlwerth: Das ist unglaublich! Und das ist folgenlos?! – Das haben die Nationalsozialisten gesagt: „Arbeit macht frei“!*)

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Bitte zum Schluss zu kommen!

Bundesrat Stefan Schennach (*fortsetzend*): Deshalb ist die Frage (*Bundesrätin Mühlwerth – in Richtung des Vorsitzenden Präsidenten Todt –: Und du, kannst du vielleicht deinem Kollegen sagen, so geht das nicht?!*), wie wir diese Fragen neu denken werden, wenn die Digitalisierung voll einsetzt. – Danke schön. (*Beifall. – Bundesrätin Mühlwerth begibt sich zu einem Mikrofon in den Bankreihen.*)

15.22

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Worum geht es denn?

15.22

Bundesrätin Monika Mühlwerth (FPÖ, Wien) (*zur Geschäftsbehandlung*): Herr Präsident, ganz kurz: Den nationalsozialistischen Ausspruch „Arbeit macht frei“ lassen Sie Ihrem Kollegen durchgehen, ohne ihm zu sagen, das geht so nicht?! – Also ich bin mehr als verwundert, ich bin empört!

15.22

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Nächste Rednerin: Frau Bundesrätin Schulz. – Bitte.

15.22

Bundesrätin Mag. Doris Schulz (ÖVP, Oberösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Diskussionsteilnehmer und -partner! Ich habe diesen Tag heute sehr, sehr geschätzt, weil wir uns einem immens wichtigen Thema, nämlich dem Thema der Armut und vor allem der Armutsbekämpfung, gewidmet haben, und es tut mir sehr leid, dass diese Diskussion jetzt so entglitten ist. (*Bundesrätin Mühlwerth: Da können Sie sich bei der SPÖ bedanken und bei den Grünen!*)

Ich bedanke mich grundsätzlich bei allen DiskussionsteilnehmerInnen, möchte aber, was das Bundesland Oberösterreich betrifft, schon einiges ins rechte Licht rücken und hier nicht irgendwelche Geschichten im Raum stehen lassen, die jeglicher Realität entbehren.

In Oberösterreich wurden Kindergartenbeiträge für die Nachmittagsbetreuung eingeführt. Herr Rohr, Herr Kärntner Landtagspräsident, von September 2009 bis Februar 2018 hatten wir in Oberösterreich einen beitragsfreien Kindergarten; jetzt wurden

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

Beiträge für die Nachmittagsbetreuung eingeführt, und zwar sozial gestaffelt. Das bedeutet, wir geben 227,4 Millionen Euro für die Kinderbetreuung aus. Es sind 60 000 Kinder, die davon auch profitieren. Mittlerweile gibt es 300 Krabbelstuben, und dieses Geld, das jetzt durch diese sozial gestaffelten Beiträge, die für die Nachmittagsbetreuung eingehoben werden, hereinkommt, wird natürlich reinvestiert, um das Angebot an Krabbelstuben auszubauen.

Frau Landesrätin Wiesflecker hat das sehr interessant gebracht, denn sie hat ausgeführt, dass eine große Studie festgestellt hat, dass man, wenn keine Beiträge zu zahlen sind, dadurch nicht mehr Kinder in die Kinderbetreuung bringt, sehr wohl aber über gestaffelte Beiträge. Genau das machen wir jetzt in Oberösterreich wieder.

Schauen wir uns die sozial gestaffelten Beiträge für die Nachmittagsbetreuung an! Berechnet werden 4 Euro pro Kind und Woche – das heißt im Monat 20 Euro pro Kind – für die unterste soziale Staffelung; natürlich wird das dann je nach dem Einkommen der Eltern hochgerechnet. Diese Kindergartenbeiträge in Oberösterreich dienen also dazu, den Kindern und jenen Menschen, die in Zukunft in Oberösterreich leben, keinen Schuldenrucksack umzuhängen, sondern ihnen eine Infrastruktur für die Zukunft und bestmögliche Betreuung zu schaffen.

Auch das Thema Mindestsicherung wurde mehrfach angesprochen: Mindestsicherung in Oberösterreich heißt 1 500 Euro, und es geht darum – damit auch das geklärt ist –, dass der Betrag für Asylberechtigte auf Zeit und subsidiär Schutzberechtigte gedeckelt ist.

Dieser Mindeststandard pro Person ist das grundsätzliche Haushaltseinkommen, und da ist die Rechnung sehr eindeutig. Das Beispiel zeigt es: Wenn ein Vater 2 200 Euro brutto verdient und seine Frau in Teilzeit arbeitet, dann würden die beiden so viel verdienen wie ein Mindestsicherungsbezieher auch erhält – mit dem Unterschied, dass sie dafür 60 Stunden arbeiten. Das hat mit Fairness nichts zu tun. Es gibt sehr wohl Anspruch auf Unterstützungen, aber es ist nicht der volle Betrag von 1 500 Euro pro Monat, sondern es ist ein geringerer Betrag; darüber hinaus gibt es noch eine Menge an Sachleistungen, die abgeholt werden sollten.

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Ich bitte, zum Schluss zu kommen. Die 3 Minuten Redezeit sind um. – Bitte.

Bundesrätin Mag. Doris Schulz (*fortsetzend*): Danke für die Möglichkeit, die Darstellung der Situation in Oberösterreich richtigzustellen! (*Ruf: Richtigstellung? Richtiggestellt hat der Verfassungsgerichtshof!*)

Ich bin überzeugt davon, dass die heutige Debatte vieles angestoßen hat, worüber wir konkret nachdenken, uns aber auch die Politik betreffend überlegen müssen, wie wir das Thema Armut ganz besonders bearbeiten. (*Beifall.*)

15.27

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Herr Bundesrat Stefan Schennach hat sich zu einer Richtigstellung zu Wort gemeldet. – Bitte.

15.27

Bundesrat Stefan Schennach (SPÖ, Wien): Ich bin erst jetzt draufgekommen, dass ich einen völlig verkürzten Satz gesagt habe.

Ich wollte Folgendes sagen: Nur wenn man Arbeit hat, kann man auch sein Leben entsprechend frei nach seinen Bedürfnissen gestalten. Es tut mir leid, dass das in einer völlig verkürzten und unzulänglichen Form von mir gekommen ist. In diesem Sinne ersuche ich, das zu streichen.

15.27

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Als letzte Rednerin hat sich Frau Abgeordnete Eva Maria Holzleitner zu Wort gemeldet. – Bitte.

15.28

Abgeordnete Eva Maria Holzleitner, BSc (SPÖ): Im Sinne der Redezeit von 3 Minuten werde ich mich kurz halten. – Danke, dass auch ich die Möglichkeit habe, hier heute zu sprechen. Ich möchte noch in aller Kürze zu Oberösterreich zurückkommen: Ich meine, es muss schon zu denken geben, wenn in manchen Städten wegen der Nachmittagsbetreuungsgebühr die Hälfte der Eltern ihre Kinder vom Kindergarten abmeldet. (*Bundesrätin Schulz: In SPÖ-Gemeinden ist das passiert! – Rufe und Gegenrufe.*) – Wir können das gerne nachher noch diskutieren. (*Ruf: ... in Wels!*) – Beispielsweise ist es in Wels so, richtig.

Fakt ist auch, dass der Familienbonus nicht allen Familien und vor allem nicht allen Kindern und Jugendlichen zugutekommt, deswegen bin ich ausgesprochen dankbar für die Kampagne der Bundesjugendvertretung, die noch einmal zeigt, dass jedes fünfte Kind tatsächlich von Armut betroffen oder bedroht ist. Wir müssen auch im Sinne von dem, was Erich Fenninger am Vormittag gesagt hat, wirklich als Regierung, als Landesregierungen Armut bekämpfen, denn es ist nicht im Sinne des Hohen Hauses, dass es überhaupt Armut gibt, wenn durch Armutsgefährdung einfach die Beteiligung, ob das jetzt am politischen Leben oder in Form der sozialen Teilhabe ist, sinkt.

Ganz kurz noch zum Bildungsbereich, der heute angesprochen worden ist: Bildung ist durchaus vererbbar, und auch da kann es nicht im Sinne der Armutsbekämpfung sein, wenn zum Beispiel in Oberösterreich an Fachhochschulen Studiengebühren eingeführt werden und die Bundesregierung keine Reparatur vornimmt, was die Studiengebührenbefreiung für berufstätige Studierende betrifft. Oftmals ist es nämlich leider so, dass Jugendliche arbeiten gehen **müssen**, um aus der Bildungshistorie auszubrechen. Deswegen müssen wir dem einfach entgegenarbeiten und wirklich mit dem Finger in der Wunde bleiben und immer wieder einfordern, dass Armut in einem reichen Land wie Österreich nicht geduldet werden darf, und zwar auf allen Ebenen.

Abschließend möchte ich sagen, ich finde es ganz toll, dass es im Bundesrat einen Ausschuss für Kinderrechte gibt. Ich glaube, es ist auch wichtig, dass wir initiieren, dass ein solcher Ausschuss in dieser Gesetzgebungsperiode auch im Nationalrat eingeführt wird. – Danke schön. (*Beifall.*)

15.30

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Debatte.

Ich danke allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für das Interesse, das sie an dem Thema der heutigen Enquete gezeigt haben.

Mein Dank hinsichtlich der heutigen Veranstaltung gilt insbesondere Frau Mag.^a Alexandra Becker, Herrn Mag. Gerhard Kiesenhofer, Frau Vanessa Kutics und den restlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Parlamentsdirektion. (*Beifall.*)

Ich möchte mich ebenfalls ganz herzlich beim ORF bedanken, namentlich bei Mag.^a Christine Mayer-Bohusch und Martin Wendel, die die Veranstaltung heute auf ORF III kommentiert haben.

Ich danke auch meinen Mitarbeiterinnen Lucia Grabetz, Nicole Garfias, Claudia Peska und Monika Schweitzer-Wünsch recht herzlich für die Vorbereitung der Enquete. (*Beifall.*)

Vorsitzender Präsident Reinhard Todt

Ich möchte abschließend allen Referentinnen und Referenten meinen Dank aussprechen. Durch Ihre wertvollen Beiträge konnten wir heute ganz deutlich sehen: Kinderarmut und Altersarmut sind in Österreich ein reales Problem, und dieses Problem – das wurde uns heute deutlich dargelegt – ist kein individuelles, sondern Armut ist ein gesellschaftliches Problem, ein Problem, das durch soziale Maßnahmen zu lösen ist, und es liegt in der Verantwortung der Politik, diese Maßnahmen zu setzen.

Bildung, leistbares Wohnen, eine soziale Absicherung, die für ein gutes Leben reicht, sind nur Überschriften für einige Lösungsansätze. In Form einer Broschüre werde ich die heute dargelegten Strategien gegen Armut in Kindheit und Alter festhalten, denn ich wünsche mir für die Zukunft unseres Landes, dass keinem Kind der Zugang zu Bildung verwehrt ist und dass keine Pensionistin in einer ungeheizten Wohnung leben muss. Die Gesellschaft, die Politik muss ihre Verantwortung ernst nehmen und viele weitere Maßnahmen gegen Armut in Österreich umsetzen. Der Armut entgegenzuwirken ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

In diesem Sinne danke ich für Ihre Teilnahme, und ich danke auch allen Zuseherinnen und Zusehern. Falls Sie noch zu einem kleinen Austausch bleiben wollen, lade ich Sie herzlich in die Lounge ein.

Ich danke Ihnen allen für Ihr Kommen, wünsche noch einen angenehmen Tag und **schließe** die Enquete. (*Beifall.*)

Schluss der Enquete: 15.33 Uhr